Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord


26. Dezember 1977
Jg. 5 Nr. 52

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfennig
D 21060 C


### Benzinpreiserhöhung

Dienstag, den 20.12. haben die Mitgliedsländer der OPEC über Ölpreiserhöhungen beraten. Durch den Verfall des Dollars, der Berechnungsgrundlage für die Ölpreise ist, mußten sie einen beträchtlichen Preisverfall hinnehmen. Die Konferenz wurde auf Juni 1978 vertagt, um bis dahin Einheit über die notwendige Preiserhöhung herzustellen. Am Donnerstag kündigten die Mineralölgesellschaften in der BRD und Westberlin Benzinpreiserhöhungen um durchschnittlich einen Pfennig, „aber auf nicht mehr als 99,9 Pf für Super" an. Offensichtlich besteht der Plan, sich vollständig an 99,9 Pf heranzurobben. Vorwand für die Monopolpreisfestsetzung ist die Mehrwertsteuererhöhung. Bei Anrechnung der Mehrwertsteuererhöhung auf die jetzt durchschnittlich Benzinpreise von 85;6 Pf für Normal und 90,5 Pf für Super (FAZ) würde diese um rund 0,8 Pf steigen. Die festgesetzten Erhöhungen von einem Pfennig machen aber 0,2 Pf mehr aus. Fast 16 Millionen Haushalte besitzen ein Auto und verbrauche im Monat 1,43 Mrd. Liter Benzin. Die Ölkonzerne machen anläßlich der Mehrwertsteuererhöhung einen Schnitt von bestimmt 3 Mio. DM im Monat. (nach Zahlenangaben der Statistischen Jahrbuchs 1977)

### 24000 Lastwagen: Angriffswaffen für die Bundeswehr

Das Beschaffungsprogramm von Räderfahrzeugen für die „Vorneverteidigung" rollt an. 17000 geländegängige Zweitonner-Lastwagen und 7000 geländegängige Fünftonner-Lastwagen hat das Verteidigungsministerium letzte Woche in Auftrag gegeben. Die Zweitonner gehören zu einer Gesamtplanung von 34000 Lastwagen, von denen 8400 geländegängig sein und bis zu 10 t zulässiges Gesamtgewicht haben sollen. Weiterhin sind 8800 VW-Jeeps in Anforderung. Das Rüstungsprogramm der mittleren Klasse (5–10 t) bezeichnet die Bundeswehrführung als Kernstück der Transportfahrzeuge, deren Einsatz wie folgt festgelegt wurde: hochbeweglich geländegängige LKW für die Führung und Versorgung der Kampffahrzeuge und den Transport der Soldaten auf dem Gefechtsfeld, um schnelle Vorstöße von Panzerverbänden in die Tiefe östlicher Territorien zu ermöglichen.


Fortschritte im Aufbau der nationalen Wirtschaft in Mozambique

Mozambique liegt an der Grenze zu Südafrika und Rhodesien. In den letzten


### Fortschritte im Aufbau der nationalen Wirtschaft in Mozambique

Mozambique liegt an der Grenze zu Südafrika und Rhodesien. In den letzten Monaten hat das rhodesische Siedlerregime seine Aggressionen auf das Territorium von Mozambique verstärkt. Dies, weil Mozambique mit allen Kräften den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe unterstützt. Trotz der Angriffe der Kolonialisten hat Mozambique Fortschritte in der Wiederherstellung und Entwicklung seiner Produktion gemacht. Die landwirtschaftliche Versorgung mit Lebensmitteln der Massen ist heute gesichert.

In der Textilindustrie ist, nachdem die „Techniker" der Imperialisten das Land verlassen haben, die Ausbildung der Massen mit großen Anstrengungen beschleunigt worden. Die Textilproduktion hat so im letzten Jahr 34300 contos (1 conto gleich 32 US-Dollar) erreicht, gegenüber 30174 contos 1974 vor der Unabhängigkeit. Heute versorgt sich das Land selbst mit Zement und exportiert Zement nach Tansania und in andere Länder. Dieses Jahr wird eine Produktion von 300000 Tonnen Zement erwartet.

Auf der Grundlage dieser Fortschritte im Aufbau der nationalen Wirtschaft wurde am 4. Dezember die erste allgemeine Wahl zur Volksversammlung nach der Unabhängigkeit durchgeführt.

### Der Befreiungskampf in Zimbabwe treibt die Kolonialisten aus dem Land.

Mit 12 bis 15000 weißen Auswanderern wird Ende dieses Jahres in Rhodesien gerechnet, was ungefähr 1/6 bis 1/5 der Erwachsenen weißen Kolonialisten ausmacht. Der Kolonialistenhäuptling Smith, meldet die FAZ vom 19.12. beschwört die weißen Siedler im Land zu bleiben, hofft er doch auf die „internen Verhandlungen", mit Bischof Abel Muzorewa, Häuptling Jeremiah Chirau und dem Pfarrer Sithole, die gemeinsam eine neokoloniale Lösung des „Rhodesienproblems" aushecken. Die Auswanderungswelle, wie die internen Verhandlungsbemühungen, sind Ausdruck des Erfolges des Befreiungskampfes in Zimbabwe. Zimbabwesche Befreiungskämpfer haben am Samstag vor einer Woche den rhodesischen Luftstützpunkt Grand Reef angegriffen und zerstört.

## Ausrüstung für den Volkskrieg in Zimbabwe

„Angesichts der sehr günstigen militärischen Lage in Zimbabwe, die durch die Afrikanische Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA) geschaffen wurde, angesichts der heftigen Schläge, die die imperialistischen Agenten, die das Volk von Zimbabwe unterdrücken, durch die ZANLA erlitten haben, ist die kämpfende Arbeiterklasse der Welt aufgerufen, erneut einen Beitrag zum Erfolg einer gerechten Sache, des Volkskrieges in Zimbabwe zu leisten." Das schreibt die ZANU in einem Aufruf an die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland für die Ausrüstung einer Kompanier der Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA).

Vor rund einem Monat war die westdeutsche Presse voll von Berichten, die das Kolonialregime des Jan Smith verbreiten ließ. In den Berichten wurde behauptet, die Söldnertruppen der Imperialisten hätten der Befreiungsarmee von Zimbabwe vernichtenden Schläge versetzt. In Wahrheit hatten diese hochgerüsteten Söldnertruppen einen hinterhältigen Bomben- und Luftlandesüberfall auf ein Durchgangslager der ZANU in Mocambique gestartet, in dem vor allem Frauen und Kinder versorgt werden, die von den Kolonialisten aus Zimbabwe vertrieben worden sind. Das Smith-Regime hat mit diesem Überfall seinen früheren Verbrechen gegen die Völker Zimbabwes und Mocambiques ein neues Verbrechen hinzugefügt, einen militärischen Erfolg hat es damit nicht erzielt. Militärische Erfolge und völkermörderisches Blutvergießen sind zweierlei. Die Presse der Imperialisten macht von diesen angeblichen militärischen Erfolgen der Söldner der Imperialisten soviel her, um das Vertrauen der Massen in den imperialistischen Ländern in den Volkskrieg des Volkes von Zimbabwe zu erschüttern.

Dazu paßt es, wenn man über den erfolgreichen Gegenschlag der ZANLA gegen die Basis dieser Luftangriffs- und Luftlandeoperation in westdeutschen Zeitungen gar nichts und in englischen Zeitungen, den Zeitungen der britischen Ziehväter des Kolonialregimes in Zimbabwe, nur wenig liest. Jedenfalls müssen die britischen Zeitungen zugeben, daß die ZANLA einen erfolgreichen Angriff auf den befestigten Stützpunkt „Grand Reef" (Großer Felsen) unternommen hat. Die „Times" vom 20. Dezember berichtet zähneknirschend: „Die Guerillas haben einen mutigen Nachtangriff auf eine große rhodesische Militärbasis durchgeführt." Der britische „Guardian" muß melden: „Der Angriff auf die Grand Reef war offensichtlich sorgfältig geplant. Die Basis ist der Ausgangspunkt für viele der Antiaufstandsaktionen der Regierung in den östlichen Hochländern und hat als Abflugbasis für viele Luftangriffe auf Mocambique gedient. Es gilt als sicher, daß vierzig Guerillas einen Traktor und Anhänger von einer Farm weggenommen haben, um eine Anzahl schwerer Waffen in Stellung zu bringen." Weiter berichtet der Guardian: „Die Basis von Grand Reef ist für die Landessicherheit lebenswichtig und ist jetzt doch erfolgreich ausgerechnet zu einer Zeit angegriffen worden, als die Besatzung zum größten Teil einem ausländischen Schauspieler lauschte." Natürlich jagt es den Imperialisten einen Schrecken ein, daß sich die ZANLA offensichtlich über die inneren Vorgänge in den Stützpunkten des Kolonialregimes informiert und daß die Söldnertruppen nicht einmal mehr dann sicher sind, wenn sie mit Fronttingeltangel aufgemuntert werden sollen. Die Desertionsrate in den Söldnertruppen ist hoch. Sie wird weiter steigen.

Auch die britischen Zeitungen berichten nicht, daß bei dem Angriff der ZANLA die Landebahn des Flugplatzes schwer beschädigt und zahlreiches Kriegsmaterial der Kolonialisten vernichtet worden ist. Diese Mitteilung ist von den beiden Vertretern der ZANU auf den Veranstaltungen der letzten Woche gemacht worden, nachdem sie sich in Maputo nach den Ergebnissen der erfolgreichen Operation gegen die imperialistische Militärbasis erkundigt hatten.

Mit seinen Bombenangriffen in Mo-

Fortsetzung Seite 2


angriffs- und Luftlandeoperation in westdeutschen Zeitungen gar nichts und in englischen Zeitungen, den Zeitungen der britischen Ziehväter des Kolonialregimes in Zimbabwe, nur wenig liest. Jedenfalls müssen die briti-


## Schluß mit den Aggressionen der französischen Imperialisten gegen das sahaurische Volk



Die Frente Polisario, die Befreiungsorganisation des sahaurischen Volkes, hat in den letzten Wochen ihre Befreiungsaktionen verstärkt. Die französischen Imperialisten schicken die Armeen Marokkos und Mauretaniens vor, bewaffnen sie, häufig treten französische Soldaten in der Uniform der mauretanischen Armee auf. Am 12. Dezember hat die F.Polisario einen Erz-Zug auf der Strecke zwischen den französischen Erzgruben in Zouerate und dem Verschiffungshafen Nuadibu angegriffen. Damit war der Lebensnerv des französischen Imperialismus in der Westsahara getroffen.

„Nach der Operation gegen den mauretanischen Erztransport wurde die Führungseinheit der sahaurischen Volksbefreiungsarmee am 14. und 15. Dezember von 28 französischen Flugzeugen ... bombardiert und mit Bordkanonen beschossen. Bei diesen intensiven und mörderischen Bombardements blieben nur 11 von 60 mauretanischen Gefangenen unversehrt. Mehrere Dutzend unserer Kämpfer fielen auf dem Schlachtfeld, und ca. 50 Landrover wurden zerstört", teilte die Pressestelle der F.Polisario in Bonn am 21.12. mit. Die französischen Imperialisten überziehen das Land mit Krieg, um den Befreiungskampf des Volkes zu brechen und sich das Land zu unterwerfen. Damit sind sie in Vietnam gescheitert, damit sind sie in Algerien gescheitert. Das kämpfende Volk der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, das sich auf die Völker der Welt stützen kann, besiegt sie mit Sicherheit.


mörderischen Bombardements blieben nur 11 von 60 mauretanischen Gefangenen unversehrt. Mehrere Dutzend unserer Kämpfer fielen auf dem Schlachtfeld, und ca. 50 Landrover wurden zerstört", teilte die Pressestelle der F.Polisario in Bonn am 21.12. mit. Die französischen Imperialisten überziehen das Land mit Krieg, um den Befreiungskampf des Volkes zu brechen und sich das Land zu unterwerfen. Damit sind sie in Vietnam gescheitert, damit sind sie in Algerien gescheitert. Das kämpfende Volk der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, das sich auf die Völker der Welt stützen kann, besiegt sie mit Sicherheit.


## Die Landesregierungen tun ihre Pflicht

### Ausbau der Infrastruktur, Ausbau des Gewaltapparates, Ausbau des Plünderungsfeldzuges gegen die Massen

Kanzler Schmidt, vor gut einem Jahr erneut von den Bourgeois dieses Landes auserwählt, den Expansionskurs des westdeutschen Finanzkapitals gegenüber den Volksmassen zu sichern und durchzusetzen, ermahnte die Landesregierungen und Gemeindevertretungen in seiner Regierungserklärung am 16. Dezember 1976 gleiches zu tun. „Das Bemühen um Konsolidierung schließt die ständige Überprüfung alter und neuer ausgabenwirksamer Vorhaben auf ihre Notwendigkeit und auf ihre Wirksamkeit ein. Der Rahmen für Neues wird gering bleiben", gab Schmidt als Leitlinie aus. Die Landesregierungen haben gespurt und spuren weiter.

Der niedersächsische Haushalt für 1977 in Höhe von 18,6 Mrd. DM enthielt 2,7 Mrd. DM an direkten Zuschüssen an Kapitalisten bzw. Entlastung der Kapitalisten von Kosten, die auf ihre Profitrate drücken, wie Erschließung von Bauland für Industrieansiedlung, Neubau von Straßen.

Im Nachtragshaushalt 1977 vom März 77 wird den Kapitalisten noch ein weiterer Zuschlag auf 246 Mio DM erteilt für den Bau des Dollarthafens, Sicherungsmaßnahmen gegen Sturmfluten und für die sogenannte Mittelstandsförderung.

Den Haushaltsplan 1978 mit Ausgaben in Höhe von 20,5 Mrd DM hat der niedersächsische CDU-Finanzminister Kiep dann auch unter das Motto „Das Notwendige ist finanziert, alles nur Wünschenswerte mußte wegfallen" gestellt. Schwerpunkt sind die „investiven" Ausgaben gegenüber den „konsumtiven". Hatte Schmidt in seiner Regierungserklärung gesagt: „Wirtschaftswachstum und Strukturwandel erfordern in den nächsten Jahren besondere Anstrengungen zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur", so erhöhen sich dann auch die Ausgaben des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr um 100 Mio DM auf 1,35 Mrd. DM gegenüber 1977. Schwerpunkt ist der Ausbau der Nordseehäfen mit Wilhelmshafen und Emden (von wo die VWs in alle Welt verschickt werden und wo die Käfer, produziert von billigen mexikanischen Arbeitskräften, angelandet werden) und die Verbesserung der Transportwege durch Ausbau der Autobahn und Elektrifizierung der Eisenbahn. Die Bundesbahn erhöht die Fahrpreise um 9%, im Güterverkehr gewährt sie den Kapitalisten Sondertarife. Weil „wir wollen Europa", hat der Haushaltsausschuß sich jetzt schon auf 30 Mio DM für 1978 für den weiteren Ausbau des Dollart-Hafens geeinigt. (Wirtschaftsminister Küpker in der Neuen Osnabrücker Zeitung, 16.12.)

Der niedersächsische Haushaltsplan für 1978 enthält einen Energieposten von 450 Mio DM, mit 1,8 Mio wird der Ausbau der Kernkraftwerke subventioniert. Schmidt hat in seiner Regierungsrede schon Strompreiserhöhungen in Aussicht gestellt: „Dabei wird allerdings die Kernenergie zukünftig die vollen Kosten für den geschlossenen Brennstoffkreislauf bis hin zur Entsorgung über den Strompreis decken müssen." Die Preußen-Elektra, zu 86% in Händen der bundeseigenen Veba, an den Hannoversch-Braunschweigischen Stromversorgungs-AG (Hastra) zu 60% und an der Westberliner Bewag zu 8,59% beteiligt, hat in ihrem Geschäftsbericht von 1976 auch das Startzeichen für weitere Strompreiserhöhungen gegeben, denn „schon über zwei Jahre" seien die Strompreise konstant geblieben! Die Bewag beschwert sich in ihrem Geschäftsbericht von 1975/76 über den Westberliner Senat: „Da uns letztlich nur eine Preiserhöhung um 17 vH genehmigt wurde, wird sich eine Verkürzung der Laufzeit für die nunmehr nicht ausreichend erhöhten Allgemeinen Tarife ergeben". Und unter Absegnung der Länder und Gemeinden werden die Volksmassen geplündert: Die Bewag erhöht die Stromtarife zum 1.1.1978 um durchschnittlich 4,5% (Berliner Morgenpost, 20.12.), die Hastra bis zu 1 Pfennig je kWh.

Eine neue große Plünderung plant die Bundesregierung durch die Streichung des Verbrauchertarifs II, der gegenüber dem Verbrauchertarif I einen höheren Grundpreis, aber einen niedrigeren Arbeitspreis je kWh enthält. Geht man von vier tarifpflichtigen Räumen aus und 3565 verbrauchten kWh im Jahr (Durchschnittsabgabe der Hastra 1976 an private Haushalte), wäre das eine Erhöhung um 22 DM, bei drei Zimmern schon um 30 DM.

Bisher hat sich die Bundesregierung mit den Ländern in dieser Frage noch nicht einigen können. Man kann gewiß sein, daß sie eine Schweinerei auskungeln, wie die Volksmassen am besten und ohne großen Widerstand geplündert werden können. Auf jeden Fall hat die Niedersächsische Regierung dafür gesorgt, daß die Gemeinden auch im kommenden Jahr Gebührenerhöhungen beschließen werden: Der Finanzausgleich an die Gemeinden für Einnahmeausfälle durch das „Steuerpaket" in Höhe von ca. 500 Mio DM soll nach dem Haushaltsplan 100 Mio DM betragen, 400 Mio also, die mit Gebührenerhöhungen eingetrieben werden müssen.

Ziehen die Kapitalisten über ihre Regierungen Bilanz, können sie zufrieden sein. Sorgen bereitet ihnen, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen ihre Expansionspolitik bekämpfen. Deshalb wird der Gewaltapparat verstärkt. Im Haushaltsplan waren 350 neue Polizeistellen vorgesehen. Jetzt hat die niedersächsische Landesregierung schon 500 neue Polizisten vorgesehen, Innenminister Groß strebt an, „bis 1983 die magische Zahl von einem Polizeibeamten auf je 400 Einwohner zu erreichen" (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 20.12.).

„Niedersachsen kann sich sehen lassen", preist sich Albrecht, Ministerpräsident, in einer Broschüre an, die nur Ausgewählten vorbehalten wird, um in der bürgerlichen Presse die Werbetrommel für ihn zu schlagen. Frohgestimmt ist auch Bundesfinanzminister Apel in die Weihnachtstage gegangen, schreibt „Die Welt" (22.12.): „Genüßlich verließ er gestern die Kabinettssitzung, beide Hände in den Hosentaschen, die alte Bing-Crosby-Melodie pfeifend: „Jingle bell, jingle bell,; jingle all the way ..." – die Kasse für die Geschäfte der Kapitalisten stimmt, geraubte Lohngelder sind es, die so schön klingen, daß dem Minister ganz warm ums Herz wird. Sollen die Kapitalisten für die Kosten, die ihre Profitproduktion mit sich bringt, selbst aufkommen. Die Volksmassen werden unter Führung der Arbeiterklasse nicht nur die Plünderungspolitik des bürgerlichen Staates an den einzelnen Fronten bekämpfen, sondern sich im Lohnkampf auch für die Forderung nach 1500 DM Steuerfreibetrag zusammenschließen. – (N-Red.)

# Aufsichtsratswahlen: Programm der Finanzhaie und Mitbestimmungskleister für die Arbeiter

„Die Kapitalisten bestimmen, die Arbeiter machen mit." Das ist das Urteil der Arbeiter über die Absichten der Bourgeoisie mit der Mitbestimmung und darüber, was auch jeweils in den Aufsichtsräten dabei herauskommt. Im vorigen Jahr gab es große Wortschlachten anläßlich der Verabschiedung des neuen Mitbestimmungsgesetzes, Vetter ist gar aus der Konzertierten Aktion ausgetreten. Wenn die Kapitalisten mit Lohnraub und Schinderei den Arbeitern auf Gesundheit und Leben herumtrampeln, hat das seinen Nerv nie getroffen!

Jetzt werden die Aufsichtsratswahlen nach dem neuen Gesetz vorbereitet – sie müssen bis Juni 1978 abgeschlossen sein. Einige Kapitalisten haben Klage gegen das Gesetz angestrengt, wie z.B. die Schering-Kapitalisten, die jetzt noch „auf den Ausgang der Entscheidung des Berliner Landgerichts warten". Einfluß auf die Politik des künftigen Aufsichtsrats wird der Gerichtsentscheid nicht haben, wie immer er ausfällt. Die Kapitalistenklasse behandelt dies neue Mitbestimmungsgesetz etwa so, wie man Schmeißfliegen abwehrt. Ungefähr so gefährlich ist es auch für sie. Wenn die Arbeiter in dem ausgekippten Leim kleben bleiben, soll es ihnen recht sein.

Im jetzigen Aufsichtsrat der Schering AG sitzen: Dr. jur. Eduard von Schwartzkoppen, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Dr. rer. pol. Wilfried Guth, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG, Rudolf Wilhelm Eversmann, Mitglied des Vorstands der Allianz-Versicherungs-Aktiengesellschaft, Dr. rer. pol. Wolfgang Jahn, Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG usw. „Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs", hat Lenin 1916 geschrieben. Die Finanzbourgeois bestimmen und sie werden in den neuen Aufsichtsräten ihre Programm vorstellen und durchsetzen. Die Interessen der Arbeiterklasse werden dort nicht verhandelt und schon gar nicht durchgesetzt oder auch nur „berücksichtigt".

So sieht das Programm der Schering-Kapitalisten beispielsweise aus, auf der letzten Betriebsversammlung haben sie es vorgestellt: Die Belegschaft müsse mehr Bereitschaft zur Mobilität zeigen, „damit wir die negativen Faktoren, die vor allem von aussen kommen, zusammen ausgleichen". Die Gestehungskosten müssen gesenkt werden. Die Personalkosten mit 43% sind dabei der größte Brokken, der bewältigt werden müsse. „Um das derzeitige Niveau halten zu können, bleibt mir nur der Appell, die Kosten möglichst gering zu halten, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben. 30 Arbeiter sollen jetzt beispielsweise von Westberlin nach Düsseldorf mobil gemacht werden. Die Schering-Kapitalisten haben die Phillips Duphar, Pflanzenschutz- und Düngemittelproduktion, aufgekauft, zur Bedingung, daß von 220 Arbeitern 100 nicht übernommen werden. Die Sozialdemokraten in Düsseldorf haben mitbestimmt, zugestimmt. In den neuen Aufsichtsräten werden sie das nicht anders machen. Niemand kann den Verkauf der Interessen der Arbeiterklasse verhindern außer den Arbeiter selbst, die sich im Kampf zusammenschließen.

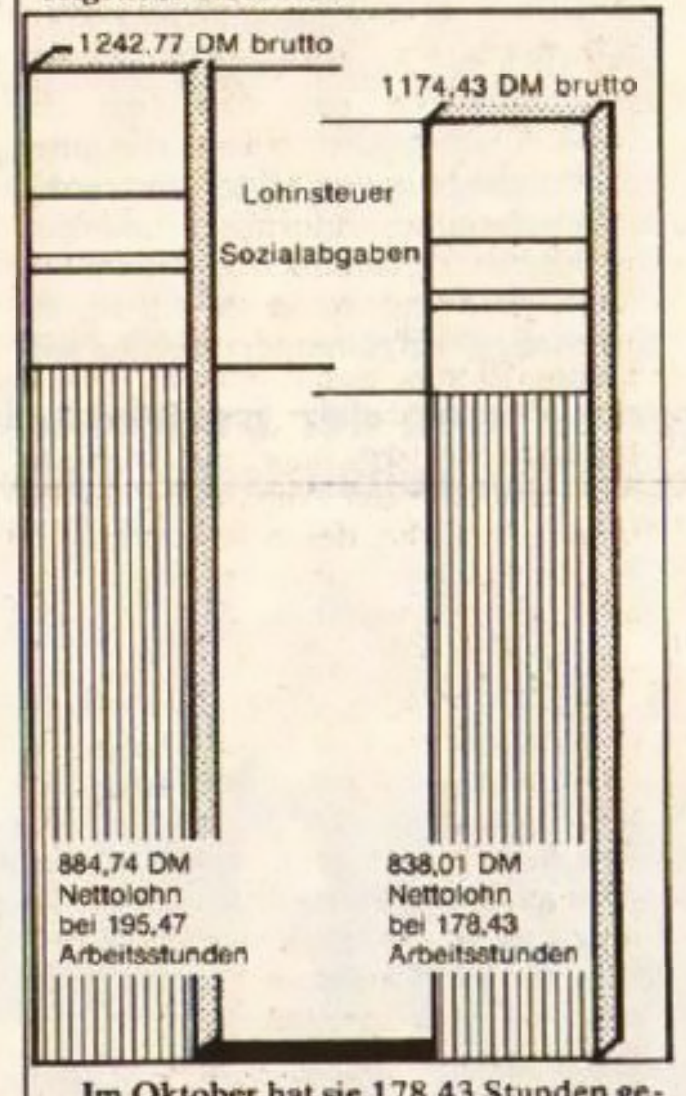
In der Zeitschrift „Aktiv" stellen die Finanzhaie von Schering und anderen Chemiekonzernen auch ihre Lohnraubabsichten vor: „Steigen die Löhne im nächsten Jahr um drei Prozent, dann rechnen die Wissenschaftler mit einer Inflation von 2,5%. Kaufkraft und allgemeiner Lebensstandard der Beschäftigten bleiben also erhalten. Und es gehen keine weiteren Arbeitsplätze verloren. Im Gegenteil: Das Zusammenspiel maßvoller Lohnerhöhungen mit einer niedrigen Inflationsrate kurbelt die Investitionen an." Lohnverzicht, damit die Schering-Kapitalisten endlich dem niederländischen Phillips-Konzern die gesamte Pharma-Produktion abjagen können! Glänzende Perspektiven. Die holländischen Arbeiter waren es, die dies Geschäft bislang vermasselt haben, weil sie gegen die Bedingung der Schering-Kapitalisten für die Übernahme des Konzerns gekämpft haben, die lautete, nicht alle 4000 Arbeiter und Angestellten zu übernehmen.

Die Kapitalisten bestimmen zwar noch, aber die Arbeiter machen nicht mit. Für z.B. 40000 DM im Jahr versuchen die Kapitalisten, einzelne Arbeiter zu kaufen. Soviel bekommt z.B. ein Hoechst-Betriebsrat für einen Aufsichtsratsposten. Es sind Bestechungsgelder aus Monopolprofit, geschunden aus der Ausbeutung von Tausenden von Proletariern. Die Abscheu der Arbeiter vor dieser Art Bestechung zeigt sich selbst darin, daß sogar die führenden Sozialdemokraten, die anhänglich an den Rockschößen der Kapitalisten schleifen, gezwungen sind, durchzusetzen, daß 75% dieser Gelder an die Gewerkschaftskassen abegeführt werden und über den Rest Kontrolle geführt werden soll. Spaltung der Arbeiterklasse und Verhinderung der Revolution ist die Absicht mit der Mitbestimmung.

Auf der Betriebsversammlung im Werk Wedding der Schering AG forderte ein Arbeiter die Belegschaft auf, sich über die Grenzen des Konzerns und über die nationalen Grenzen hinweg mit allen Arbeitern gegen die Kapitalisten zusammenzuschließen. Der große Beifall der Arbeiter zeigte die Zustimmung für diese Kampfrichtung.

## Verbot der Überstundenarbeit!

Von zwei Lohnzetteln einer 18-jährigen Arbeiterin bei Nordmende haben wir folgendes errechnet:




Im Oktober hat sie 178,43 Stunden gearbeitet und hat dafür 838,01 DM herausbekommen. Das ist für die volle Arbeitsstunde 4,70 DM.

Im September hatte sie Überstunden gemacht und insgesamt 195,47 Stunden abgerechnet. Dafür hat sie 884,74 DM herausbekommen.

Für die 17,04 Stunden, die sie im September länger gearbeitet hat, hat sie also 46,73 DM mehr auf der Hand gehabt. Sie hat für eine volle Überstunde also ganze 2,74 DM bekommen.

Für den Kapitalisten lohnen sich die Überstunden. Die Überstunden kosten ihn zwar brutto mehr, jedoch kann er seine Maschinen besser auslasten. Die höheren Steuern und Versicherungsbeiträge für die Überstunden fließen praktisch in einen gemeinsamen Reservefonds, aus dem alle Kapitalisten Gelder für Investitionen wieder herausnehmen.

Für die Arbeiter zeigen die Überstunden, daß der Lohn, den der Kapitalist ihnen bezahlt, zu niedrig zum Leben ist, so daß die Arbeiter gezwungen sind, über zweihundert Stunden im Monat zu arbeiten. Zum anderen bezahlen die Arbeiter die Überstunden mit ihrer Gesundheit. Der Anstieg der Berufskrankheiten, die Häufung der Arbeitsunfälle nach 8stündiger Arbeit (Normalschicht), die Zunahme der Skelett- und Muskelerkrankungen, Magen-, Herz- und Kreislauferkrankungen, Schlafstörungen, vor allem auch bei den jungen Arbeitern, ist dieser Überstundenarbeit geschuldet.

Ehrenberg, der durch sein „Kostendämpfungsprogramm" das Seine dazu getan hat durch den Entzug der medizinischen Versorgung, die Gesundheit der Arbeiterklasse weiter zu ruinieren, will über die Einbeziehung der Schicht- und Nachtzuschläge in die Sozialversicherungspflicht den Zwang zur Überstundenarbeit erhöhen, so wie der einzelne Kapitalist die Überstunden in Fürsorge für seinen privaten Profit herauspreßt, preßt Ehrenberg für die gemeinsame Selbstbedienung aller Kapitalisten. – (Z-Red)

# „Schöne Bescherung" durch die Bundespost

So lautet die Postwerbung. Versucht wird gegenwärtig, den „Dienstleistungsbetrieb Post" groß herauszustellen. „Jahrelang hatte die Bundespost an dem Vorwurf gelitten, nicht schnell genug zu sein. Jetzt versucht sie, „beim Rennen um die Gunst des Publikums sich selbst zu überholen", steht in der „Welt" am 20.12. unter der Überschrift: Trara! Das Schnellpaket wird schnell.

Das Publikum, um das sie sich reißt, sind nicht die Massen, der „Normalverbraucher", der „sein Paket ohnehin zur Post" trägt, sondern die Kapitalistenklasse, die in den letzten Jahren ihre Paketversendungen vermehrt über privatkapitalistische Paketzusteller abwickelt. Zeit, die beim Transport vergeudet wird, drückt auf den Profit. Deshalb muß der Transport schneller und reibungslos abgewickelt werden. In „United Parcel Service Deutschland" (UPS) und dem „Deutschen Paketdienst" sind der Post in den letzten Jahren Konkurrenten erwachsen, die laut Postministerium der Post rund zwei Millionen Sendungen jährlich abgeworben haben. Das muß wieder reingeholt werden. Die schnellere Abwicklung des Transportes für die Profite der Kapitalisten unter dem Stachel der Konkurrenz, führt so zu einer enormen Steigerung in der Ausbeutung der Postarbeiter.

Das Paketpostamt Altona, eines der modernsten Ämter, ist gebaut worden für 4 000 Arbeiter. Heute arbeiten dort 2 300, die die Arbeit von 4 000 schaffen müssen. Jetzt vor Weihnachten hat die Post zusätzlich in anderen Postämtern Beschäftigte zum Paketpostamt abkommandiert. Zum Teil kommen sie aus Lübeck, wo sie nicht ersetzt werden, erhalten gering erhöhten Lohn, müssen aber täglich die ganze Fahrstrecke zurücklegen, so daß sich ihr Arbeitstag erheblich verlängert. 300 Aushilfsarbeiter sind eingestellt worden bis Weihnachten. Diese Arbeiter müssen in Wechselschicht arbeiten, jeden Tag eine andere Schicht, Freitag 13.45 bis 23.00 Uhr, Samstag 8.30 bis 18.30 Uhr. Man kann also zwischen den Schichten noch nicht einmal ausreichend schlafen. Lohnfortzahlung bei Krankheit erhalten die Aushilfsarbeiter nicht, weil sie zumeist knapp weniger als einen Monat eingestellt sind. Das alles bei niedrigsten Löhnen von 8,34 Mark und dürftigen Schichtzulagen, z.B. Nachtschichtzulage 5,25 Mark für die ganze Schicht.

Die Arbeitshetze beim Paketpostamt ist enorm, z.B. beim „Verteilen" der Pakete. Die Pakete laufen auf einem Band und müssen sämtlichst nach ihren Postleitzahlen auf andere Bänder sortiert werden. Das Band läuft sehr schnell, d.h., man muß auf vielen Paketen die Postleitzahlen schnell ablesen und sie richtig verteilen. Dies ermüdet die Augen schon nach kurzer Zeit. Steht das Band einmal, was sehr selten vorkommt, dreht sich der Raum vor den Augen. Ein Arbeiter meinte, nachdem er eine Schicht „verteilt" hatte, er wäre dort „gefoltert" worden. Ist das Band übervoll, kippen die Pakete von selbst vom Band auf andere Bänder, sie sind dann natürlich falsch sortiert, oder die Arbeiter schieben die Pakete auf irgendwelche Bänder, damit sie wenigstens die Postleitzahlen nachkommender Pakete erkennen können.

Sorgfältiges Verteilen ist bei dieser Hetze nicht drin. Pakete, die aus LKW's entladen werden, müssen auf ein Band geworfen werden. Die Antreiber sorgen dafür, daß die Arbeiter auf Aufschriften wie „Vorsicht Glas" überhaupt keine Rücksicht nehmen können. Daß dabei viel zu Bruch geht und selten eine Flasche unbeschadet ihr Ziel erreicht, ist klar. Den Dienstherren kümmert es nicht, daß die Pakete, die die Massen verschicken, kaputt gehen. Dann lag's halt an der Verpackung oder an den unachtsamen Arbeitern.

Die Massen zu dämlich, die Arbeiter schlampig, so ließe sich spalten, werden sie denken. In den Lohnkämpfen und Streiks der letzten Jahre haben die Postarbeiter in vorderster Front gestanden. Sie sind auf viel Sympathie gestoßen im Volk. Was sollte sich daran geändert haben?

# Ausrüstung für den Volkskrieg in Zimbabwe

Fortsetzung von Seite 1

cambique wollte Smith für das notwendige Feuerwerk sorgen, um von der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen abzulenken, das Volk von Zimbabwe mit der sogenannten „inneren Lösung" hereinzulegen und vom allein erfolgversprechenden Weg der Befreiung, dem Volkskrieg, abzuhalten. Vergebliches Unterfangen. Der Angriff auf die Militärbasis von Grand Reef ist die Antwort des Volkes von Zimbabwe auf die Bombenangriffe in Mocambique wie auf das Betrugsmanöver mit der „inneren Lösung". Mit der „inneren Lösung" wollen sich die Imperialisten den Weg frei machen für die direkte bewaffnete Intervention in Zimbabwe. Der Angriff auf Grand Reef hat ihnen deutlich gemacht, was sie dort erwarten wird.

Die Vertreter der ZANU haben mitgeteilt, daß sich die Geheimagenten des Kolonialregimes seit dem letzten Jahr – damals wurden die vier Lastwagen nach Mocambique verschifft – dafür interessieren, warum die Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe durch die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland groß ist und wächst. Das Smith-Regime sei etwas beunruhigt. Der sofortige Widerhall auf den jetzigen Aufruf der ZANU mag sie nochmal beunruhigen. Während der Veranstaltungen letzter Woche, auf denen die Vertreter der ZANU sprachen, wurde die Sammlung bereits in Angriff genommen und es wurden die ersten 150 000 DM aufgebracht, die sofort nach Mocambieque gehen werden. Was die Gründe betrifft, so können wir dem Smith-Regime, das sicher von den westdeutschen Nachrichtendiensten auf dem laufenden gehalten wird, von hier aus einiges mitteilen: Bloß für eingefleischte Imperialisten und Imperialistenknechte mag es erstaunlich sein, daß die Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland in den letzten Jahren durch die Ausbeutung in ihrer Existenz gedrückt werden, daß sie in schwierigen Kämpfen um ihre Lebensbedingungen stehen und dennoch alles tun, um den Befreiungskampf der unterdrückten Völker zu unterstützen. Schon Marx hat auf entsprechendes Erstaunen über die Begeisterung, mit der die Arbeiter für ihre Streikkassen gesammelt haben, den Kapitalisten und bürgerlichen Ideologen geantwortet, daß angesichts der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalistenklasse das Auffüllen der Kriegskasse das größte Vergnügen für die kämpfenden Arbeiter ist. Heute führen die unterdrückten Völker den bewaffneten Befreiungskampf gegen Imperialismus und Kolonialismus und schließen sich zusammen gegen das Weltherrschaftsstreben der Supermächte. Ihr Befreiungskampf ist Bestandteil der proletarischen Weltrevolution. Der Krieg gegen die Imperialisten wird international geführt, nicht nur durch die internationale Arbeiterklasse, sondern auch durch die unterdrückten Völker mit den Bauern als Hauptkraft. Wie dieser Krieg international ist, so wird auch die Kriegskasse international gefüllt. Das proletarische Klassenbewußtsein und die Klassensolidarität quer über die Ländergrenzen hinweg sorgen dafür, daß die Mittel dieser Kriegskasse an die Punkte gelangen, wo sie am dringendsten gebraucht werden, um den Imperialismus niederzuschlagen. Das Smith-Regime und die Imperialisten, die dieses Regime stützen und von ihm profitieren, werden noch einige Erfahrung mit dieser Entwicklung des proletarischen Internationalismus machen.

„Wir sind unsere eigenen Befreier", sagt die ZANU. Steht es nicht in Widerspruch, wenn die ZANU gleichzeitig dazu aufruft, den Volkskrieg in Zimbabwe zu unterstützen? Das Gegenteil ist der Fall. Weil das Volk von Zimbabwe seine Befreiung in die eigenen Hände genommen hat, findet es überall Unterstützung.

Die ZANU hat uns berichtet, daß zwei der Lastwagen, die letztes Jahr nach Mocambique eingeschifft wurden, bei den heimtückischen Luftangriffen zerstört worden sind. Niemand, der für die Lastwagen Geld gegeben hat, gab sich der Illusion hin, daß es im Volkskrieg keine Verluste geben würde. Die Verluste an Material sind wirklich nicht die schmerzlichsten. Jeder weiß, daß auch der Volkskrieg Nachschub braucht. Die ZANU ruft uns jetzt auf, die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA sicherzustellen. KBW und KPD haben diesen Aufruf bereits unterstützt und aufgefordert, bis zum 1. Mai 1978 das Ziel zu erreichen. Es kann nur erreicht werden, wenn der Aufruf der ZANU von sehr vielen Kräften unterstützt wird. Möglichst viele sollen ihn unterschreiben, nicht nur Organisationen, sondern vor allem auch Betriebsräte, Allgemeine Studentenausschüsse, Schülerräte, Abteilungen, Seminare und Schulklassen. Nur wenn viele sich zusammenschließen, kann das Ziel bis zum ersten Mai erfüllt werden. Die ZANU will versuchen, zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, erneut eine Delegation nach Westdeutschland und Westberlin zu senden, die über den Fortgang des Befreiungskrieges in Zimbabwe berichten wird.

Die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA wird die Freundschaft zwischen den Volksmassen in Westdeutschland und dem Volk von Zimbabwe weiter stärken.

## Unter dem Vorwand der „parlamentarischen Kontrolle" – Zentralisierung der Spitzelapparate der westdeutschen Bourgeoisie

Gemeinsam haben die drei Fraktionen des Bundestages SPD, FDP und CDU den Gesetzentwuf zur „parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste" ausgearbeitet. Am 9.11. wurde er von SPD und FDP eingebracht, am 10.11. im Bundestag behandelt. Jetzt soll er im Rechts-, Innen- und Verteidigungsausschuß fertiggestellt werden.

Der Gesetzentwurf „. . . unterwirft die Nachrichtendienste des Bundes einer parlamentarischen, rechtlich begründeten Kontrolle durch nur ein Gremium. Damit wird die bisher durch das parlamentarische Vertrauensmännergremium ausgeübte Kontrolle, die lediglich auf einer rechtlich nicht abgesicherten Vereinbarung zwischen dem Bundeskanzler und den Fraktionen beruht, auf eine gesicherte gesetzliche Basis gestellt." (Spitzmüller, FDP)

Große Schwierigkeiten hatte die Bourgeoisie nach dem Zusammenbruch ihres Staatsapparates 1945, diesen wieder aufzubauen. Die Westalliierten halfen, ihn Stück für Stück wieder zusammenzuflikken:

– Der für „Auslandsaufklärung zuständige Bundesnachrichtendienst" (BND) ist direkt hervorgegangen aus der unter US-Schirmherrschaft 1945 aufgebauten „Organisation Gehlen". Gehlen, Offizier und seit 1935 im Generalstab, hatte Erfahrungen in solchen „Aufgaben". 1955 wurde die „Organisation Gehlen" von der Bundesrepublik übernommen, 1956 in den BND umgewandelt. Seinen historischen Vorgänger hatte er in der Spionageabwehr der Nationalsozialisten – das Personal übrigens auch.

– Der für „die Sicherheit der Bundeswehr zuständige militärische Abschirmdienst" (MAD) wiederum ist von der Organisation Gehlen aufgebaut worden und hat beträchtliches Eigenleben bei der Bespitzelung und Unterdrückung der Soldaten der Bundeswehr gewonnen.

– Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist der politische Geheimdienst der westdeutschen Bourgeoisie. Am 27.9.1950 gesetzlich verankert als Einrichtung der Bourgeoisie zur Bespitzelung und Unterdrückung aller revolutionären Bewegungen der Arbeiterklasse zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie.

Im nationalsozialistischen Deutschland hatte die Bourgeoisie sich mit dem Sicherheitsdienst und der SS, der „Schutzstaffel" der Kapitalistenklasse, eine zentrale Staatspolizei geschaffen. Mit dieser brutalen Offenheit geht es heute nicht.

Schnell soll das Gesetz über die Bühne gehen, das haben alle Vertreter der bürgerlichen Parteien bekräftigt. Über alle „Tätigkeiten der Nachrichtendienste" soll die „Kontrollkommission" von der Bundesregierung unterrichtet werden.

Man erkennt ein Problem: Werden die parlamentarischen Kommis jetzt die Spürhunde der Regierung und deren Sicherheitsdienste in Parlament und Freundeskreis, oder wird die Kontrollkommission die Einsatzleitung der Dienste? Brauchbar wären diese Leute für beide Verwendungen.

„Nachrichtendienste sind notwendig. . . . Die Eigenart ihrer Aufgabe erfordert es, daß ihre Tätigkeit möglichst wenig öffentlich erkennbar bleibt", so Jahn, Sprecher der SPD. „Dazu gehört", so Eyrich von der CDU, „die Mitglieder eines Kontrollgremiums nicht nur zur Vertraulichkeit, sondern zu strenger Geheimhaltung über die getätigten Verhandlungen zu verpflichten und die Zahl der Mitglieder entsprechend auf das notwendige Maß zu beschränken."

Eyrich beklagt im Bundestag „jenes Mißtrauen" gegen die Sicherheitsbediensteten, „das die Effektivität dieser Nachrichtendienste auf ein bedenkliches Maß heruntersetzt."

Es ist wahr: vorderhand genießen die Organe der Staatssicherheit die Verachtung der Volksmassen im besonderen Maße, verglichen jedenfalls mit den Parlamentariern.

Ausgleich tut not. Der offensichtliche Rückgriff der Parlamentarier auf Ordnungsmethoden, die der älteren Generation auf den eigenen Leib gepeitscht wurde, wird sicher den Ausgleich beschleunigen. – (Z-Red)

**Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord** – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 52/77: 32000

# Am Flugzeugmarkt locken traumhafte Extraprofite

**Die westdeutschen Luftfahrt-Konzerne führen einen großen Angriff gegen die Arbeiter. Das Vorbild der beherrschenden USA-Monopole: Steuergelder und Massenentlassungen**

Das Kapital, das die westdeutschen Finanzbourgeois der Luft-und Raumfahrtindustrie angelegt haben, ist in seine erste kräftige Krise gekommen. Entsprungen aus den Stehaufmännchen der Lieferanten der großdeutschen Luftwaffe, zusammenfusioniert von der Deutschen und Dresdner Bank, von Siemens, Thyssen und Krupp, gestopft von Milliarden an Lohn- und Mehrwertsteuergeldern für aufwendige Senkrechtstart- und andere Entwicklungsprojekte, zu zwei Dritteln bereits wieder für die Aufrüstung tätig, mußten die Flugzeugkapitalisten absegnen, daß ihr erstes Konkurrenzprodukt am zivilen Weltflugzeugmarkt, die VFW 614, dasselbe Schicksal erlitten hat, wie schon sein Prototyp. Schon jener war damals abgestürzt.

Mit rund 700 Millionen Mark war das Projekt subventioniert. Nun habe sich herausgestellt, daß das Flugzeug unwirtschaftlich sei, und auch die Probleme des Triebwerks seien „noch nicht ganz gelöst". So hört man im Fernsehen vom regierungsamtlich für diese Branche eingesetztem Staatssekretär Grüner. „VWF 614 – Deutschlands Nr. 1" – werben einige eingeschworene Sozialdemokraten unter der Belegschaft. Soll man sich nun über die Qualität des Flugzeugs und die Ungerechtigkeit des Marktes streiten?

Die Pläne der Kapitalisten liegen auf dem Tisch. Herrhausen von der Deutschen Bank hat sie ins Gespräch gebracht, Bundesregierung und VFW-Fokker-Aufsichtsrat haben sie übernommen. Ein großer Teil der Arbeiter soll auf die Straße gesetzt werden (von bis zu 2000 ist die Rede), die Airbus-Produktion, an der VFW-Fokker beteiligt ist, soll verdoppelt werden, mehr militärische Aufträge sollen vergeben werden. Wenn sodann das jetzt unprofitable Kapital bei VFW wieder kräftig Mehrarbeit für seine Besitzer einsaugt, so soll fusioniert werden mit MBB. Denn das haben die westdeutschen Weltmarktstrategen nötig. Der VFW-Vorstand hat die Arbeiter aufgerufen, sie sollten sich bis aufs letzte für den Konzern einsetzen, damit VFW nicht „geschluckt", sondern ebenbürtig fusioniert werde. Insofern hat sich MBB einverstanden erklärt; so sehr eilig sei die Fusion nicht, erst müsse der Profit bei VFW wieder stimmen.

So oder so, die Arbeiter können ihre Interessen nur im Kampf gegen die Kapitalisten durchsetzen. Dieser Kampf ist hart, weil die westdeutschen Imperialisten in der Luft- und Raumfahrtindustrie weit im Hintertreffen sind. Sie müssen dick zulangen, wenn sie von den fetten Profiten dieses Industriezweiges etwas abbekommen, technologisch mithalten und in ihrer Luft- und Raketenwaffe unabhängiger werden wollen.

Die Vorherrschaft außerhalb des von der Sowjetunion für ihre Staatsmonopole abgesicherten RGW-Marktes haben die Luft- und Raumfahrtmonopole der USA. 1975 erzielten sie fast den dreifachen Umsatz ihrer EG-Konkurrenten. Beherrschend in der Raumfahrt und bei Militärflugzeugen liefern die USA auch 80% der Verkehrsflugzeuge der Mitgliedsländer des Internationalen Luftverkehrsverbandes IATA. 1975 konnten sie für 5,1 Mrd. Dollar zivile und für 2,9 Mrd. Dollar militärische Flugzeuge exportieren. Damit haben sie fast drei Viertel des gesamten Handelsüberschusses des US-Imperialismus hereingeholt. Trotz dieser Vormachtstellung, von der die westdeutschen Bourgeois nur träumen, hält die Luftfahrtindustrie in den USA für ihre Arbeiter keineswegs besseres bereit. Vielmehr ist jeder Dollar ihres Konkurrenzvorsprunges auf brutale Weise aus den Arbeitern gepresst. Die meisten Konzerne produzieren zu 75 bis 100 Prozent in Regierungsauftrag, Boeing und Mc Donnell/Douglas zu rund 50%. Auch damit wurde die Ausbeutung nur verschärft und die Krise angeheizt. 1968 hatte der Industriezweig 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte unter Lohn, heute sind es noch 900000; mehr als eine halbe Million sind seitdem auf die Straße gesetzt. Die Zeitschrift „Interavia" zitiert den Präsidenten von Mc Donnell/Douglas: „Einer der wichtigsten Pluspunkte der amerikanischen Industrie sei das anerkannte ‚Recht' der Hersteller auf Anpassung der Belegschaftsstärke, deren Notwendigkeit in den USA selbst von den Gewerkschaften anerkannt wird. In Europa dagegen sei dies nicht so." (Nr. 6/77)

**Die größten westlichen Monopole in der Luft- und Raumfahrtindustrie**

| | Umsatz in Mio. Dollar 1976 | 1965 | Beschäftigte 1976 | 1965 |
|---|---|---|---|---|
| 1. Rockwell International, USA (1965: North American Aviation und Rockwell) | 5220 | 2517 | 119117 | 122183 |
| 2. United Technologies, USA | 5166 | | 133383 | |
| 3. Boeing, USA | 3919 | 2023 | 65400 | 93400 |
| 4. McDonnell Douglas, USA (1965: McDonnell und Douglas Aircraft) | 3544 | 1774 | 57867 | 96615 |
| 5. Lockheed Aircraft, USA | 3202 | 1814 | 54600 | 81302 |
| 6. Textron, USA | 2627 | 851 | 64000 | 41000 |
| 7. Aérospatiale, Frankreich (Staatskonzern) | 1886 | | 35123 | |
| 8. Hawker Siddeley Group, Großbritannien | 1759 | 1067 | 82700 | 122000 |
| 9. Grumman Aircraft Engineering, USA | 1502 | 852 | 28000 | 32000 |
| 10. Avions Marcel Dessault, Frankreich | 1242 | | 15335 | |
| 11. Martin Marietta, USA | 1213 | 603 | 24600 | 30000 |
| 12. Rolls Royce, Großbritannien | 1119 | 354 | 60985 | 49698 |
| 13. BAC British Aircraft Corp., Großbritannien | 873 | | 36144 | |
| 14. SNECMA, Frankreich | 706 | | 19540 | |
| 15. VFW-Fokker, BRD/Niederlande | 676 | | 18543* | |
| 16. MBB Messerschmidt-Bölkow-Blohm, BRD | 650 | | 20123 | |
| Dornier, BRD | 200 | | 7000** | |

* davon ca. 10000 in der BRD ** 1975 Quelle: zusammengestellt nach „Fortune"

Im Jahre 1965 hatten die noch getrennten Konzerne Douglas und Mc Donnell zusammengezählt 96600 Beschäftigte, 1976 waren es noch 57870. Aus der Tabelle geht hervor, wie die Ausbeuter der anderen Monopole gewütet haben. Nachdem der Boeing-Konzern 1968 in seinen Werken in Seattle mit Massenentlassungen begonnen hatte, schlossen in ganzen Straßenzügen die Lebensmittelgeschäfte. Sie konnten nicht mehr genug Umsatz machen, denn die Arbeiter hatten kein Geld, sich ihre Nahrung zu kaufen. Boeing aber hat seine Marktanteile gesteigert.

Weshalb gerade in der Luftfahrtindustrie diese tiefen Krisen, wo doch die Kapitalistenklasse des jeweiligen Landes wegen der strategischen Bedeutung dieser Industrie an stetigem Ausbau interessiert sein müsste? Weil hier der Widerspruch zwischen dem hohen Stand der Produktivkräfte und ihrer Einbindung in die Zwangsverhältnisse des Privateigentums besonders schroff ist. Keines dieser Projekte ist von einem Kapital allein durchzuführen. Daher tritt der Staatsapparat als Auftraggeber und Bürge für Entwicklungskosten auf – ohne daß er die Konkurrenz beseitigen könnte. Zwar sind riesige Kapitalmassen zur Aufnahme der Produktion notwendig, aber in kaum einem Industriezweig ist die organische Zusammensetzung des Kapitals so niedrig. Die Produktion ist arbeitsintensiv. Läuft also eine Produktion, so ist mit wenig Kapitalzuschuß viel Arbeitskraft zusätzlich zu kaufen und auszubeuten. Daher die wilde Jagd der Profitjäger, die naturnotwendig zu regelmäßigen Fehlschlägen und zu wahnsinnigen Überkapazitäten führen. – (Z-Red)

**Beschäftigte in der Luft- und Raumfahrtindustrie 1975**

| | |
|---|---|
| Belgien | 4900 |
| Frankreich | 106936 |
| BRD | 51914 |
| Italien | 31500 |
| Niederlande | 7000 |
| Großbritannien | 205000 |
| EG zusammen | 407250 |
| Japan | 26000 |
| Kanada | 29000 |
| USA | 930000 |

(Quelle: Interavia 6/77)

# Abzug aller fremden Flotten aus dem Mittelmeer

Im November haben die Nato-Mitgliedsstaaten im Mittelmeer ein Manöver durchgeführt, bei dem sie 48 Kriegsschiffe, darunter Flugzeugträger, Schnellboote, Zerstörer und U-Boote eingesetzt haben.

Die türkische Regierung hat vor kurzem gemeldet, daß im letzten Jahr 235 sowjetische Kriegsschiffe die türkische Wasserstraße vom Schwarzen Meer ins Mittelmeer passiert haben. Mit ihren Flugzeugträgern, Zerstörern und Schnellbooten erzwingen die Sozialimperialisten die Durchfahrt und weigern sich, türkische Lotsen an Bord zu nehmen, was häufig zu Unfällen führt.

## Die 6. Flotte muß aus dem Mittelmeer verschwinden!

Bis 1954 waren alle Zugänge zum Mittelmeer unter Kontrolle westlicher imperialistischer Staaten: Die Straße von Gibraltar, die heute noch von den englischen Imperialisten als Wachhundposten zwischen Atlantik und Mittelmeer besetzt gehalten wird; die türkische Meerenge im Osten wurde im wesentlichen von den US-Imperialisten unter Kontrolle gehalten, der Suez-Kanal als Verbindung des Mittelmeers mit dem Indischen Ozean durch die englischen, französischen und US-Imperialisten. 1956 erklärte Nasser unter tosendem Beifall von Zehntausenden versammelter Ägypter die Nationalisierung des Kanals. Der Überfall der britischen und französischen Imperialisten auf Port Said wurde von der ägyptischen Armee erfolgreich zurückgeschlagen, wie auch die Versuche der Imperialisten, den Suez-Kanal durch Besetzung durch die Zionisten unter Kontrolle zu halten durch den ägyptischen Vorstoß gegen die zionistischen Eindringlinge 1973.

Zur Bewachung des Gebietes und jederzeit auf der Lauer, neue Stützpunkte zu errichten, um ihren Fuß in fremde Länder zu setzen, schickten die US-Imperialisten die 6. Flotte ins Mittelmeer. Die US-Imperialisten unterhalten im Mittelmeer ihr dichtestes Stützpunktnetz. Nachdem sie 1974 ihren Hauptstützpunkt der 6. Flotte, die griechische Stadt Piräus, räumen mußten und dort lediglich eine Radarstation und die Wetterstation benutzen können, verlegten sie die Hauptstützpunkte der Flotte nach Italien und Spanien. In Neapel liegt einer der mittlerweile drei im Mittelmeer kreuzenden US-Flugzeugträger. Dort befinden sich Versorgungs- und Reparaturanlagen, in Gaeta in Italien liegt ein Kreuzer, auf der Insel La Maddalena bei Sardinien, auf Sizilien und in Rota in Spanien befinden sich weitere wichtige Häfen für die Flugzeugträger, die atomaren U-Boote und die Nachschublinien der US-Imperialisten. Ein wichtiger Stützpunkt ist der Tiefseehafen Suda Bay auf der Insel Kreta, auf demgleichzeitig Nato-Truppenübungsgelände sind, wichtig deshalb für die US-Imperialisten, weil sie von hier das Mittelmeer nach beiden Seiten hin überwachen können. In der Türkei ist ihre Besatzertätigkeit von der türkischen Regierung eingeschränkt worden. Ihre ehemals 25 Stützpunkte sind ihnen 1974 von der Regierung bis auf vier alle zusammengestrichen worden, darunter nicht die Häfen Izmir und Iskenderum, auf die die US-Imperialisten scharf sind. Dies wurde 1976 vertraglich vereinbart. Die 6. Flotte umfaßt die ansehnliche Zahl von mittlerweile drei Flugzeugträgern mit jeweils 60 bis 80 Jagd- und Bomberflugzeugen, eine „Marines Amphibious", die 66 Schiffe umfaßt, und etliche atomare U-Boote in Rota. Die Bestrebungen der US-Imperialisten gehen vor allem dahin, im östlichen und südöstlichen Teil des Mittelmeerraums verlorengegangene Posten zurückzugewinnen und neue zu erpressen.

**Alter Affe immer noch bissig**

„... ein Land, das 45% seiner Lebensmittel, 63% seines Eisens und Stahls, 88% seines Bauholzes, 47% seines Fleischbedarfs und gegenwärtig noch 80% des Erdöls einführt ... Tag für Tag auf der ganzen Welt 700 britische Schiffe auf der See und 600 weitere in Häfen sind", so ein Land, sagt der britische Colonel Norman Dodd, muß eine richtige Marine haben, die die „Freiheit der Meere" für seine imperialistischen Zwecke sichert. „Die britische Marine muß heute wie seit vier Jahrhunderten nach außen auf die Welt sehen." Die Royal Navy ist die drittgrößte Flotte der Welt. Sie umfaßt gegenwärtig zwei große Landungsfahrzeuge, 69 Fregatten und Zerstörer, zwei Kreuzer, 40 Minenabwehrschiffe, 59 Landungsfahrzeuge mit unterschiedlicher Größe, 14 Vorpostenboote, 9 U-Boote mit Atomantrieb und 19 mit konventionellem Antrieb. Britische Minensuchboote säuberten 1975 den Suez von Minen, die Vorpostenboote wurden aus den Erfahrungen aus den Einsätzen der britischen Imperialisten gegen die Fischerboote Islands gebaut, die britischen Imperialisten nennen die neu entwickelten und im Bau befindlichen fünf neuen Vorpostenboote direkt „Boote der Island-Klasse". Ein britischer Lenkwaffenzerstörer oder eine britische Fregatte ist ständig bei




der „Standing Force Channel und der Standard Force Atlantic", eines steht ständig abrufbereit für die Mittelmeerflotte der Nato. „Für Großbritannien ist das Meer lebenswichtig", erklärt der britische Colonel und fordert auf, in Admiral-Nelson-Manier die Welt zu umschiffen.

### Die sowjetische Eskadra muß aus dem Mittelmeer verschwinden

Die Bewegung, die die Flotte der Sozialimperialisten nimmt, ist gerade gegenläufig. Sie streben vom Schwarzmeer aus in die westlichen Gebiete. Aufgetaucht und seitdem nicht wieder aus dem Mittelmeer verschwunden sind die Sozialimperialisten 1964. Zunächst bauten sie hauptsächlich in Ägypten Stützpunkte auf, indem sie z.B. Unterstützung für den Aufbau der Werft in Alexandria gewährten und als Gegenleistung die Nutzung des Hafens und der Werft für ihre Kriegsschiffe verlangten. Im weiteren bauten sie Port Said als Marinelandung aus und errichteten in Mesa Matruh einen Fliegerhorst. Syrien, daß von den Sozialimperialisten mit ähnlichen Methoden in wirtschaftliche Abhängigkeit gebracht wurde, mußte die Nutzung des Hafens Latakia durch die Sozialimperialisten zugestehen. Tripolis und Tobruk haben die Sozialimperialisten ebenfalls ins Auge gefaßt. In einem Vertrag von 1974 haben die Sozialimperialisten die Nutzung aller Häfen an der Mittelmeerküste Jugoslawiens erreichen können.

Seit der Machtübernahme der Bourgeoisie in der Sowjetunion und ihrer Herausbildung als imperialistische Supermacht ist ihr Bewegungsraum dort aber zunehmend auch eingeschränkt worden. Albanien verweigerte seit 1961 den Sozialimperialisten die Nutzung des Hafens Volne, die ägyptische Regierung untersagte 1972 die Nutzung ägyptischer Häfen für sowjetische Kriegsschiffe, lediglich die Werft dürfe noch angelaufen werden. 1975 warfen sie die Sozialimperialisten vom Flughafen in Mesa Matruh, und 1976 hat Ägypten die räuberische und aggressive Macht ganz vor die Tür gesetzt. Die Eskadra der Sozialimperialisten besteht aus ca. 60 bis 80 Schiffen, mittlerweile zwei Flugzeugträgern und etlichen U-Booten. Vor allem in der Zahl der atomaren sind die Sozialimperialisten ihren Rivalen überlegen. Seitdem ihre Flotte nicht mehr ägyptische Häfen anlaufen kann, hält sie sich hauptsächlich in der Bucht von Sollum vor der ägyptischen Küste und im Golf von Hammamet vor der tunesischen Küste auf und bedroht die Völker der Mittelmeerländer. Die Durchfahrt aus ihren Kriegshäfen in Sewastopol und Odessa durch die türkische Wasserstraße erzwingt sie rücksichtslos unter Verletzung der türkischen Hoheit über das Gewässer und läßt es auf eine Konfrontation ankommen.

„Die sowjetischen Streitkräfte und unter ihnen auch die Kriegsflotte treten als eine Waffe der Politik der UdSSR auf", sagt der Oberkommandierende der sowjetischen Kriegsflotte, Sergei Goskov.

Die Politik der Imperialisten, die sie mit Waffengewalt nur noch austragen können, hat J.W. Stalin in seinem Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag 1934, fünf Jahr vor dem Zweiten Weltkrieg, charakterisiert:

„Das Ergebnis der langwierigen Wirtschaftskrise war eine bisher noch nicht dagewesene Verschärfung der politischen Lage der kapitalistischen Länder, sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch in deren gegenseitigen Beziehungen. Die Verschärfung des Kampfes um Auslandsmärkte, die Vernichtung der letzten Reste des Freihandels, die Schutzzölle, der Handelskrieg, der Valutakrieg, das Dumping und viele andere analoge Maßnahmen, die einen extremen Nationalismus in der Wirtschaftspolitik offenbaren, haben die Beziehungen zwischen den Ländern bis aufs äußerste zugespitzt, haben den Boden für kriegerische Zusammenstöße geschaffen und den Krieg als Mittel zur Neuaufteilung der Welt und der Einflußssphären zugunsten der stärkeren Staaten auf die Tagesordnung gesetzt."

„Dank der geplanten Erweiterung der Gemeinschaft gen Süden ... vermag das Gewicht Europas im Mittelmeerraum und von dort im Mittleren Osten beträchtlich gestärkt werden. Die Handelsabkommen, welche die Europäische Gemeinschaft mit den meisten Anrainerstaaten des Mittelmeeres abgeschlossen hat, zielen in die gleiche Richtung", erläuterte der französische Professor J. Vernant auf einer internationalen Wehrkundetagung im Frühjahr in München und empfiehlt die Einrichtung einer Konferenz der Mittelmeeranrainerstaaten unter Oberaufsicht der EG, in der die französischen Imperialisten um die Vormacht kämpfen. Die französischen Imperialisten haben im letzten Jahr große Anstrengungen in der Verstärkung der Mittelmeerflotte durchgeführt. Nach Toulon sind zwei Flugzeugträger, ein Raketenzerstörer und ein



Lenkwaffenzerstörer verlegt worden. Im nächsten Jahr wird das fünfte Atom-U-Boot fertiggestellt sein.
Im Mittelmeer kreuzen 15 Schiffe der französischen Marine und 12 konventionell betriebene U-Boote.

Um nichts anderes geht es heute. Deshalb waren sich auch alle Imperialisten über das „unmögliche Verhalten", die „Erpressungen" und die „Sonderwünsche" Maltas auf der ersten Konferenz für „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" einig. Was war geschehen? Die Delegation von Malta hatte gefordert, daß in die Dokumente die mehr als gerechte Forderung nach Abzug der fremden Flotten aus dem Mittelmeer aufgenommen werden muß. – (Z-Red)

# Fregattenbauprogramm: Teilstück im Aufbau einer streitfähigen westdeutschen Armada

**Überproduktionskapazität? Nicht für den Bau von Flugzeugträgern!**

„Eine Entscheidung bis ins nächste Jahrtausend – so könnte man die Zustimmung des Verteidigungsausschusses zur Beschaffung von zunächst sechs Mehrzweckfregatten der Klasse 122 mit bordgestützten Hubschraubern und der Option für sechs weitere bezeichnen.“ (Wehrtechnik 2/76)

1970 hieß es im Weißbuch des Bundesministeriums für Verteidigung, „sollen die US-Leitzerstörer der ‚Fetcher-Klasse‘ (Baujahr 1942) durch vier Fregatten abgelöst werden.“ Weiter wird als Auftrag der Marine bezeichnet: „feindliche Seestreitkräfte in beweglich geführten Operationen in der Ostsee zu bekämpfen, die Seeflanke der BRD von See her zu schützen und ihren Beitrag zur Verteidigung der Ostseezugänge zu leisten. Angesichts der sowjetischen Randmeerstrategie müssen Teile der Nordsee in das Operationsgebiet einbezogen werden.“

1975 wurden 12 Fregattenaufträge zur Konzeption an die Großwerften vergeben. Im Weißbuch 75/76 heißt es entsprechend: „Der Marine sind drei Schwerpunktaufgaben gestellt:
– Kampf gegen die Angriffskräfte des Warschauer Pakts in der Ostsee.
– Abwehr von Angriffen über die See auf die Ostseezugänge.
– Sicherung der Nordsee als Einsatzraum von Verstärkungen und als Transportweg, Rohstoff- und Nahrungsquelle.“

Dazu findet man dann ein Schaubild, in dem der Atlantik um die britischen Inseln, Island und Norwegen als „Schutzraum“ gezeichnet ist. Aus „Schutz der BRD“ ist also bereits „Schutz der Rohstoff- und Nahrungsquellen“ der britischen und norwegischen Küste geworden wie der Zugriff auf den Atlantik. Die Konzeption der F122 entspricht diesen Hegemonieabsichten: Der Fahrbereich beträgt 4000 bis knapp 8000 Seemeilen je nach Geschwindigkeit, die Seezielflugkörper haben eine Reichweite von über 110 km, und zwar im Tiefflug, was sie für den Gegner schwer zu orten und zu zerstören macht. In Verbindung mit der Radarortung mittels Hubschraubern, die dem normalen Schiffsradar überlegen sind, lassen sich gegnerische Verbände schneller ausmachen und mit wirkungsvollen Überraschungsangriffen bekämpfen.

Dazu kommen Torpedos, Flugabwehr-Lenkwaffen, Nahbereichsflugkörper und ein 76 mm-Geschütz. Waffenstarrend stellt sich die F122 dar, in der Lage, „längere Zeit unabhängig von der Landbasis zu operieren.“ (Weißbuch 75/76) Dazu:

Im Zusammenhang mit dem Stützpunktsystem des US-Imperialismus können die Fregatten auf jedem Flekken der Weltmeere große Seegebiete wirkungsvoll beherrschen. Mit der Vergabe des Fregattenbaus an fünf westdeutsche Großwerften, wobei der Bremer Vulkan die Generalunternehmerschaft ergattert hat und die Endfertigung aller sechs Fregatten vornimmt, hat die Planung eines großen Flottenbauprogramms begonnen.

Schon heute besitzt der BRD-Imperialismus mit seinen Schnellbooten (die mit 480 Tonnen eigentlich schon keine mehr sind) auf diesem Sektor eine Spitzenstellung. Jetzt sind gerade 10 neue in Auftrag gegeben worden. Damit will er – im Verbund mit der U-Boot-Waffe und der Minenflottille – in der Ostsee aufräumen. Die Fregatte 122 dient dem Griff nach Europa, dem Nord- und Südatlantik. Entsprechend werden Anlagen auf dem Vulkan gebaut für eine Großserienproduktion dieser Fregatte: Die Ausrüstungspier wird knapp um das doppelte verlängert. Ein 40 Mill. DM teures, neues überdachtes Baudock, der Fregattengröße auf den Leib geschneidert, soll bis Mai '78 fertiggestellt werden. Die notwendigen 40-Mio.-DM-Umstellungen in der Stahlbearbeitung – auf den dünneren und antimagnetischen Fregattenstahl – werden zur Zeit gerade ausgetüftelt.

Mit dem Ausbau der Großwerften Anfang der 70er Jahre hat der BRD-Imperialismus sich diejenigen Kapazitäten geschaffen, die man braucht, um heutzutage eine vollständige imperialistische Armada zu schaffen. Mit Flugzeugträgern und allem drum und dran, denn ob man nun einen 400 Meter langen Großtanker im Baudock produziert oder einen Flugzeugträger, das bleibt sich von den dazu notwendigen Werftanlagen gleich. Schon immer war es so, daß im Laufe der Änderungen, Verbesserungen, Umstellungen bei der Kriegsproduktion letztendlich stets was Größeres rausgekommen ist, als vorher in Auftrag gegeben wurde.

Ob es soweit kommt, daß die westdeutschen Imperialisten mit der eigenständigen Produktion von Flugzeugträgern sich die imperialistische Waffe schaffen, mit der sie an jeder Ecke der Welt auf Abenteuer ausgehen können, entscheidet der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat – mögen tun sie schon. Und sie unternehmen viel. So ist 1976 mit Bundesmitteln bei der HDW in Kiel ein Baudock für Schiffe bis zu 1 Mio. tdw errichtet worden. Zu einem Zeitpunkt, als die Überproduktion bei Großtankern schon klar absehbar war. Man kann bei 426 m Länge und 86 m Breite da zwar jetzt sechs Küstenmotorschiffe nebeneinander drin bauen, aber sinnvoll ist das mit einem Bockkran für 450 Tonnen natürlich nicht. Für jeden Flugzeugträger ist die Anlage aber genau richtig und planvoll.

Bei all diesen Absichten der Schaffung einer kriegsfähigen Flotte ist aber die Seite der Sicherheit die wichtigste. „Vertrauenssache“ sei die Kriegsproduktion. „Vertrauenssache“? Unterdrückung für die, die ihre Flotte produzieren und fahren! Leuchtet ein, daß die, die die Kriegsmaschinen bedienen, dies schon getreu den Anweisungen und Zielen der Imperialisten tun sollen. Genauso die in der Kriegsproduktion beschäftigten Werftarbeiter. Wer diese Kriegsflotte baut und bedient, kann auch ihren Einsatz verhindern.



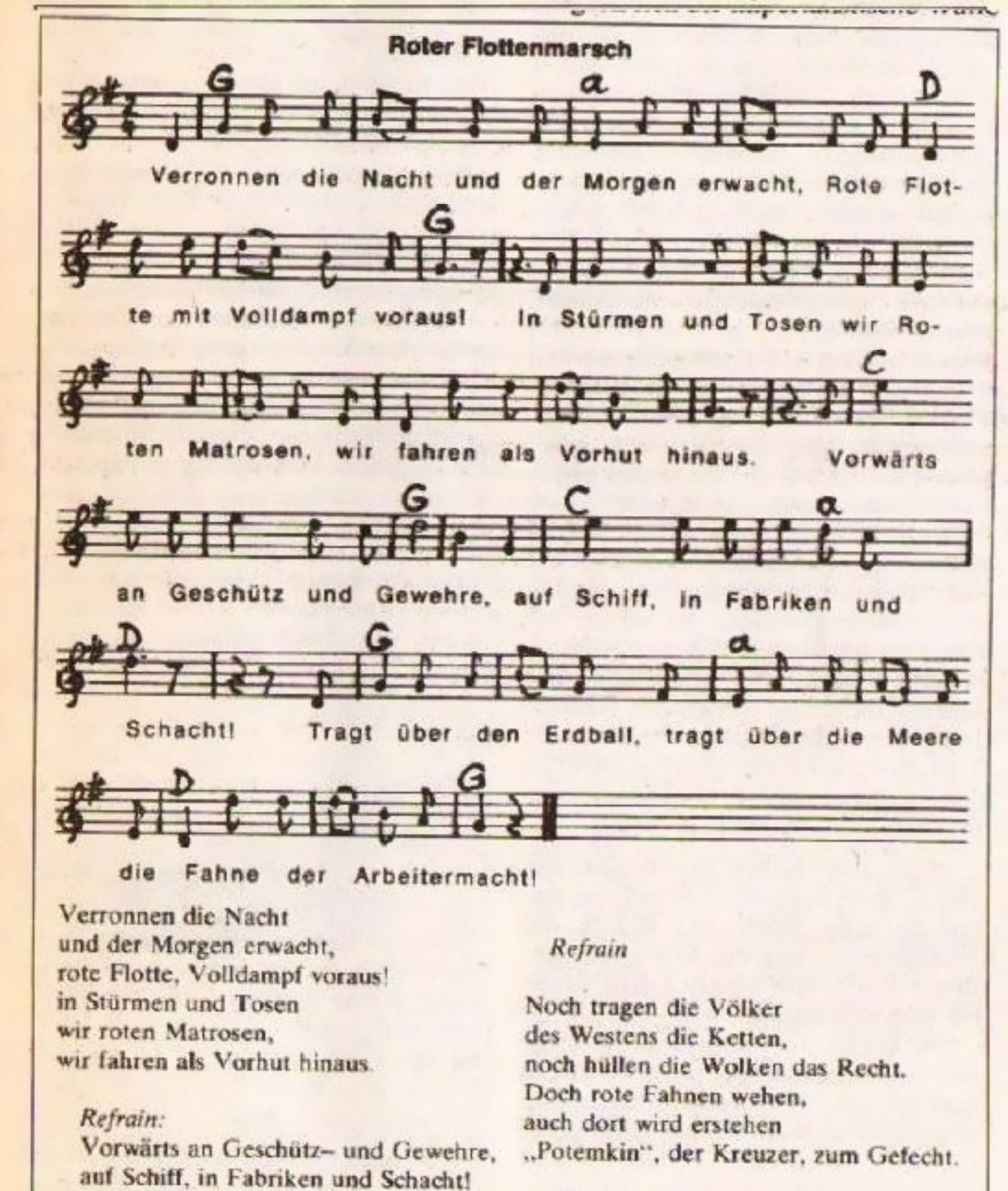
**Die Anstrengungen mit der Kriegsproduktion sind zugleich Anstrengungen in der Steigerung der Ausbeutung der Werftarbeiter**

Den Druck der industriellen Reservearmee haben die Vulkankapitalisten genutzt, um die Akkordzeiten zu kürzen. Briefe mit der Androhung von Entlassungen erhalten kranke Arbeiter bzw. solche mit niedrigeren Akkorden.

Das Ergebnis des selbständigen Streiks der Vulkanarbeiter 1973 war die Höhergruppierung der Belegschaft in betrieblichen Zwichenlohngruppen um etwa 30 Pfennig, inzwischen sind durchschnittlich 15 Prozent der Arbeiter aus diesen Zwischenlohngruppen bereits wieder tiefer gruppiert worden. Jetzt hat Huchzermeier (Vorstandsvorsitzender vom Bremer Vulkan) – letzte Woche gerade frisch mit dem Bundesverdienstkreuz behangen – zum neuen Baudock für die Fregatten verkündet, dort werde man die Akkordzeiten weiter senken, weil das ja nun überdacht würde und Wind und Regen die Arbeit nicht mehr erschweren würden. Zugleich werden von dem gegenwärtigen Container-Neubau auf dem Helgen einen Tag nach dem ande-
dem Helgen einen Tag nach dem ande-
ren verunglückte Arbeiter mit dem Kran, auf einer Sackbahre befestigt, aus den Räumen gehievt. „Vertrauen“ ist da schwer zu bekommen von seiten der Arbeiter. Da muß man schon planvoll herangehen, gezielt den Widerstand und Kampf unterdrücken und politische Spaltung säen. Man erinnert sich, daß diese Maßnahmen direkt über Verfassungsschutz und MAD über einen lancierten „Spiegel“-Artikel über die Gefährdung des Fregattenauftrags für den Vulkan, weil dort Kommunisten im Betriebsrat säßen, eingeleitet wurden. Politische Erfassungsbögen des MAD, Kontrolle der Ausweise bei Schichtbeginn oder dergleichen – auf der HDW-Kiel schon angewandt – gibt es auf dem Vulkan noch nicht. Torkontrollen werden kaum durchgeführt. Aber der Stacheldraht ist längst auf den Werftmauern, MAD und Bauaufsicht der Marine kommen, und jede Schweißnaht muß mit der Lohnnummer des Arbeiters versehen werden auf den Fregatten. Mit der Peitsche geht das Zuckerbrot einher. Huchzermeier: „. . . freue ich mich über den neuen Betriebsrat. Konfrontation konnten wir uns in den guten Zeiten der letzten Jahre vielleicht leisten. Heute sitzen wir alle in einem
leisten. Heute sitzen wir alle in einem
Boot, mit dem wir nur eine Richtung steuern können.“ In der kurzen Amtszeit des neuen Betriebsrats hat er schon einige „freiwillige“ Zugeständnisse hingeworfen: Ein alter Streit um die Eingrupperiung durchgefallener Lehrlinge wurde großzügig durch Höhergruppierung beigelegt; das Jubiläumsgeld wurde „freiwillig“ erhöht, und auf der Betriebsversammlung am 13.12. haben sie „freiwillig“ den Arbeitern und Angestellten ein „Geschenk“ von 50 DM einmaliger Extrazahlung überreicht.

So wollen sie die Belegschaft niederhalten und spalten. Schnell und billig sollen die Fregatten gebaut werden. Man sieht daran, welche Bedrohung der Kapitalisten in der Kriegsproduktion durch die Arbeiter existiert. Wo anders sollten denn die Imperialisten ihre Kriegsmaschinen produzieren lassen als im eigenen Land? Und ob in fortschreitender Auftragszahl die Kriegsschiffe beim Vulkan gebaut werden oder nicht, macht für die Vulkankapitalisten eine nette Veränderung der Profitrate aus. Diese I ge der Kapitalisten können die Werftarbeiter nutzen. Das imperialistische Fregattenbauprogramm kann nur die gesamte Arbeiterklasse durch Kampf ge-
samte Arbeiterklasse durch Kampf ge-
gen die Herrschaft der Bourgeoisie zu Fall bringen.

Auf der letzten Betriebsversammlung ist angesichts drohender Kurzarbeit für einzelne Branchen die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit erhoben worden. Dafür mußte auch der neue Betriebsrat eintreten. Die Forderung nach mindestens 200 DM aus einigen Branchen wurde mit großem Beifall unterstützt, obwohl es zu keiner Abstimmung kam. Vorbereitung des Streiks unter diesen Forderungen ist eine aktuelle Antwort auf das Fregattenbauprogramm. – (Zelle Bremer Vulkan)




Verronnen die Nacht
und der Morgen erwacht,
rote Flotte, Volldampf voraus!
in Stürmen und Tosen
wir roten Matrosen,
wir fahren als Vorhut hinaus.

*Refrain:*
Vorwärts an Geschütz– und Gewehre,
auf Schiff, in Fabriken und Schacht!
Tragt über den Erdball, tragt über die Meere
die Fahne der Arbeitermacht!

Wir Kinder der Fabriken,
wir Kinder des Meeres,
wie Erz unser Wille zum Sieg.
Dem Meere verschworen,
der Arbeit geboren,
wir fürchten nicht Kämpfe noch Krieg.

*Refrain*

Noch tragen die Völker
des Westens die Ketten,
noch hüllen die Wolken das Recht.
Doch rote Fahnen wehen,
auch dort wird erstehen
„Potemkin“, der Kreuzer, zum Gefecht.

*Refrain*

Die Stürme, sie sausen,
die Wellen, sie brausen,
die rote Flut steiget an.
Vorwärts, Kommunisten,
zum Endkampf wir rüsten!
Die rote Marine voran!

*Refrain*

# Krisenstab probt Ernstfall

Eine Katastrophenschutz-Rahmenübung mit 100 Personen im Einsatz fand am 17.12.77 in Herzberg statt. Schwerpunkt der Übung waren eine Überprüfung des Melde-, Fernmelde- und Funkwesens.

Die ganze Übung spielte sich lediglich über Telefon und Funk ab. Eingesetzt wurde erstmals das neue Fernmeldefahrzeug des Landkreises, das mit Genehmigung der Bundespost an das Telefonnetz angeschlossen werden kann, aber auch davon unabhängig zu arbeiten in der Lage ist. Geleitet wurde dieser Einsatz von *Stadtdirektor* Böttger. Dazu hat der Kreisausschuß Goslar beschlossen, einen Kommandowagen als mobile Einsatzstelle für den Katastrophenschutz anzuschaffen.

„Krisenstab probt Ernstfall“, unter diesem Motto fand im Dezember im Raum Northeim ein Planspiel mit 150 Teilnehmern statt. Verteten waren das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter Unfallhilfe, die Kriminalpolizei, Technisches Hilfswerk, Schutzpolizei, Staatsanwaltschaft und Major Brand vom Kreisverteidigungskommando. Geleitet wurde der Einsatz von *Oberkreisdirektor* Udo Cahn von Seelen. Der Sinn der Gesamtübung sollte es sein, eine Technische Einsatzzentrale zu schaffen und die Überprüfung des Funkverkehrs mit der Zentrale. Im ersten Übungsabschnitt wurde die Bekämpfung eines angenommenen ‚Waldbrandes geprobt. Im zweiten der Absturz einer Boeing 737 mit radioaktivem Stoff an Bord während des Waldbrandes und rasche Verlegung der Kräfte zur Absturzstelle. Dazu kam der Einsatz eines Bundeswehrbereitschaftszuges mit Rettungshubschraubern, sowie Bundeswehrgroßraumhubschrauber

CH 53 D, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk. Einbezogen waren die umliegenden Krankenhäuser bis Göttingen. Das Bundeskriminalamt wird wegen möglichem Terroristenanschlag eingeschaltet. Letzteres ist ziemlich plumpe Augenwischerei. Welche Sorte „radioaktiven Stoffes“ mag die Boeing wohl angenommenerweise an Bord haben, wenn nicht Bomben, wie mag wohl der Wald in Brand geraten sein, wenn nicht durch vorherigen Bombenabwurf auf dort operierende Truppen, daß es notwendig wird, für ein doch relativ dünn besiedeltes Waldgebiet die Krankenhäuser der näheren und weiteren Umgebung einzubeziehen in die Übung, wie die nicht gerade kleinen Klinikanlagen der Universität Göttingen? Und was hat das Bundeskriminalamt in der Angelegenheit zu suchen, wenn nicht das Aufspüren und Bekämpfen von „aufrührerischen Elementen“?

Gut geschmierte Stadt- und Kreisdirektoren „Beschäftigte“ in öffentlichen Diensten werden zur Leitung von paramilitärischem Einsatz erzogen. Die Einübung des Zusammenspiels aller Einrichtungen der sogenannten Katastrophenschutzdienste bis hin zum Bundeskriminalamt bereitet den imperialistischen Krieg an der „Front“ und gegen die Volksmassen vor.

Der bürgerliche Staat muß dabei immer deutlicher hervorzeigen, daß er nichts ist als der Gewaltapparat der westdeutschen Imperialisten, die intensiv und unübersehbar die nächste bewaffnete Auseinandersetzung um die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Konkurrenten vorbereiten.

# Lohnstopp in der Stahlindustrie dauert schon zwei Monate

## Nur Streik kann ihn brechen

Die „Süddeutsche Zeitung" hat eine Meldung „aus Kreisen der IG-Metall": „Das vorgesehene Gespräch über die Probleme der deutschen Stahlindustrie bei Bundeskanzler Helmut Schmidt soll in der zweiten Januarhälfte stattfinden." Diesen Termin hätten Loderer und Judith bei ihrem Treff mit dem Wirtschaftsgrafen Lambsdorff ausgemacht. „Hauptthemen des Gesprächs dürften Wettbewerbsverzerrungen auf dem Weltstahlmarkt sowie der Preis für Kokskohle sein." Der Preis der Ware Arbeitskraft soll einstweilen in der Schwebe bleiben. 6 Monate Lohnstopp haben die Stahlkapitalisten gefordert. 3 Monate hätten sie bis zum Kanzlertermin bereits geschafft. Die Verhandlungen zwischen der IG Metall und dem Verband der Stahlkapitalisten dienen offensichtlich nur noch der gemeinsamen Vorbereitung des Treffens mit Schmidt. IG-Metall-Verhandlungskommission und die Vertreter der Stahlkapitalisten hätten „in der Frage der Lohn- und Gehaltssicherung" eine gewisse Annäherung erzielt, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" über die letzten Tarifverhandlungen vom Dienstag, den 20. Dezember. Die „gewisse Annäherung" besteht darin, sich gemeinsam immer weiter vom Termin der Kündigung des Tarifvertrags Ende Oktober zu entfernen. Die Basis der gewissen Annäherung ist, daß die sozialdemokratische IG-Metall-Führung längst zum Geschäftspartner der Stahlkapitalisten im Kampf gegen die „Wettbewerbsverzerrungen auf dem Weltstahlmarkt" geworden ist. Auf diesen Kampf versucht die IG Metall die Absichten und die Aufmerksamkeit der Stahlarbeiter zu lenken. Im übrigen aber sollen sie auf das „Stahlgespräch beim Kanzler" warten, das bloß den Stahlkapitalisten etwas bringen kann.

Einstweilen hat die EG neue Maßnahmen getroffen, um die Profite der westeuropäischen Stahlkapitalisten zu sichern. Weitere Mindestpreise wurden festgelegt, die die Stahlimporteure in die EG nicht unterschreiten dürfen. Die Regierung und die westdeutschen Stahlkapitalisten sinds zufrieden, obwohl sie sich bisher gegen solche Maßnahmen gewandt hatten. Warum haben sie zugestimmt? Einige Zahlen geben ersten Aufschluß:

**Tabelle 1**

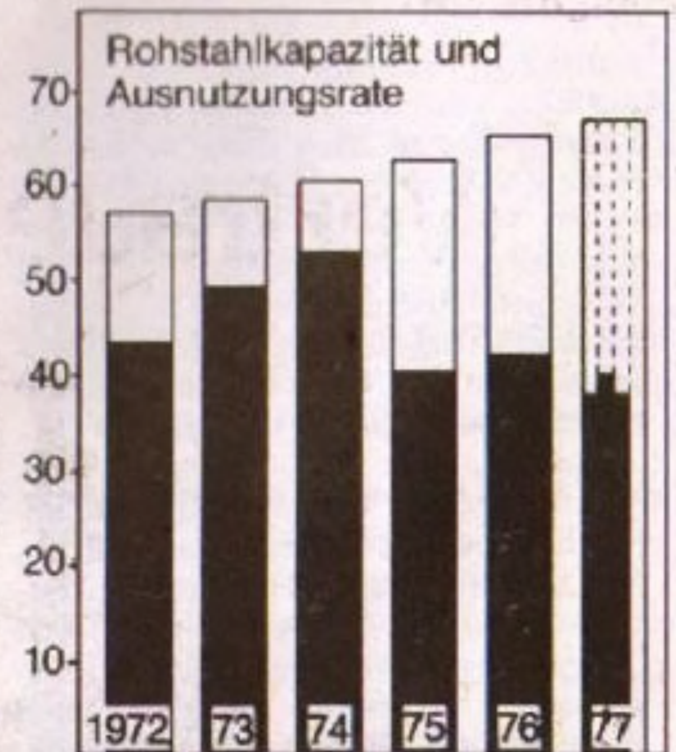
Nicht nur daß der Anteil der EG an der Weltrohstahlerzeugung zurückgeht. Innerhalb der EG geht der Anteil der BRD zurück. Bei solcher Entwicklung lassen die Stahlmonopolisten die Maske des Freihändlers fallen und setzen die Staatsmacht ein.

Untersuchen wir die Entwicklung des Stahlexports und des -imports der westdeutschen Imperialisten.

**Tabelle 2**

westdeutschen Imperialisten.
Tabelle 2

Die Entwicklung ist für die westdeutschen Imperialisten ziemlich unerfreulich. Waren sie bis 1975 daran, den

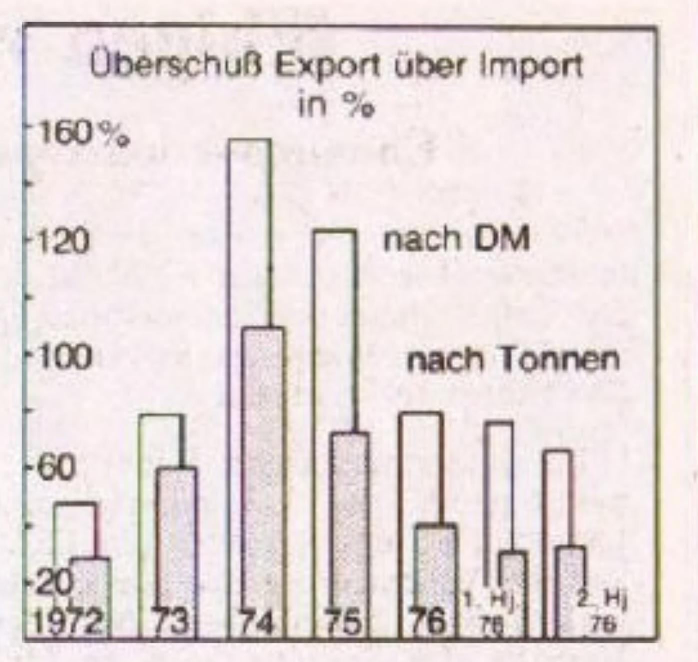



EG- und Weltstahlmarkt zu erobern, sowie den inneren BRD-Markt von Konkurrenten zu säubern, so stockt jetzt nicht nur ihre Exportoffensive: sie laufen Gefahr auch wachsende Teile des inneren Marktes zu verlieren. Das zeigt die Entwicklung des Importanteils an der Marktversorgung der BRD:

**Tabelle 3**

Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist, daß sich der Umschlag bereits im „ausgezeichneten Stahljahr" 1974 abzeichnete, wo die westdeutschen Stahlkapitalisten ihre Produktion nur noch auf dem Weltmarkt absetzen konnten, während der innere Markt schon Überfüllungstendenzen zeigte. Und seit 1975 tummeln sich auf diesem inneren Markt immer ungenierter die ausländischen Konkurrenten, die ihren Anteil an der Versorgung des westdeutschen Marktes von 1974 bis zur ersten Hälfte 1977 um über 10% steigern konnten.

Die westdeutschen Stahlkapitalisten sind auf hochwertige Stähle spezialisiert. Die Entwicklung der Exportüberschüsse in Tonnen zeigen deshalb nur einen Teil der Wahrheit. Die Exportüberschüsse in DM sind viel höher, entwickeln sich aber ebenfalls unerfreulich unter den Bedingungen der kapitalistischen Überproduktionskrise.




Die westdeutschen Stahlkapitalisten haben mit den Knochen und dem Schweiß der Stahlarbeiter Anlage auf Anlage errichten lassen, um den Weltmarkt zu erobern. Gerade damit aber haben sie die Bedingungen für die jetzige kapitalistische Überproduktionskrise geschaffen, die auf dem äußeren wie dem inneren Markt lastet.

Die Stahlkapitalisten haben soviel Kapital wie noch nie und ihr Kapital im Ausland ist noch nicht einmal mitgerechnet. Und jetzt wollen sie nicht zahlen, weil sie – und bei ihren Konkurrenten ist das nicht anders – zuviel Kapital aufgehäuft haben, um es in der jetzigen Lage insgesamt profitabel verwerten zu können. Welcher Stahlarbeiter sollte da auf die Idee kommen, er müsse heute auf Lohn verzichten? Welcher Stahlarbeiter muß da nicht im Gegenteil auf die Idee kommen, daß der Lohnkampf vor allem notwendig ist, um Kräfte für die proletarische Revolution zu sammeln? Nur die proletarische Revolution kann durch die Enteignung der Kapitalisten die Ursache der kapitalistischen Krisen beseitigen, indem die Produzenten die Produktionsmittel in Besitz nehmen und die Produktion gesellschaftlich organisieren.

Am 9. Januar sind die nächsten Verhandlungen in der Stahlindustrie. Sollen die Stahlarbeiter warten bis die 6 Monate geplanter Lohnstopp verstrichen sind? Im Januar fangen auch die ersten Verhandlungen in der Metallindustrie an. In Hessen z.B. sind sie am 19. Januar. Vielleicht wollen die Metallkapitalisten ein ähnliches Spiel ohne Angebot treiben. Soll man an den Verhandlungstagen weiterproduzieren und abwarten, ob sie ein Angebot machen? Und wenn sie ihre angekündigten Unverschämtheiten von 3 bis 4,5% als Angebot machen? Man muß sie gleich mit Streik beantworten. Die Kapitalisten wollen Lohnstopp und mehr als das. Wird gestreikt, dann ist noch lange nicht aller Tage Abend in diesen Tarifkämpfen. – (Z-Red.)

**Tabelle 1**

| | 1974 | 1975 | 1976 | 1. Halbj. 1976 | 1. Halbj. 1977 |
|---|---|---|---|---|---|
| Stahlerzeugung in der Welt (1000 t) | 708700 | 646300 | 681800 | – | – |
| Stahlerzeugung der EG (1000 t) | 155534 | 125659 | 134034 | 67328 | 64917 |
| Anteil EG-Erzeugung an Welterzeugung | 21,9% | 19,4% | 19,7% | – | – |
| Stahlerzeugung BRD (in 1000 t) | 53232 | 40415 | 42415 | 21371 | 19815 |
| Anteil BRD an EG | 34,2% | 32,2% | 31,6% | 31,7% | 30,5% |

**Tabelle 2**

| | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1. Halbj. 1976 | 1. Halbj. 1977 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Rohstahlerzeugung (in 1000 t) | 43705 | 49521 | 53232 | 40415 | 42415 | 21371 | 19815 |
| Export Stahlerzeugnisse (in 1000 t) | 17922 | 22023 | 27724 | 20721 | 20179 | 9848 | 9937 |
| Import Stahlerzeugnisse (in 1000 t) | 13894 | 13726 | 12016 | 11935 | 14322 | 7467 | 7472 |
| Exportüberschüsse (in 1000 t) | 4028 | 8297 | 15708 | 8786 | 5857 | 2381 | 2465 |

**Tabelle 3**

| | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1. Halbj. 1976 | 1. Halbj. 1977 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Marktversorgung der BRD (Rohstahlerzeugung plus Import minus Export v.Stahlerezeugnissen | 39677 | 41224 | 37524 | 31629 | 36558 | 18991 | 17350 |
| Anteil Import | 35% | 33,3% | 32% | 37,7% | 39,2% | 39,3% | 43,1% |

Anteil Import 35% 33,3% 32% 37,7% 39,2% 39,3% 43,1%

Grunddaten aus: Eisen und Stahl, 3. Vierteljahresheft 1977, Statistisches Bundesamt und Statistisches Jahrbuch der Eisen- und Stahlindustrie 1976, Düsseldorf. Eigene Berechnungen.

1976, Düsseldorf. Eigene Berechnungen.

# VW beutet Polenarbeiter aus: „Sie werden hier eine Freiheit vorfinden, wie Sie sie bisher noch nicht gekannt haben."

Minister Hasselmann, niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten und Staatssekretär von Schoeler assistierten dem Weihnachtsmann. Adventsfeier in Friedland. Es war die größte in der Geschichte des Lagers (Hannoversche Allgemeine, 22.12.77). „Friedland und Nürnberg zufrieden", schreibt die „FAZ" und zieht positive Bilanz nach der Halbzeit der Polenverträge. 63 300 „Zugänge in den Grenzdurchgangslagern in den letzten beiden Jahren – soviel wie vorher in 11 Jahren. Zwar gerate die Friedlandhilfe demnächst in die roten Zahlen, wenn die Spendenfreudigkeit nicht zunimmt und Nürnberg bereiten vor allem die 16% Aussiedler Schwierigkeiten, die zur Sparte der dienstleistenden Berufe gehören.

Ansonsten ist alles in Butter: „Der größte Teil der Aussiedler aus Polen übte in Polen eine industrielle oder handwerkliche Tätigkeit aus." Von den 247 Arbeitern, die bei VW bis zum Ende dieses Jahres eingestellt wurden, sind 77 gleich 31 Prozent Aussiedler. „Walter Schiwek zum Beispiel, ein körperlich robuster Mann um die 50, hat 28 Jahre als Gespannführer auf dem Staatsgut Osterwein in Osterode (Ostpreußen – man beachte die alten „Heimatbezeichnungen" – die Red.) gearbeitet. Bei VW steht er in einer Akkordgruppe. Der Stundenlohn beträgt 11,84 DM, rund 1600 DM netto im Monat", berichtet die „Braunschweiger Zeitung". Tatsache ist, daß 11,84 DM der Lohngruppe 4 Grundlohn plus Akkordverdienst entsprechen, die Tatsache, daß das für die polnischen Arbeiter die höchste Lohngruppe ist, in die sie in der Regel nicht eingestuft sind, verschweigt der bürgerliche Journalist gerne, will er doch beweisen, der heiße Wunsch aller Polenaussiedler wird erfüllt – bei VW zu arbeiten wegen des hohen Lohns.

Ganz anders hört sich der Bericht eines polnischen Arbeiters an, der bei VW Braunschweig arbeitet und schon einige Jahre in Westdeutschland ist: „Als ich vor sieben Jahren hier ankam, da hatte ich nichts außer den Versprechungen der Politiker. Für 700 DM habe ich dann ein Jahr bei der Post Pakete gestapelt. Der Lohn hat nicht für zwei gereicht. Eine Ausbildung könnte ich nicht mehr machen. Ich unterstützte meine Mutter, die kaum Rente kriegt. Da bin ich dann zu VW gegangen und habe jede Überstunde und Nachtschicht mitgenommen, um einen Haushalt anschaffen zu können. Ich bin jetzt sechs Jahre hier und war nur zweimal krank. Rausfliegen kann ich mir nicht leisten."

Dieser Arbeiter liest mittlerweile jeden Montag die KVZ und unterstützt die 220 DM Forderung der VW Belegschaft Braunschweig.

„Mehrere Tausend Kolbenstangen für Golf- und Polo-Federbeine gleiten täglich durch Schiweks Hände. Man sieht: Er kniet sich rein, er schafft das Pensum. Der Vorarbeiter lobt seine Zuverlässigkeit. Überhaupt arbeiten die Männer aus ‚Schlesien', ‚Pommern' und ‚Ostpreußen' zur völligen Zufriedenheit der Schichtführer. Sie sind auch seltener krank als die anderen. Sie stellen wenig Forderungen", lobt die niedersächsische Presse. Wilfried Hasselmann hatte die Umsiedler begrüßt in Friedland und sie aufgefordert, das Land, in das sie eingereist seien, ohne Illusionen zu sehen. „Sie werden hier eine Freiheit vorfinden, wie Sie sie bisher noch nicht gekannt haben. Seien sie unerschrocken." Die Freiheit, sich von einer hochmonopolisierten Kapitalistengesellschaft ausbeuten zu lassen. Die VW-Kapitalisten versuchen die polnischen Arbeiter als Lohndrücker und Akkordbrecher ans Band zu ziehen. „Unerschrocken" werden deutsche und polnische Arbeiter sich gegen ihren Ausbeuter im Lohnkampf zusammenschließen.

(VW Zelle Braunschweig/NRed.)



**Rendsburg.** 2000 Arbeiter nahmen an der Demonstration und Kundgebung der IG Metall gegen die Entlassungen von 800 bis 1000 Arbeitern bei der Werft Nobiskrug teil. Die Demonstration fand während der Arbeitszeit statt. Die beiden örtlichen Werftkapitalisten hatten „frei" gegeben, wer nicht teilnahm, verlor zwei Stundenlöhne. „Mehr Werfthilfen", waren die Rufe des CDU-Bürgermeisters und des CDU-Bundestagsabgeordneten. Die SPD-Vertreterin Simonis forderte die Kapitalisten auf, es den Japanern gleich zu tun und neue Technologien einzuführen. Viel Beifall gab es für die Reden nicht, mit Unmut und Pfiffen reagierten die Arbeiter, zu Arbeitsschluß bröckelte die Kundgebung auf die Hälfte ab. Die Spaltung durch den Lohn und die Arbeitslosigkeit lasteten auf der Kundgebung. Einheit unter den Arbeitern gab es noch nicht. Arbeiter der Kröger-Werft trugen ein Transparent: „Keiner darf entlassen werden! Übernahme aller Lehrlinge!" Auf einem anderen wurde die Forderung nach dem Siebenstundentag erhoben. Auf diesen Forderungen kann die Einheit hergestellt werden.

### Streik gegen Verschärfung der Arbeitshetze

**Bremen.** Am 16.12. streikten 20 Spritzlackierer, das sind alle am Band für den TN-Kastenwagen, bei Daimler Benz gegen die Heraufsetzung der Stückzahlen von 90 auf 150 Stück pro Schicht. Die Bandgeschwindigkeit wurde Anfang der Woche höher eingestellt. Als die Meister am 16.12. die Bandschalter bewachten, um zu verhindern, daß die Kollegen das Band immer wieder abschalten, legten die Kollegen die Arbeit nieder und gingen 15 Minuten raus. Die Stückzahl ist bei 90 Stück pro Schicht geblieben.

### Abschluß im Metallhandwerk

**Westberlin.** Im Westberliner metallverarbeitenden Handwerk hat die IG Metall mit einer Tarifgemeinschaft von vier Innungen einen Tarifabschluß von 5,3% ab Januar mit Laufzeit bis zum 31. Dezember 1978 abgeschlossen.

### Lehrlinge beschließen gegen den Vorschlag der Großen Tarifkommission

**Westberlin.** Der Vorschlag der Großen Tarifkommission: 7,5%, für die Lohngruppen 1 und 2 9,5%, 50 DM für Auszubildende entspricht nicht unseren Interessen. Wir, Lehrlinge bei Reinz, haben 220 DM für alle gefordert, weil wir meinen, daß eine Forderung in dieser Höhe notwendig ist, um direkte Lohnsenkung zu verhindern. 7,5% auf den Facharbeiterlohn, das sind rund 100 DM. Wir fordern deshalb jetzt: 7,5%, mindestens 100 DM für alle!

Eine Prozentforderung, noch dazu in dieser Höhe, spaltet, das ist eine alte Erfahrung. 100 DM, das ist eine Summe, für die man sich zusammenschließen und streiken kann. Weil die 100 DM übers Jahr nicht reichen werden, fordern wir, die Laufzeit auf 6 Monate zu begrenzen. Statt 2% mehr für Lohngruppe 1 und 2 unterstützen wir die Forderung nach Streichung dieser beiden Lohngruppen.
Vier Lehrlinge bei Hugo Reinz GmbH

### VW Elektrikerlehrlinge, 2. Lehrjahr, für 200 DM

**Wolfsburg.** Die Lehrlinge der Werkschulklasse Elektriker, 2. Lehrjahr, haben am 22.12. eine Abstimmung über die Tarifforderung durchgeführt. Neun sprachen sich für 200 DM für alle gleich aus, fünf für 150 DM, vier für 100 DM und Fahrtkostenerstattung, einer für 120 DM. Der Vertrauensmann wurde beauftragt, auf der Großbereichssitzung für die 200 DM einzutreten und diese an die Große Tarifkommission weiterzuleiten.

### Brief an die Tarifkommission

**Wolfsburg.** 27 Arbeiter aus der Halle 8 des VW-Werkes Wolfsburg haben einen Brief an die Große Tarifkommission und den Vertrauensleutekörper der IGM geschrieben, in dem die Vertretungskörperschaften aufgefordert werden, ca. 200 DM Festgeld für alle Arbeiter und Angestellten zu fordern. Der Brief wird vom Vertrauensmann der Abteilung zur nächsten Vertrauensleutesitzung Anfang Januar vorgelegt.

### DAG stellt 8,3 %-Forderung für die VW-Werke auf

Wolfsburg. Letzte Woche hat die Tarifkommission der DAG die Forderung von

**Wolfsburg.** Letzte Woche hat die Tarifkommission der DAG die Forderung von 8,3 % für die VW Werke aufgestellt.

### Kampf der VFW-Arbeiter gegen Rationalisierungen und Entlassungen

**Bremen.** Letzte Woche demonstrierten in Bonn 850 Arbeiter und Angestellte von VFW-Fokker gegen die geplanten Entlassungen bei VFW-Fokker. Trotz der Demonstration hat die Bundesregierung am selben Tag die Produktion der VFW 614 eingestellt. Zur gleichen haben im Werk Bremen die Arbeiter einen einstündigen Warnstreik zur Unterstützung der Demonstration in Bonn durchgeführt, der nur von einem Teil der Belegschaft unterstützt wurde. Ihr Argument: Mit solchen Demonstrationen und Streiks sei der Kampf gegen Rationalisierungen und Entlassungen nicht zu gewinnen.

Zur Durchsetzung des Programms der Monopolisierung der Luft- und Raumfahrtindustrie haben die Kapitalisten den Bremer Senat und Hans Koschnick, Bremer Bürgermeister, herangezogen. Sie sollen den Kampf der Arbeiter auf die Ziele der westdeutschen Imperialisten einschwören. In einem Brief an die „Katholische Arbeitnehmer Bewegung", legt er sein Programm dar und zitiert Papst Leo XII: „So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen." Unter dieser Devise und gegen die „Holländer" haben die Sozialdemokraten den Kampf gegen geplante Entlassungen geführt. Diese Politik wird aber zunehmend als das erkannt, was sie tatsächlich ist: Eine Politik der Rationalisierung und Lohnsenkung.

Im VFW-Werk Bremen beginnen die Arbeiter jetzt diese Erfahrungen auszuwerten und Vorbereitungen für schärfere Kampfmaßnahmen zu treffen. Auf der Demonstration haben einige Arbeiter bereits das Kanzleramt stürmen wollen. Es gilt jetzt mit ihnen zusammen die Kraft darauf zu konzentrieren, sich unter den Forderungen „Keine Entlassungen! Kein Lohnabbau! Keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen!" zusammenzuschließen und in einen unbefristeten Streik zu treten. (Bezirk Bremen-Unterweser)

## Um den Tarifvertrag wird gekämpft

**Hannover.** Am Montag, den 19.12., streikten beim hannoverschen Verlagshaus Madsack in der Spätschicht 100 Arbeiter aus der Satzherstellung. Die Dienstagsausgabe der „Bild-Zeitung Hannover", der „Neuen Hannoverschen Presse" und der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" erschienen in reduziertem Umfang und teilweise mit weißen Flecken. Die Geschäftsleitung hat daraufhin an alle Arbeiter und Angestellten des Verlags einen Drohbrief nach Hause geschickt.

## Streiks in der Druckindustrie

**Braunschweig.** Am Montag, den 19.12., wurde bei Westermann ein zweistündiger Warnstreik durchgeführt, der durch eine Betriebsversammlung unterbrochen wurde. Der Streik wurde fast vollständig von den Arbeitern und Angestellten befolgt. Auf der Betriebsversammlung sprachen G. Rodewig (DruPa) und Steinborn (HBV). Die Kollegen begrüßten die Forderungen der Gewerkschaft zur Neuen Technik und die Tatsache, daß jetzt etwas zur Durchsetzung dieser Forderungen gemacht wird, mit starkem Beifall.

Am 21.12. wurde bei Limbach im technischen Bereich gestreikt. Der Streik wurde fast vollständig befolgt.

**Frankfurt.** 180 Arbeiter und Angestellte der Frankfurter Rundschau, Werk I, führten einen 65minütigen Warnstreik durch. Beteiligt waren die Abteilungen Maschinensatz, Text- und Anzeigenmettage, Korrektoren, Stereotypie, teilweise Redaktion und Angestellte.

Am gleichen Tag haben 480 Arbeiter der Frankfurter Societätsdruckerei (FAZ) 90 Minuten lang einen Warnstreik durchgeführt. Beteiligt waren: Rotation, Stereotypie, Perforatoren, TTS-Gießer, Bahnversand, Tiefdruck und Packsaal.

**Hanau.** Am Dienstag, den 20.12., streikten Arbeiter und Angestellten des Hanauer Anzeigers für eine Stunde für ihre Forderungen zum Manteltarifvertrag. Die Zeitung erschien nach Angaben des Hanauer Anzeigers ohne Korrekturlesung und mit geringer Anzahl von Meldungen. Zur gleichen Zeit streikten für die gleichen Forderungen Arbeiter der Großdruckerei Illert KG und der Horst KG in Hanau-Steinheim ebenfalls für eine Stunde.
KG in Hanau-Steinheim ebenfalls für eine Stunde.

**Darmstadt.** Am 20.12. legte die gesamte Belegschaft der DVG (Deutsche Verlagsgesellschaft) zeitweise die Arbeit nieder zur Unterstützung der Forderung der IG Druck und Papier für den Tarifvertrag über die Einführung von neuen Techniken in der Druckindustrie.

**München.** Die Druckarbeiter verhinderten durch Streik am 22.12. das Erscheinen sämtlicher Münchner Zeitungen des 23.12. Die Streikbewegung ging aus von der Setzerei des „Münchner Merkur". Von 11 Uhr bis 12 Uhr wurde gestreikt, die laufenden Verhandlungen in Frankfurt waren der Anlaß. Die Arbeiter benachrichtigten die Arbeiter vom Süddeutschen Verlag, worauf diese ebenfalls in Streik traten. Die Betriebsräte wurden aufgefordert, bei der IG Druck und Papier in Frankfurt anzurufen. Die Spätschicht trat gleich zu Beginn in den Streik beim „Münchner Merkur", die Arbeiter vom Süddeutschen Verlag wurden benachrichtigt und traten dann ebenfalls in den Streik. Um 18 Uhr wurde beim „Münchner Merkur" eine Betriebsversammlung durchgeführt, auf der fast einstimmig beschlossen wurde, das Erscheinen der Zeitung zu verhindern. Der Streik der Spätschicht ging über die Setzerei hinaus. Die IG Druck und Papier hatten zu den laufenden Verhandlungen die Linie ausgegeben, daß sie nicht zu Streiks aufruft, drß sie aber dort, wo gestreikt wird, diese Streiks anerkennen wärd. Am nächsten Tag hat die Gewerkschaftsführung dann abgewiegelt und verbreitet, daß nur beim Merkur gestreikt worden sei. Die Zeitungskapitalisten haben am 23.12. ein Schriftplakat eingesetzt mit folgendem Text: „München heute ohne Zeitungen! Zwei Münchner Zeitungen wurden bestreikt. Aus Wettbewerbsgründen haben die übrigen Blätter sich entschlossen, ebenfalls nicht zu erscheinen. Abendzeitung, Bild München, Münchner Merkur, Süddeutsche Zeitung, tz." Außer der „Bild"-Zeitung werden alle Zeitungen in den beiden bestreikten Betrieben hergestellt.

**Westberlin.** Am Montag, den 6.12., hatten die Arbeiter beim Druckhaus Tempelhof einen zweistündigen Streik durchgeführt. Die Geschäftsleitung hat sich zuerst geweigert, diese Stunden zu bezahlen. Die Androhung der Arbeiter, zukünftig keine Überstunde zu arbeiten, hat die Kapitalisten zum Nachgeben gezwungen.

## Vorbereitung von Arbeitsdienst

**Wolfsburg.** In einem Interview mit einer Schülerzeitung hat der 2. Bevollmächtigte der IGM, Sause, erklärt, daß in der überbetrieblichen Ausbildungsstätte „schon bald dazu übergegangen werden soll, nützliche Werte herzustellen." Viele der ca. 120 Lehrlinge haben erklärt, sich zur Wehr zu setzen. Die überbetriebliche Ausbildungsstätte ist Anfang November eingeweiht worden und hat „Modellcharakter" für das ganze Bundesgebiet. Gesellschafter sind zu gleichen Teilen die IHK und der DGB. Die Lehrlinge müssen vorher das Berufsgrundbildungsjahr absolviert haben. Bisher wurde nur an Lehrarbeiten gearbeitet.

# Briefe H.Nannens an die Belegschaften: Spaltungsversuche gegen Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft

Bei Madsack in Hannover und bei Gruner und Jahr in Hamburg haben die Kapitalisten Briefe an die Arbeiter und Angestellten geschrieben. Der von Henri Nannen (Gruner und Jahr) ist der dreisteste. Nachdem Nannen rumquerelt: „Wer den Partner (...) der Ausbeutung verdächtigt, (...) der verhärtet nur die Fronten", geht er zielstrebig auf Spaltung von Betriebsrat und Gewerkschaft. Dem Betriebsrat wird unterstellt, er würde die Angst um die Arbeitsplätze schüren, um Wahlkampf zur Betriebsratswahl zu treiben, und er hielte „seine Wähler für dümmer, als sie sind." Dabei kann Nannen sich stützen auf die Tatsache, daß der Betriebsrat nicht auf Grundlage eines klaren Programms arbeitet, z.B. die Forderung der IG Druck nach dem 7-Stunden-Tag unterstützt, und auch der Kampf gegen Auslagerung der Abo-Abteilung nur von einem Teil des Betriebsrates unterstützt wird. Das drückt sich aus in der Stellungnahme des Betriebsrates zum Nannen-Schlußsatz „Solidarität beginnt im eigenen Haus", wo der Betriebsrat schreibt: „Sie haben 29 Jahre von der Solidarität anderer gelebt. Das war gut so und wird hoffentlich so bleiben. Seien Sie einfach mal solidarisch – im eigenen Haus." Es ist klar, daß Nannen Raum zur Spaltung hat, wenn man ihn auffordert, seinerseits solidarisch zur Belegschaft zu sein. Sein nächster Angriff richtet sich gegen die Gewerkschaft.

Der Gewerkschaft wird unterstellt, sie würden nur wegen der Mitgliederbeiträge der Setzer um deren Arbeitsplätze kämpfen: „Denn ein Setzer, der Schlußredakteur beim Stern wird, oder in den Vertrieb oder in die Anzeigenabteilung geht, hätte vielleicht keine Lust mehr, die hohen IG Druck-Beiträge zu zahlen ..."

Zwar ist Nannen für Gewerkschaften, solange sie ihm die sogenannte „soziale Sicherheit" seiner Profite garantieren. Aber: „Auch aus dem Druckgewerbe könnte ich Beispiele dieser englischen Krankheit anführen ... Mit einem Streik erzwangen die Drucker (in der Londoner Fleet Street, der Verf.) die Weiterbeschäftigung der Packer. Die standen dann neben der Maschine und ‚beaufsichtigten' sie. Ist es ein Wunder, daß der Lebensstandard der englischen Siegernation heute weit unter dem der deutschen Verlierer liegt? Und daß die englischen Arbeitnehmer die Angst um die Arbeitsplätze nicht mehr los werden."



Weiße Flecken in der Zeitung waren die Folgen des Warnstreiks.

In Nannens Packerei in Itzehoe rechnet die IG Druck demnächt mit 180 Entlassungen, wenn neue Klebebindestraßen, Transportmittel und Dreiseitenschneider mit routierenden Messern eingesetzt werden. Kein Wunder, daß Nannen sich gerade ein Beispiel ausdenkt, wo man die Packer nicht unterstützen soll, weil sie angeblich „überflüssig" sind. Die ganze Gewerkschaft soll da überflüssig scheinen, weil die angeblich den Fortschritt hemmt. Worin aber besteht Nannens Fortschritt? Daß sich jede Arbeitskraft der Profitgier der Druckkapitalisten unterwirft. Und das weltweit, bis hin zur kriegerischen Austragung der Konkurrenz. Deswegen die Hetze auf die angeblich faulen englischen Arbeiter, die die „englische Siegernation" runtergebracht haben sollen. Tatsächlich gewinnt in der Konkurrenz der Imperialisten derjenige, der die Kunst der Schweißauspressung am besten beherrscht. Das ist Nannens Evangelium:

„Wir leben in einem Wirtschaftssystem, das auf Konkurrenz ausgerichtet ist. Wenn Gruner und Jahr bestehen und wenn ihre Arbeiseplätze sicher sein sollen, dann muß dieses Unternehmen konkurrenzfähig bleiben (...) Wir sollten uns das nicht kaputt machen lassen, weil andere untüchtiger sind und uns den Erfolg neiden."

Konkurrenzfähig bleibt Gruner und Jahr nur, wenn man die teuren Setzer durch billige Bürokräfte ersetzt. Um das zu begründen, muß Nannen außer dem Heizer auf der E-Lok und den „überflüssigen" Nietern der „Upper Clyde Shipbuilders" auch noch die Menschenwürde herbeizitieren: „Was ist das denn für eine Vorstellung von der Würde des Menschen, wenn man ihm ein Überwechseln in eine sinnvolle und entwicklungsfähige Arbeit versagen will, nur um ihn bei der Stange der IG Druck zu halten?" Menschenwürde? Man kann sich vorstellen, wie der Nannen seinen vollgefressenen Bauch streichelt und ihm das Wasser im Munde zusammenläuft, wenn er an die Lohngelder denkt, die eingespart werden durch die Versetzung der Setzer in „neue zukunftsversprechende Positionen".

Die Arbeiter haben ein anderes Verständnis von „Würde". Sie kann nur verwirklicht werden im Kampf gegen das Lohnsystem und in der Beseitigung der Ausbeutung.

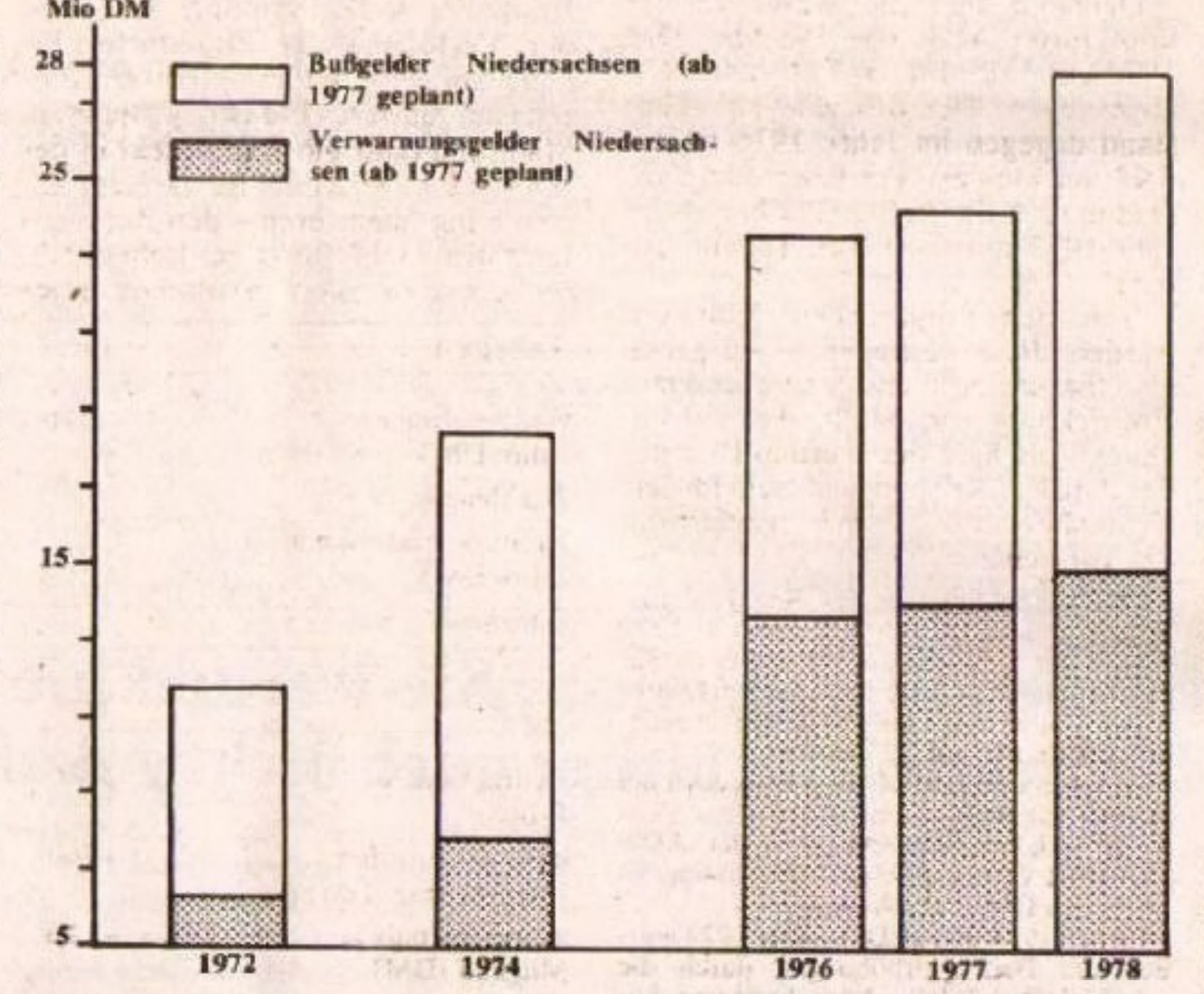
Kaum war Nannens Brief auf dem Tisch, haben Setzer und viele Angestellte in mehreren Betrieben gestreikt. Das war die passende Antwort auf die Dreistigkeit dieses Lumpenjournalisten. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe/N-Red.)

# Gscheidles Lüge: „Der Staat verdient am Autofahrer gar nichts"
Gscheidles Lüge: „Der Staat verdient am Autofahrer gar nichts"

### 20,6 Mrd. DM für Kfz- und Mineralölsteuer, 62 Mio. DM an Verkehrsstrafen in Niedersachsen

„Der Staat verdient am Autofahrer gar nichts!", erklärt Bundesverkehrsminister Gscheidle im „Autogramm", der Zeitung der VW-Kapitalisten für die „Mitarbeiter". Dann sind wohl 20,6 Mrd. DM Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer gar nichts. Und die 62 Mio. DM, die den Volksmassen in Niedersachsen mit Verkehrsstrafen aller Art gewaltsam abgepreßt werden, wohl auch nichts. Man merkt gleich, der Geier will mehr, die Beute ist ihm zu klein. Die Klage des Gscheidle wird verständlich bei Untersuchung der Entwicklung des Strafraubzuges der Bourgeoisie in den letzten Jahren. Von 1973 bis 1976 hat sie es fertiggebracht, die Beute der Buß- und Verwarnungsgelder zu verdoppeln (siehe Grafik). Zum einen dadurch, daß sie am 1.7.1975 den von der Innenministerkonferenz beschlossenen Bußgeldkatalog mit 1300 „denkbaren Verkehrszuwiderhandlungen" in Kraft setzte, eine räuberische Anhebung der Bußgeldsätze, voher von der Strafpraxis vorbereitet zur einheitlichen Ausrichtung des Raubzuges. Zum anderen dadurch, daß nun die Polizisten und Politessen höhere Verwarnungsgelder eintreiben durften, statt vorher bis zu 20 DM jetzt bis zu 40 DM. Diese zusätzliche Ausplünderung, in Haushaltsansätzen geplant und dann generalstabsmäßig gewaltsam vollstreckt, hat ihre Grenzen. Entsprechend vorsichtiger die Plansätze 1977/ 78. Denn die Bourgeois spüren den Haß der Massen auf dieses abgefeimte Punkte- und Strafsystem, das z.B. einer Frankfurterin gerade den Führerschein wegen 25 mal falschen Parkens neben gepfefferter Geldbuße kostete. Im ersten Halbjahr 1977 waren es 127000 Führerscheinentzüge. Sie sinnieren also über feinere Punktesysteme und „Reform" der Flensburger Kartei nach, die den Fahrer der Plünderung weiter zuführt, ohne Führerschein geht das nicht. In Hannover droht das Ordnungsamt einer „Bürgerinitiative gegen Strafzettel", weil die Anwohner einer Straße die Strafgelder wegen Parkens auf dem Bürgersteig, dem einzigen Parkraum, nicht mehr hinnehmen wollen, postwendend mit Beugehaft zwecks Erpressung der boykottierten Zahlung. Die andere Seite der Reaktion. Gscheidle sieht die Gefahr „sozialer Auswirkungen", wie er das bei Andiskussion einer Autobahngebühr nach europäischem Vorbild nennt. Steigerung der Kfz-Steuer ist ein „Ausweg", den die Bundesregierung vorbereitet.

Die niedersächsische Landesregierung hat seit 1971 ihren eigenen Verteilungsschlüssel der Bußgeldplünderung im Ausführungsgesetz über Ordnungswidrigkeiten. 13,6 Mio. DM Verwarnungsgelder, die sie 1976 durch die Polizei kassieren ließ, streicht sie ebenso ein, wie die ca. 20 Mio. Strafgelder, zu denen die Klassenjustiz die Massen wegen Verkehrsvergehen verurteilte. Von den 23,7 Mio. DM Bußgeldern, die die Gemeinden eingetrieben haben, fließen ihr nochmals 25% laut § 2 dieses Gesetzes zu. Nach dem § 1 soll dann ein Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden stattfinden, wenn der Verwaltungsaufwand der Verfolgung der „Verkehrssünder" nicht gedeckt ist. Daß das nicht nötig ist, beweisen die steigenden 25%-Einnahmen der Landeskasse.




Die Stadt Hannover hat 30 Politessen halbtags zu 600 DM monatlich angestellt, mit denen sie den Massen 1976 Verwarnungsgelder von 825000 DM raubte. Für 30 DM Kopfgeld werden die Politessen gezwungen, täglich im Durchschnitt 106 DM einzutreiben. So pressen städtische Wegelagerer in Niedersachsen nochmals 4,5 Mio. DM heraus. Kein Verdienst für den Staat?

Und doch nicht: 21,4 Mrd. DM Ausgaben für Straßenwesen sind vor allem profitträchtige Transportwege fürs Kapital. „Großzügiges Autobahnnetz", lobt Gscheidle den ständigen Ausbau. Ein berüchtigtes Unternehmen; auch Hitler ließ Autobahnen aus dem Blutzoll des Volkes errichten. Wozu, hat die Geschichte gezeigt. – (Bezirk Hannover)

# Autoboom: Es reicht gerade zum Gebrauchtwagen

Während die Woche über die Zeitungen immer dünner werden, quellen sie am Wochenende schier über. Stellen-, Wohnungs- und Automarkt füllen zwei Drittel der Wochenendausgaben. An die 5 Millionen Autos wurden in diesem Jahr gebraucht verkauft und gekauft. Doppelt so viel wie neue Autos zugelassen wurden. Autoboom? Produktion und Neuzulassungen von Autos sind in den letzten drei Jahren gestiegen, aber erst, nachdem sie vorher kräftig gefallen waren, nachdem jahrelang immer weniger Arbeiter und Angestellte sich ein neues Auto leisten konnten. Fast ungebrochen steigen dagegen die Gebrauchtwagen. Ein Auto muß sein, sonst können die Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht verkaufen, und das müssen sie, um zu leben. Viele sind in den letzten Jahren des Lohnraubs und der Steuerausplünderung auf Fahrrad und Mofa umgestiegen oder auf die teure und langsame Straßenbahn, aber wenn die Fabrik 10 km entfernt ist, geht es ohne Auto nicht.

Die graphische Darstellung der Gebrauchtwagenkäufe, Neuzulassungen und der Abmeldungen gibt über diese Entwicklung einigen Aufschluß.

Mio.
5
4
3
2
1
Gebrauchtwagenkauf
Neuzulassungen
Abmeldungen
65 67 69 71 73 75 77

Jeder Gebrauchtwagenkauf bedingt gleichzeitig den Verkauf eines Autos. Wenn der Gebrauchtwagenkauf und damit ebenso der Autoverkauf von Autobesitzern steigt und gleichzeitig die Neuzulassungen sinken, so bedeutet das jedesmal, daß eine größere Anzahl Arbeiter und Angestellte ganz auf das Auto verzichten müssen, zumindest für eine bestimmte Zeit, oder daß sie ihr Auto verkaufen müssen, um sich einen billigeren und schlechteren Gebrauchtwagen zu kaufen. Von 1970 bis 1974 war das so. Die Kapitalisten hatten das Lohnsalär der arbeitenden Klassen so zusammengepreßt, daß die Gebrauchtwagenkäufe zwar noch geringfügig anstiegen, aber bei den Neuzulassungen einzig Mercedes und Porsche ständig steigende Zahlen melden konnten. Viele fuhren ihr Auto, so lange es hielt. Zynisch propagierten gerade in dieser Zeit stachelbeinige und fettbäuchige Bourgeoispolitiker die Trimm-dich-Welle. Wie schön und dazu noch gesund das Fahrradfahren sei. Tatsächlich mußten viele Lohnabhängige die Qual des Fahrradfahrens zur Fabrik auf sich nehmen. Die Abmeldungen von Fahrzeugen stiegen in den Jahren 72, 73, 74 überdurchschnittlich, gleichzeitig stiegen die Käufe von Fahrrädern und Mofas. Das kann jedoch nur für eine kürzere Zeit gehen. Die steigenden Neuzulassungen seit 1975 und die noch schneller steigenden Gebrauchwagenkäufe zeigen das.

In der letzten Woche meldete der Nachrichtensprecher des ZDF, daß das Durchschnittsalter beim Neukauf eines Wagens bei 41 Jahren liegt, bei Gebrauchtwagen bei 33 Jahren. Der Sprecher fand das „natürlich". Es liegt in der Natur der Lohnsklaverei, daß arbeitende Familien Jahre sparen und schuften müssen, bis sie sich ein neues Auto kaufen können. – (Z-Red)

# Eine Rechnung, die nicht aufgehen wird

Sozusagen als Weihnachtsüberraschung wurden kurz vor dem Fest die „Grundsätze für den Entwurf eines Gesetzes über nichtärztliche Heilberufe in der Geburtshilfe und in der Krankenpflege" beschert. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sieht vor, daß die Ausbildung ab 1981 nicht mehr über die Pflegesätze bezahlt werden soll. Seit zwei Jahren lag ein Entwurf vor, der vorsah, den Krankenpflegeschülern einen Schülerstatus zu geben, also keine Ausbildungsvergütung mehr, sondern nur noch BAföG, das wesentlich niedriger ist und höchstens 40% der Schüler bekommen würden.

Die Krankenpflegeschüler gehören zu dem Teil des Krankenhauspersonals, der gegen die Frechheiten des Dienstherrn am ehesten rebelliert. Die Bourgeoisie wollte sie in Berufsfachschulen sperren, das Personalvertretungsrecht wie auch das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung nehmen. Das erwies sich als zu teuer. Sie errechneten für einen Ausbildungsplatz pro Jahr (Preisbasis 1977) an Berufsfachschulen in der Krankenpflege Nettoausbildungskosten von 18125 DM. Bei der „modifizierten betrieblichen Ausbildung", ihrem neuen Clou, lediglich von 4200 DM.

Wie kommt nun dieser Unterschied von fast 14000 DM zustande? Bei der Ausbildung an Berufsfachschulen „entfallen die Ausbildungsvergütungen und die Ausbildungserträge, da sich die Schüler in einer schulischen Ausbildungsstätte befinden und insoweit als Schüler grundsätzlich keine Arbeitsleistungen erbringen".

Die Versicherten sollen ruhig weiterhin die Kosten für unsere Ausbildung tragen, weil „... nach dem im KHG festgelegten Zeitpunkt Ausbildungsvergütungen in den Pflegesatz eingehen, die Entgelte für Arbeitsleistungen darstellen und auf einen arbeitsrechtlichen Ausbildungsvertrag gründen". Und wenn wir schon Arbeitsleistungen erbringen, warum sollten wir also nicht auf den Stellenplan angerechnet werden. Drei Schüler sollen auf eine Planstelle für Examinierte angerechnet werden. Insgesamt gehen sie von ca. 66000 Auszubildenden aus. Bei einer Anrechnung von eins zu drei auf den Stellenplan bedeutet das, daß 22000 Stellen für Examinierte wegfallen, was in einigen Bundesländern ausprobiert worden ist. Die Ausbildung wird dadurch vollständig zur Farce.

In Hannover führen z.B. Krankenpflegeschüler im Januar eine Veranstaltung zu diesen neuesten Schandtaten durch, die dazu dienen soll, zu beraten, was zu tun ist. Der Kampf gegen das Gesetz wird mit dem Lohnkampf geführt. Krankenpflegeschüler in Kiel, Hamburg, Hannover, Hildesheim, Westberlin und noch vielen anderen Städten fordern: Anhebung der Ausbildungsvergütung auf das dritte Krankenpflegelehrjahr für alle gleich. Auszubildende im Bereich Gesundheitswesen ÖTV Göttingen haben die Forderung nach „75% des Lohns, den ein ausgebildeter Kollege erhält, für alle Auszubildenden im öffentlichen Dienst" aufgestellt.

(Zelle MHH, Bezirk Hannover)




„Kannst Du für ein Zweijahresversprechen was kaufen? Mehr Geld jetzt!" war die Antwort der Feuerwehrleute auf das Angebot der Dienstherren, jetzt nur 10% und in den nächsten zwei Jahren weitere Erhöhungen zu zahlen. (siehe KVZ 51) Das Bild zeigt eine der zahlreichen Demonstrationen, der Streik wurde geschlossen über Weihnachten weitergeführt. Zehn Tage zuvor war der Pakt Liberale Partei / Labour-Partei, der die Labour-Regierung stützt, kurz vor dem Auseinanderbrechen und damit die Regierung vor dem Sturz. Anlaß war die Europa-Wahl, vor allem aber erzeugt der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Lohnleitlinienpolitik heftige Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und ihrer Regierung.

Die Führung des TUC hat sich am 21.12. nur äußerst knapp mit 20 zu 17 Stimmen im TUC-Generalrat damit durchsetzen können, die Feuerwehrleute nicht zu unterstützen und die 10-Prozent-Politik nicht mit einer einheitlichen Kampagne zu bekämpfen. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stimmten alle bis auf eine für Unterstützung. Es sei kein Zweifel an der Sympathie in der Gewerkschaftsbewegung für die Feuerwehrleute, haben die Sozialdemokraten der TUC-Führung in die offizielle Stellungnahme des Generalrats geschrieben. Das zeigten auch mehrere tausend Gewerkschafter, viele Feuerwehrleute darunter, vor der TUC-Zentrale. Der Beschluß des TUC zur Regierungsrettung hat den Streik gleichwohl in eine schwierigere Lage gebracht. Die verstärkte Unterstützung von Gewerkschaft zu Gewerkschaft ist noch dringender geworden.

## Tarifkampf Öffentlicher Dienst, Abteilung Luftfahrt und Flughafen-Bodenpersonal

**Hamburg.** Die Vergütungsverträge im Lufthansa-Konzern sind fristgemäß zum 31. Januar 78 gekündigt worden. Am 8.1. findet in Hamburg eine Mitgliederversammlung statt, zur Diskussion der Tarifforderung. Der Vorschlag des Hauptvorstandes der ÖTV lautet:
bis 4250 DM 8,5%
bis 7700 DM 7,0%
von 7701 DM an 5,5%.
Dazu eine Erhöhung des Urlaubsgeldes von 200 DM auf 400 DM, bzw. von 100 DM auf 200 DM, sowie für jedes Kind 50 DM; Zahlung einer einmaligen Zuwendung anläßlich des Geschäftsjubiläums der Lufthansa in Höhe von 1200 DM. Darüberhinaus wurde noch verschiedene Forderungen zu Zulagen und Ausbildungstarifen aufgestellt.

## Angebot von Maihofer gefordert

**Westberlin.** In einem Schreiben an Maihofer stellen die Beschäftigten mit Befremden fest, daß dieser ihren Brief zur Tarifrunde 1978 nicht beantwortet hat. „Eine beträchtliche Summe aus Steuergeldern wird Ihrem Ministerium zur Verfügung gestellt. Wir sind dafür, daß die Arbeit, die mit der Beantwortung von Briefen verbunden ist, unverzüglich aufgenommen wird." In Bezug auf den von den DGB-Gewerkschaften unterbreiteten Vorschlag von 7,5 Prozent fordern die Beschäftigten die Regierung auf, sofort ein Angebot von 7 Prozent zu machen. „Da wir aus der Nichtbeantwortung unseres Briefes gelernt haben, werden wir mit Kollegen im Krankenhaus überlegen, wie wir unsere Forderung am besten unterstützen können." Sie rechnen dem Minister vor, daß 7,5 Prozent für 3,9 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst einer Summe von 11,92 Mrd. DM entspricht. Sie bekräftigen ihre Forderung nach 220 DM Festgeld, die auch an die Auszubildenden gezahlt werden sollen und rechnen aus, daß ihre Forderung, voll durchgesetzt, einen Betrag von 11,15 Milliarden ausmachen würde. An der Forderung nach 1500 DM steuerfrei wird festgehalten.

DM Festgeld, die auch an die Auszubildenden gezahlt werden sollen und rechnen aus, daß ihre Forderung, voll durchgesetzt, einen Betrag von 11,15 Milliarden ausmachen würde. An der Forderung nach 1500 DM steuerfrei wird festgehalten.

Prall gefüllte Krankenversicherungskassen – Explosion des Versicherungsvermögens in der Hand des Finanzkapitals

Anfang des Monats wurde durch Für Vorbeugung, Genesung und Mutter- die Alten 7% mehr Pillen als im entspre- gen, daß er als „Schreibtischmörder,

# Prall gefüllte Krankenversicherungskassen – Explosion des Versicherungsvermögens in der Hand des Finanzkapitals

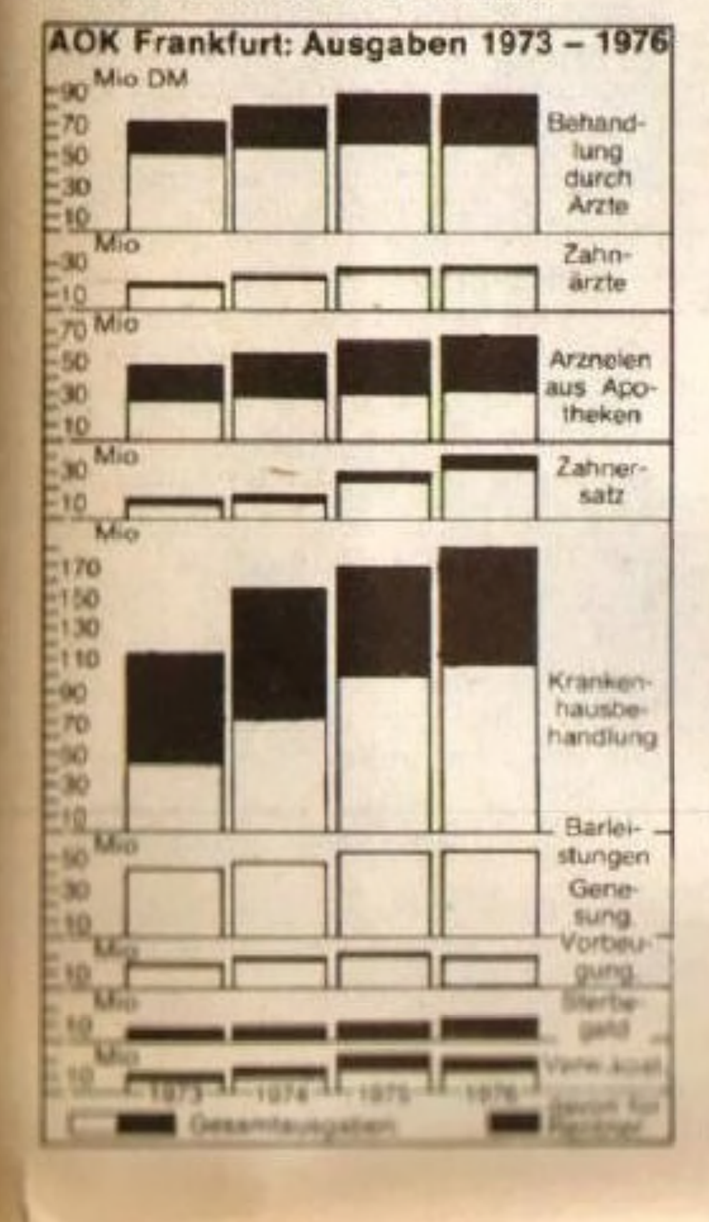
Anfang des Monats wurde durch Presseerklärungen des Ehrenberg-Ministeriums die Absicht des Rentnerbeseitigungsministers bestätigt, im Rentenanpassungsgesetz 78 die Renten noch weiter zu drücken und die Beiträge anzuheben. Der Präsident der von der Bourgeoisie so genannten „Arbeitsverwaltung", Stingl, übergab der Presse in der vergangenen Woche eine Erklärung mit der Ankündigung: „1978 kein Abbau der Arbeitslosigkeit". Am 20. Dezember schließlich deutet das Handelsblatt unter der Überschrift „Noch Ungewißheit über die Krankenkassenbeiträge" Vorstellungen der Kapitalisten zur Krankenversicherung an:

„Viele der in gesetzlichen Krankenkassen Versicherten müssen sich unter Umständen auf Beitragserhöhungen einstellen. Zwar werden Anfang 1978 nur etwa 30 der rund 300 Ortskrankenkassen ihre Beitragssätze um 0,2 bis 1,8 Prozentpunkte erhöhen, doch im Laufe des nächsten Jahres sind auch bei anderen Kassen Anhebungen nicht auszuschließen."

Halbdunkel ist für diese Pläne erwünscht: „unter Umständen" sollen die Beitragserhöhungen durchgedrückt werden. Augsteins „Spiegel" gehen die Rentenanpassungspläne Ehrenbergs nicht weit genug. Zu geringer „Ertrag". Anders bei den Krankenversicherungen. So wundert sich der „Spiegel" am 19. Dezember scheinheilig:

„Der steile Kostenanstieg in der Krankenversicherung hat sich in diesem Jahr erstmals stark abgeflacht. Gleichwohl werden viele Kassen ihre Beitragssätze bald erhöhen."

Gleichwohl. Die Methode geht so schon länger. In Frankfurt beispielsweise. Für die beiden größten Ausgabentitel sinkt die Zuwachsrate:




Für Vorbeugung, Genesung und Mutterschaftshilfe wird bereits 1976 mit 18,4 Mio. DM um 3% weniger ausgegeben als 1975. Ebenso bei den Verwaltungskosten als Ergebnis der Rationalisierung. 1975 machen sie noch 21.3. Mio DM aus, 1976 sind es nur noch 18,6 Mio. DM.

Dennoch sind die Ausgaben der Frankfurter AOK von 358 Mio. DM 1973 auf 538 Mio. DM im Jahr 1976 angestiegen. Der offizielle Krankenstand dagegen im Jahre 1976 ist mit 6,44 auf hundert Versicherte im Jahresdurchschnitt 76 kaum höher als im Jahr 1973 mit 6,40 (vgl. Tabelle unten).

Von den bürgerlichen Politikern werden diese gestiegenen Ausgaben als „Explosion" und unergründbare Entwicklung vorgestellt, die „Abflachung" als Sieg der Vernunft" unter der Parole: „Krisenbewußtsein fördert Kostenbewußtsein". Wir erinnern an die Tatsachen:

– 1972 Verabschiedung des „Krankenhausfinanzierungsgesetzes". Für das Jahr 1973 erhöht der hessische Sozialminister darauf den Krankenhauspflegesatz. An den Frankfurter Universitätskliniken beträgt die Erhöhung 46,8% auf 117,75 DM.
– Im folgenden Jahr wird der Pflegesatz am Jahresende rückwirkend ab 1.Januar 1974 weiter erhöht. Nach Angaben der AOK Frankfurt verursachte diese Erhöhung 41 Millionen DM mehr Ausgaben.
– Im Juli 1974 und im Dezember 1974 wurden die Beitragserhöhungen durch die „Aufsichtsbehörde" – das hessische Sozialministerium – gegenüber der AOK von 9,8% Ende 1974 auf 11,6% im Juli 1975 *verfügt*.
– 1975 erklärte der hessische Sozialminister „die Grenzen der Belastbarkeit der Beitragszahler" für erreicht, um die Rationalisierung an den Kliniken voranzutreiben: in großem Umfang werden „Kommissionen zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit an den Kliniken" eingesetzt.

Das „Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz ist durch diese Schritte der herrschenden Klasse zielstrebig vorbereitet worden und die bisher weitestgehende Ausgestaltung dieser reaktionären Politik.

Unter der Devise „von der Selbstkostendeckung zum Gewinn" ist die Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes verbunden mit weiteren Beitragserhöhungen zu den Kassen der nächste Schritt der Bourgeoisie in der Bereicherung an den Versicherungsgeldern und zur Verschärfung der Antreiberei gegenüber den Lohnabhängigen an den Kliniken.

*Wachsende Plünderung der Lohnabhängigen, wachsende Anhäufung von verfügbarem Vermögen, prall gefüllte Versicherungskassen – das Ergebnis dieser Politik am Beispiel der AOK Frankfurt:*
**Tabelle 1**

Der „Spiegel" (ein Blatt, das von der Bourgeoispresse so wenig ernst genommen wird, daß es seine Redakteure jedesmal vermerken, wenn sie zitiert werden) stellt über die Wirkung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz „überrascht" fest:

„Noch im zweiten Quartal 1977 hatten die Alten 7% mehr Pillen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum geschluckt; im dritten Quartal aber ... verbrauchten die Rentner fast 11% weniger als im Vorjahr ..."

Mit dem Überschuß der rund 50 Millionen im Jahr 1976, der sich im Besitz der AOK Frankfurt, jedoch in der Verfügung des Frankfurter Finanzkapitals befindet – läßt sich bereits ein mittleres Industrieprojekt am Stadtrand oder ein Bauprojekt in der Innenstadt Frankfurts für die Kapitalisten billig finanzieren – den Rentnern fehlt dies Geld direkt am Leben. Ehrenberg prozessiert inzwischen dagegen, daß er als „Schreibtischmörder, Versicherungsschwindler, Dieb, Hehler, Zwangsarbeitsminister, Erpresser und Lohndrücker, Endlöser und Sterbehilfer des Finanzkapitals" angegriffen wird. Mit den neuesten Ehrenberg-Plänen in Sachen Krankenversicherung wird die Beweislast gegen diese Politik der Kapitalistenklasse noch unerträglicher. Durch Kampf für die Kontrolle der Versicherungen allein durch die Versicherten und die vollständige Finanzierung durch die Kapitalistenklasse wird dieser Politik der herrschenden Klasse der Prozeß gemacht. – (Z-Red.)

| Tabelle 1 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 |
|---|---|---|---|---|
| Arztbehandlung (Mio. DM) | 70007 | 79805 | 85538 | 85956 |
| Zunahme in % | | 14,00 | 7,18 | 0,49 |
| Krankenhausbehandlung (Mio. DM) | 112402 | 153744 | 168282 | 181899 |
| Zunahme in % | | 36,78 | 9,46 | 8,09 |

| | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 |
|---|---|---|---|---|
| Beitragssatz in Prozent | 7,4* | 8,7** | 10,4*** | 11,6 |
| durchschnittlicher Jahresbeitrag (DM) | 1260 | 1667 | 2194 | 2494 |
| Jahresergebnis je Mitglied (DM) | –22,3 | –42,6 | 87,0 | 283,0 |
| Jahresergebnis gesamt (Mio. DM) | –6,4 | –12,0 | 15,6 | 49,8 |
| Krankenstand jahresdurchschnittlich in % | 6,40 | 6.25 | 6,61 | 6,44 |

* ab 1.7.73: 8,7% ** ab 1.7.74: 9,8% *** ab 1.7.75: 11,6%

## Das Ehrenbergsche Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz in Anwendung

**Wetzlar.** Am 19.12. fand die Vertreterversammlung der AOK Wetzlar statt. Im Haushaltsplan 78 wird von einem Überschuß aus der allgemeinen Krankenversicherung von 13,123 Mio. DM ausgegangen. 12,332 Mio. werden als Defizit gegenüber der Rentenversicherung angegeben. Die „erfreuliche Entwicklung" bei der AOK führt Groß, AOK-Geschäftsführer, auf das kostenbewußte Verhalten von Vertragspartnern und Versicherten zurück, das sich seit der öffentlichen Diskussion über das Kostendämpfungsgesetz zum Positiven gewandelt habe.

**Köln.** Eine Arbeiterin aus der Zentralmensa der Universität hat berichtet, daß sie jetzt täglich nach Feierabend ihre 74jährige schwerkranke Tante betreuen muß. Weil sie es neben der Belastung in Beruf und Haushalt kaum schaffen kann, hatte sie versucht, einen Krankenhausplatz zu bekommen. Die Krankenhäuser lehnten ab, mit der Begründung, es sei lediglich ein Pflegefall. Die alte Frau hat Krebs und wird dagegen lediglich mit Spritzen behandelt. Kommentar der Arbeiterin: „Auf die alten Leute kommt es nicht an, an denen sparen sie auch noch die Rente."

**Heidelberg.** Chirurgie der Unikliniken. Das Herzzentrum mit Einzugsgebiet bis nach München wird um das Doppelte erweitert. Für das Nierentranplantationszentrum ist die Erweiterung beantragt. Die Anzahl der Operationen in der Chirurgie ist gesunken, schwere Operationen haben stark zugenommen. Zahlreiche kleinere Operationen werden abgewiesen in kleinere Krankenhäuser. Die Station 7S (septische Abteilung) wird um 13 auf 9 Betten verkleinert und mit einer urologischen Abteilung zusammengelegt, was Patienten durch Zunahme der Infektionsgefahr direkt ins Grab bringen wird. Alte Menschen vor allem, die nicht mehr aufgenommen werden können, werden in umliegende, schlecht ausgestattete Krankenhäuser verteilt. Der Verwaltungsdirektor wurde durch die Belegschaft gezwungen, die Stellenpläne für 1978 offenzulegen.

**Hamburg.** In der Probezeit ist vier von 26 Kollegen der Intensivstation gekündigt worden. Die Forderungen der Schwestern und Pfleger waren 30 Planstellen für die Station, nun soll die Arbeit ab Januar von 22 Kollegen gemacht werden. Die Mehrheit der Kollegen auf dieser Station sowie alle Stationsärzte im Krankenhaus außer dem Chefarzt haben in Briefen geschrieben, daß die Krankenhausleitung die Kündigung zurücknehmen muß. Die Begründung der Dienstaufsicht wurde zurückgewiesen, die angebliche Unfähigkeit der Kollegen vorschieben will.

## Nach dem Vorschlag des Hauptvorstandes gleich wieder an Maihofer schreiben

**Frankfurt.** Im Mütter-Kleinkindheim wurde anhand einer Wandzeitung, die zum 7,5% Vorschlag des Hauptvorstandes Stellung nimmt, unter den Kollegen die Diskussion geführt, wie es jetzt weitergeht. Ein Brief an Maihofer, der beinhaltet, daß man sich mit der Lohnsenkung nicht abfinden wird und für 220 DM ist, wurde bereits abgeschickt. Die spontane Reaktion bei den meisten Kollegen war gleich, daß klar ist, wenn es so laufen soll, wie Maihofer will, und die Sozialdemokraten im Hauptvorstand nicht verhindern wollen, weil sie nicht für Kampf sind, wird es bei 4 % enden. Der Vorschlag wurde gemacht, gleich einen neuen Brief an Maihofer zu schicken mit der Aufforderung, ein 7,5 Prozent Angebot zu machen, und zwar gleich, ansonsten am 1. Verhandlungstag in den Streik getreten wird.

**Heidelberg,** Orthopädische Klinik. In verschiedenen Abteilungen wurde am Dienstag der 7,5 %-Vorschlag von Kluncker anhand der Lohntabelle beraten. Auf einer Abteilung versammelte sich die ganze Belegschaft. Den Dienstherren weiter unter Druck setzen, den Streik so vorbereiten, unter 7 % läuft nichts, Festgeld ist besser, das war die Auffassung. Weitere Kampfschritte: Wandzeitung, Lied zum Lohnkampf und zur Kostendämpfung.

Krebsklinik. Den ganzen Mittwoch hing eine Wandzeitung mit Pressespiegel über den Forderungsvorschlag der Gewerkschaften ÖTV, Eisenbahn, Post und GEW. Die Spätschicht der 12-Wad-Station und die zwei Vertrauensleute sind sich einig, daß Festgeld richtig ist, und Maihofer unter 7 % nichts bringen kann.

## Betriebskrankenkassenbeiträge erhöht

**Bremen.** Auf der Betriebsversammlung der Klöcknerhütte Bremen wurde von 16 Kollegen ein Antrag auf Ablehnung der geplanten Betriebskrankenkassenbeitragserhöhung von 11 auf 11,8 % eingebracht. Der versammlungsleitende Betriebsrat hat diesen Antrag nicht zur Abstimmung gebracht mit dem Hinweis, man solle zur öffentlichen Vertreterversammlung gehen.

Ein sozialdemokratischer Betriebsrat hat sinngemäß wie folgt Stellung genommen: Es seien ja nur 0,8 %, die noch mal geteilt würden in 0,4 % für die Arbeitnehmer und 0,4 % für die Arbeitgeber. Im übrigen sei die Betriebskrankenkasse selbstverwaltet und jeder könne an den Vertreterversammlungen teilnehmen. Es sei eine klare Sache, wenn sie den Haushalt nicht ausgleichen könnten, weil die Krankenhaussätze und vor allen Dingen die Honorare der Ärzte steigen würden, dann müßten sie eben die Beiträge erhöhen.

# Die Sonderschulen müssen abgeschafft werden

**Der staatlichen Schulaufsicht gelingt es nicht, den Kampf der Eltern und Schüler zu unterdrücken**

Nach eingehenden Beratungen forderten Eltern der Klasse 8c der Mittelpunktsonderschule Varel Mitte September die zuständige Schulamtsdirektorin Gossel, ehemalige Leiterin einer Schule des Reichsarbeitsdienstes im Hitler-Faschismus, in einer Erklärung auf, zum Zwecke der Sonderschulen Stellung zu nehmen. In der Erklärung heißt es u.a.: „Immer mehr Schüler müssen auf die Sonderschule. 1972 gab es an der Mittelpunktsonderschule Varel 182 Schüler, 1977 waren es schon 312 Schüler. Die Zahl der Sonderschüler ist in der Bundesrepublik von 1950 98000 bis 1975 auf 400000 um 400% gesteigert worden. Wir sind der Meinung, daß die Sonderschule die Aufgabe hat, unsere Kinder auf Hilfsarbeitertätigkeiten oder andere schwere und langweilige Arbeit für einen Hungerlohn vorzubereiten. ... Wir haben ein Interesse daran, daß alle Schüler einheitlich bis zum 18 Lebensjahr ausgebildet werden. Alle sollen ein Grundwissen erhalten, daß es ihnen ermöglicht, in jedem Produktionszweig qualifizierte Arbeiten auszuführen, die Produktion zu beherrschen und in die eigenen Hände zu nehmen. Dieses Grundwissen soll sowohl praktisch als auch theoretisch erworben werden. Die gesamte Schulausbildung soll unter die Kontrolle des Volkes gestellt werden.

Wir sind der Meinung, daß das Notensystem und andere Beurteilungssysteme (z.B. Tests), die die Schüler für die Sonderschule auslesen, abgeschafft werden müssen. Wir sind der Meinung, daß die Sonderschulen abgeschafft werden müssen. Wir sind weiterhin der Meinung, daß die Führung von Akten und Beurteilungsbögen abgeschafft werden muß."

Als Gossel sich drückte wurde auf einem weiteren Elternabend beschlossen, die Lehrer durch ein Flugblatt aufzufordern, keine Fünfen und Sechsen mehr zu geben, die Beobachtungsbögen nicht mehr auszufüllen und zu einer öffentlichen Veranstaltung zu dem Thema „Weg mit den Sonderschulen – Gegen das Notensystem – Für Einheitsschule" einzuladen. Auf der Veranstaltung trat Dr. Heiser, Internist in Varel, Vorsitzender des Schulelternrates auf, pries die Sonderschulen als hervorragende Stätten zur Förderung von Lernbehinderten. Er handelte sich Pfiffe und Buh-Rufe ein. Die staatliche Schulaufsicht in Gestalt von Gossel versuchte, den Kampf durch Einschüchterung einzelner Eltern und Bespitzelung der Klasse 8c und ihrer Lehrerin U. Bartling, die sich auf die Seite der Eltern und Schüler stellte, in den Griff zu bekommen. Gossel wurde jedoch beim letzten Unterrichtsbesuch deswegen von der Klasse 8c scharf angegriffen. Sie fühlte sich daraufhin „beleidigt und beschimpft" und „es war ihr nicht möglich, beruhigend auf die Schüler einzuwirken und sie zur Aufnahme des Unterrichts zu bewegen" und nach dem Ertönen des Pausenzeichens wurde ihr der Ausweg versperrt, darüberhinaus versuchten die Schüler, die Aufzeichnungen über die Stunde handgreiflich aus der Tasche der Schulrätin zu ziehen."




So heißt es in der Anklageschrift gegen die Lehrerin U. Bartling, die noch in der gleichen Woche vom Unterricht suspendiert wurde. Es wurden die Taschen der Schüler nach Flugblättern durchsucht. Es wurde Polizei in die Klasse 8c geschickt, die trotzdem den Unterricht drei Tage lang bestreikte und dann „unterrichtsfrei" erhielt. Gemeinsame Flugblattverteilung und Demonstration aller Schüler konnte nur verhindert werden, in dem die Schüler in den Pausen eingesperrt gehalten und noch vor Schulschluß in Busse verfrachtet und nach Hause abtransportiert wurden. Das Verkleben eines Aufklebers gegen die Unterdrücker Gossel und Henschel (Rektor der Schule) gelang ihnen trotz massiver Einschüchterung – „das ist Sachbeschädigung und müssen Eure Eltern bezahlen" – nicht zu verhindern. Henschel mußte Aufkleber von seinem Wagen kratzen. Eine verhaßte Lehrerin kassierte von einem Schüler Ohrfeigen und büßte ihr Kopftuch ein, das von einem Trupp Schüler im Dreck zertrampelt wurde. Henschel: „Wir sind durch die Ereignisse gelähmt."

Durch eine Elternversammlung der Klasse 8c wollte die Schulaufsicht wieder Ruhe schaffen. Gekommen waren acht Eltern der Klasse, Schulelternrat, Gossel, Henschel und Teile der Lehrerschaft. Die Eltern mußten ihren Namen angeben, einzeln eintreten, die Schule wurde zugesperrt und durch Polizeiaufgebot gesichert, der Klassenlehrerin wurde entgegen dem Willen der Eltern der Zutritt zur Versammlung von Henschel verweigert. Tags darauf meldet dann die „Nord-West-zeitung" in großer Aufmachung auf der Landesseite: „Eltern über Suspendierung der Lehrerin glücklich".

Die Antwort auf diese Spaltungsmanöver kam postwendend. 60 Arbeiter, Lehrlinge und Schüler aus Varel gaben folgende Erklärung ab:

„Am Mittwoch kam die Schulrätin Gossel in die Sonderschule Varel und schmiß die Lehrerin Ulrike Bartling von der Schule. U. Bartling will den Schülern keine Fünfen und Sechsen geben, ist für die Abschaffung der Noten und gegen die Sonderschulen, die Kinder zu billigen Lohnsklaven für die Kapitalisten macht.

Als die scheinbar allerdümmsten werden unsere Kinder noch einmal abgespalten von den anderen Arbeiterkindern an den Haupt- und Grundschulen.

Durch die Tests und Noten, die die Kinder an die Sonderschule gebracht haben, ist ihre „Dummheit" besiegelt worden. Doch die Kinder sind nicht dumm. Das Schulsystem ist so angelegt, daß auf jeder Stufe Schüler auf den Arbeitsmarkt geworfen werden können. Gerade wie es den Bedürfnissen der Produktion entspricht. Der Bedarf an billigsten Lohnarbeitern wird über die Sonderschulen abgedeckt. Der Staat garantiert dies, denn er übt durch seine Gesetze die Kontrolle über das Schulsystem aus. Das bewirkt, daß unsere Kinder nach der Schulentlassung jede Arbeit zu niedrigsten Löhnen annehmen müssen, finden sie keine Arbeit, dann bekommen sie noch nicht einmal Arbeitslosengeld. Die Arbeitslosigkeit soll ihnen als das größte Übel erscheinen. Dabei ist es doch so, daß die Tatsache, sich als Lohnarbeiter ausbeuten zu lassen, das Grundübel dieser Gesellschaft ist.

Die Kinder rebellieren gegen die Schule, die sie nur aufbewahrt bis sie entlassen werden. Die Lehrer sind durch Gesetze dazu verpflichtet, die Rebellion der Schüler durch schlechte Noten und viele andere Bestrafungen zu unterdrücken.

Frau Bartling hat immer im Interesse der Schüler gehandelt und wir meinen deshalb, daß die Entlassung nicht hingenommen werden darf und wir fordern: Frau Bartling muß wieder unterrichten." – (Bezirk Weser-Ems)

# Verhaßte Klassenbücher geklaut

**Bremer Schüler im Kampf gegen Fünfen und Sechsen**

**Bremen.** „Ein Arbeiten in der Klasse war kaum möglich aufgrund des undisziplinierten Verhaltens vieler Schüler. Bitte an den Klassenlehrer: Probleme der Klasse ansprechen, um das Bewußtsein zu schärfen, um eine für alle erträgliche Arbeitshaltung zu erreichen."

So will der Mathematiklehrer Holzkamp unter anderem einer rebellischen Hauptschulklasse Arbeitshaltung beibringen. Den Notenknüppel schwingt der Plantechniker am Schulzentrum heftig. Den Weg zum Schulleiter schlägt er schnell ein, wenn es darum geht, Sondergenehmigungen für Arbeiten einzuholen, die mehr als ein Drittel Fünfen und Sechsen enthalten. Egal ob viel oder wenig Fehler, Holzkamp und einige andere Lehrer sorgen dafür, daß genügend Fünfen und Sechsen dabei sind. Doch Herr Holzkamp muß sich nicht wundern, wenn dann in seinem Unterricht Rumkugeln durch die Gegend fliegen. Darum muß sich auch Schulleiter Morgenstern nicht wundern, wenn eine Klasse sein Notenbüchlein beseitigt. Nicht nur im Notenbüchlein stehen Zensuren und entsprechende Vermerke, dem dienen auch die Klassenbücher. Ganze zwanzig sind am Schulzentrum Ellener Feld verschwunden.

Das fand die Unterstützung von 300 Schülern, die den Schulleiter Morgenstern zur Rede stellten, als er mit der Kripo und dem Rausschmiß eines Schülers drohte, den er angeblich als „Täter" entdeckt haben will. Die Schüler am Ellenerfeld sind nicht bereit, sich der Unterdrückung zu unterwerfen und durch Klassenbücher und Notenhefte registrieren zu lassen, als Anwärter auf einen Platz, je nach Eintragung des Lehrers, für Lehrlinge, „Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag", Hilfsarbeiter oder Arbeitslose.

Die folgenden Zitate geben darüber Aufschluß, wie Schüler sich wehren und wie versucht wird, die Schüler zu unterdrücken. 1. „Zerknüllt und verbrennt seine Rechenarbeit." 2. „Hat meine Anweisungen nicht befolgt." 3. „Stört im Unterricht durch wiederholtes Reden, auf Ermahnungen gibt er provozierende Äußerungen von sich." 4. „Wegen fortgesetzten Störens aus dem Unterricht entfernt." 5. „Als Klassensprecher völlig überfordert. Sie zeigen der Klasse nur negatives Verhalten." 6. „Schüler ohne Hausarbeit/ohne Lesebuch – keine geplante Durchführung der Deutschstunde möglich!" 7. „Hat sein Englischbuch nicht wie verlangt eingeschlagen; das Buch wurde vorerst eingezogen!"

Es ist wichtig zu wissen, daß an dieser Schule vier bis fünf Lehrer keine Fünfen und Sechsen geben und mehrere Klassen und Zusammenschlüsse der Schüler Fünfen und Sechsen bekämpfen. Das hat dazu geführt, daß beim letzten Zeugnis etwa 100 Schüler den Schulleiter in seinem Zimmer besucht und ihn aufgefordert haben, daß in den kommenden Zeugnissen keine Fünfen und Sechsen stehen dürfen. – (KJB Bremen/N-Red.)

**Die Klassenbücher geben Aufschluß über den Notenknüppel bei folgenden Testergebnissen:**

**Mathematik**

| Noten | Eins | Zwei | Drei | Vier | Fünf | Sechs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Schüler | 98 | 158 | 242 | 221 | 136 | 46 |
| in % | 10,88 | 17,44 | 26,86 | 24,53 | 15,09 | 5,11 |

**Deutsch**

| Noten | Eins | Zwei | Drei | Vier | Fünf | Sechs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Schüler | 37 | 220 | 316 | 241 | 93 | 27 |
| in % | 3,96 | 23,55 | 33,83 | 25,80 | 9,96 | 2,89 |

**Englisch**

| Noten: | Eins | Zwei | Drei | Vier | Fünf | Sechs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Schüler | 45 | 175 | 206 | 169 | 66 | 20 |
| in % der Schülerzahl | 6,61 | 25,70 | 30,25 | 24,82 | 9,96 | 2,94 |

# Imperialistisches Energieprogramm und Wasserwirtschaft

**Bauern im Emsland kämpfen gegen die Vernichtung ihrer Existenz**

**Meppen/Geeste.** Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) planen, etwa in der Mitte zwischen Meppen und Lingen einen 3,5 bis 6 Quadratkilometer großen See zu bauen. Der See soll als Kühlwasserspeicher dienen und 49 Millionen Kubikmeter Wasser fassen. Kosten: Etwa 1 Milliarde DM. „Gedacht ist an ein Becken über dem derzeitigen Landschaftsniveau mit Deichen von 10 bis 20 m Höhe (je nach Größe der Wasserfläche). Alle Vorschläge gehen davon aus, daß wichtige Verkehrswege nicht unterbrochen werden dürfen. Der Abstand von Ortschaften und Siedlungen soll mindestens 100 Meter betragen. Die Fläche vor dem Damm und der Damm selbst sollen so kultiviert und aufgeforstet werden, daß die Anlage als Bereicherung einer wasserarmen Landschaft empfunden wird." (Meppener Tagespost vom 10.12.77)

Landschaft", das ist dreist. Die 450 Bauern, die sich zu einer Versammlung am 15.12. in Geeste getroffen haben, haben andere Erfahrungen: „Wir haben 20 Jahre gebraucht, um unsere Gemeinde zu entwässern. Die VEW will sie wieder bewässern." 20 bis 30 cm stand das Wasser früher unter Gelände, das Land litt stark unter Staunässe, Sauergräser machten den Boden schlecht, die Ertragskraft des Bodens war gering. Durch großflächige Drainierungen ist es den Bauern gelungen, das Grundwasser auf einen Stand von 90 bis 150 cm unter Gelände zu drükken, so daß der Boden Luft kriegt und die Ertragskraft stieg. Kommt das Becken, kommt das Wasser wieder hoch. „Allein der geplante Riesensee würde hunderte von Existenzen vernichten", sagen die Bauern. „Ein ganzer Ortsteil würde vernichtet, die Landschaft kaputtgehen, Wertminderung würde eintreten." „Wenn dieser See kommt, dann können wir am besten gleich aussiedeln. Entschädigen wird uns keiner und die Gefahr durch den Deich ist riesig. Wenn das Ding bricht, steht alles unter Wasser. Auch der Deich am Elbeseitenkanal sollte sicher sein."

Was mit den Seen wirklich bezweckt ist, hat die Bourgeoisie am 23.12. in der „Neuen Osnabrücker Zeitung" herausgelassen: Im Landkreis Emsland sollen zusätzlich zu den schon betriebenen Kraftwerken in Lingen (1105 Megawatt) und Meppen (600 Megawatt) vier weitere Kraftwerksblöcke mit einer Gesamtleistung von 5200 Megawatt errichtet werden. Schon am 17.12. hatte in der „Meppener Tagespost" gestanden: „Daß die Kraftwerke der Zukunft nicht mit Erdgas, (wie das Kraftwerk Meppen-Hünteln, d.Red.) sondern mit Kernenergie betrieben werden müssen, dürfte jedem realistisch denkenden Menschen einleuchten."

Investitionen von acht Milliarden DM und 700 zusätzliche Arbeitsplätze, das sind die Versprechen der Bourgeoisie. Am 20.12. hat der Gemeinderat das Projekt der Errichtung der Seen einstimmig abgelehnt. Die Bauern sind entschlossen zu kämpfen. Auf ihrer Versammlung hatten sie unter großem Beifall festgestellt: „Wollen wir den See verhindern, müssen wir mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln dagegen vorgehen, wie die Leute, die gegen Atomkraftwerke kämpfen." – (Bezirk Osnabrück/Emsland/N-Red.)

## Steuerausplünderung der Bauern – neuer Dreh zum 1. Januar

Heftig arbeitet die von der Bundesregierung eingerichtete Bauernbesteuerungskommission gegenwärtig daran, „die Unterbesteuerung" der Bauern aufzuheben. Die gesetzlichen Grundlagen für die Einkommenssteuer sollen reformiert werden. Wir haben in der letzten KVZ darüber berichtet. Was die Bourgeois-Ideologen mit „Unterbesteuerung" frech umschreiben, hat uns ein Bauer geschildert.

Sein Hauptbetriebszweig ist die Schweinemast. 1000 Schweine im Jahr werden gemästet. Daneben baut er auf 30 Hektar Getreide und Zuckerrüben an. 4624,65 DM hat er dieses Jahr an direkten Steuern zu zahlen, also monatlich fast 400 DM. Grundsteuer: 1720 DM, Lastenausgleich: 454,65 DM und 2450 DM Einkommenssteuer.

Dazu kommt noch die Mehrwertsteuer. Sie ist in verschiedenen Sätzen aufgeteilt. 11% zahlt der Bauer beim *Einkauf* landwirtschaftsfremder Produkte, z.B. Maschinen. Für Futtermittel z.B. erhält er jedoch einen ermäßigten Steuersatz von 5,5%.

Für den *Verkauf* gilt eine sogenannte Vorsteuerpauschale von 6%, hinzu kommen 2% Aufwertungsausgleich, wobei diese wiederum zeitlich begrenzt ist, d.h. jährlich um 0,5% gekürzt wird.

Die Kompliziertheit hat System. Die Mehrwertsteuer so eingekleidet in den Verkaufspreis und aufgeteilt in je verschiedene Sätze, hofft die bürgerliche Klasse ihr Steuererhöhungsmanöver zum Januar ungestört durchführen zu können.

Bekanntlich wird die Mehrwertsteuer erhöht. Um 1% auf 12%. Bei Futtermitteln, Ferkeln ect. entsprechend von 5,5 auf 6%.

Die Einkaufspreise steigen also. Nur beim *Verkauf* seiner Produkte ändert sich für den Bauern nichts. Warum? Vorsteuerpauschale erhöht von 6 auf 6,5%, Aufwertungsausgleich reduziert von 2% auf 1,5%, macht zusammen 8%. Wie heißt es so schön? „Die Mehrwertsteuer voll an den Endverbraucher weitergeben". Pustekuchen. Elegant nutzt die Bourgeoisie die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu zusätzlicher Plünderung.

Geht man von den Mengen und Preisen des Wirtschaftsjahres 76/77 aus, ergibt sich: Bei 2919 Doppelzentnern (dz) Futtermittel, Mehrausgaben von 734,41 DM und bei 1041 eingekauften Ferkeln 529,64 DM. 1264,05 DM, also fast einen ganzen Monatsverdienst wird so dem Bauern vom bürgerlichen Staat abgepreßt. Dies ergibt sich allein aus der Berechnung für die Schweinemast. Der Ackerbau ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Für diese Art von „Steuergerechtigkeit" hat sich die bürgerliche Klasse schon immer begeistern können. Sie wird die Auspressung der kleinen und mittleren Bauern so lang betreiben, bis sie gewaltsam daran gehindert wird. – (N-Red.)

# Kampf gegen die Strafbarkeit der Abtreibung in den imperialistischen Ländern Westeuropas und den USA

In England, Frankreich, Italien, Holland und den USA haben in den letzten Jahren heftige Kämpfe gegen dieses Strafgesetz stattgefunden. Die Bourgeoisie taktierte mit Gesetzesänderungen, um die Angriffe der Volksmassen abzufangen. Nirgendwo wurde der Paragraph ersatzlos gestrichen. Die Kämpfe müssen deshalb weitergehen und gehen auch weiter. Hier ein kurzer Überblick:

**England:** Seit 1968 gilt ein Gesetz, nach dem 2 Ärzte „in gutem Glauben" feststellen müssen, ob die Schwangerschaft ein Risiko für die Frau bedeutet oder das Kind mißgebildet sein könnte. Die Frauen, die eine Abtreibung nicht bezahlen können, werden zusätzlich gegängelt über den Zwang, einen Antrag auf Kostenerstattung beim Staatlichen Gesundheitsdienst zu stellen. Eine noch reaktionärere Regelung wollte der Abgeordnete James White 1975, der die Möglichkeit der Bezahlung der Abtreibung ganz abschaffen, für Ausländerinnen sie erst nach 2o-wöchigem Englandaufenthalt genehmigen, die Frist von 28 auf 20 Wochen verkürzen wollte und die Geheimhaltung der Namen von Denunzianten und die Kontrolle der Abtreibungskliniken forderte. Dieser Antrag scheiterte an der Massenbewegung, wie auch der erneute Versuch 1977 von Premierminister Callaghan und dem Abgeordneten Beyon mit ähnlicher Stoßrichtung. Am 14. Mai 1977 demonstrierten in London 10000 Gegner des Strafgesetzes.

**USA:** Fristenregelung seit 1973, die über Schikanen bei der Bezahlung der Kosten für die Abtreibung und eine nur beschränkte Zahl von Krankenhäusern, die Abtreibungen durchführen, weiter verschärft wird.




USA: Gebt Hyde nicht nach, verhindert mehr!

1976 wurde auf Antrag des Senators Hyde beschlossen, Abtreibungen nur noch zu bezahlen, wenn „das Leben der Frau gefährdet ist". Der Kampf gegen das Strafgesetz hat unter den Forderungen nach Bezahlung der Abtreibung einen neuen Aufschwung genommen.

**Italien:** Der erste Volksentscheid, der durch 600000 Unterschriften erzwungen worden war, konnte von der Bourgeoisie durch Auflösung des Parlaments und vorgezogene Wahlen abgebogen werden. Inzwischen wurde eine erneute Unterschriftensammlung erfolgreich abgeschlossen. Jetzt wollen Christdemokraten und Revisionisten von der Kommunistischen Partei Italiens auf der Linie des „historischen Kompromisses" mit einem Gesetzesentwurf, der eine Indikationsregelung sein wird, die Volksabstimmung wieder verhindern. Im Sommer haben in Rom 100000 Frauen gegen den Abtreibungsparagraphen demonstriert.




Italien: Freie Abtreibung; gratis Verhütungsmittel; laßt uns selber entscheiden, wann wir Mütter werden wollen!

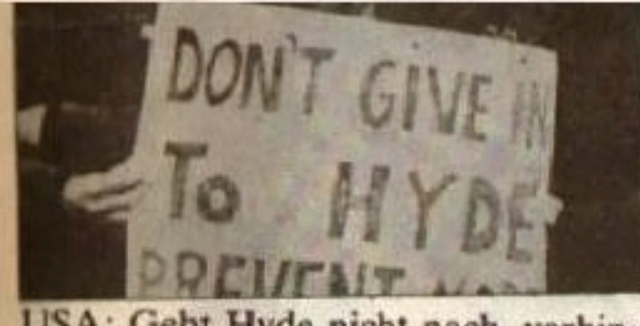
**Niederlande:** Obwohl Abtreibung grundsätzlich verboten ist, konnte die Bourgeoisie die Anwendung des Gesetzes gegenüber den Volksmassen nicht durchsetzen. Diese haben sich praktisch das Recht auf Abtreibung genommen. Seit Anfang dieses Jahres sucht die Regierung nach einem Weg, wieder zu einem anwendbaren Strafgesetz zu kommen. Damals wurde die Abtreibungsklinik Blumenhofe in Heemstede bei Amsterdam geschlossen, weil sie Abtreibungen auch noch nach dem dritten Monat durchführte. Nach telefonischer Auskunft des Justizministeriums in Den Haag möchte die neue Regierung in Kürze einen Gesetzesentwurf einbringen.

**Frankreich:** Hier gilt seit 1975 das „Gesetz Veil", eine Indikationsbestimmung mit Beratungsstellen und Gutachterzwang, ähnlich dem deutschen Zwangsgesetz. Die „Bewegung für die Freiheit der Abtreibung und der Verhütung" fordert „Kontrolle der Beratungsstellen durch die Arbeiter" und die ersatzlose Streichung der Strafbarkeit der Abtreibung.




Frankreich: „Bewegung für die Freiheit der Abtreibung und der Verhütung"

sie die Anwendung des Gesetzes gegenüber den Volksmassen nicht durchsetzen. Diese haben sich praktisch das Recht auf Abtreibung genommen. Seit Anfang dieses Jahres sucht die Regierung nach einem Weg, wieder zu einem anwendbaren Strafgesetz zu kommen. Damals wurde die Abtreibungsklinik Blumenhofe in Heemstede bei Amsterdam geschlossen, weil sie Abtreibungen auch noch nach dem dritten Monat durchführte. Nach telefonischer Auskunft des Ju-



USA: Gebt Hyde nicht nach, verhindert mehr!



Frankreich: „Bewegung für die Freiheit der Abtreibung und der Verhütung"

## Sklavenhändler

**Westberlin.** Eine Flut von asylbeantragenden Pakistani reist gegenwärtig über Westberlin nach Westdeutschland ein. Die Werbung der pakistanischen Arbeiter und Bauern geschieht von Westberlin aus. Die westdeutschen Kapitalisten entwikkeln einen schwungvollen Sklavenhandel um die billige Arbeitskraft. Völlig rechtlos sind diese Arbeiter. Kommen sie in Westberlin an, so werden sie, wie die „Berliner Abendschau" mitteilt, erst einmal geröngt. Die Arbeitsfähigkeit wird ermittelt. Untaugliche werden wieder abgeschoben. Die „Abendschau" am 12.12.: „Zum zweiten Mal wird der Senat morgen illegal eingewanderte Pakistani mit einer Chartermaschine zurücktransportieren" und „die Kosten .... trägt wiederum das Land Berlin." Am 20.12. meldete die „Berliner Morgenpost": „Polizist wollte einem Chef Pakistanerflüge abjagen." Der Chef heißt Polizeipräsident Hübner. Er wird monatlich mit über 8000 DM für diese Funktion geschmiert und hat mit „dem Europadirektor der Aeroamerica, Heinz Matthus, in einem persönlichen Telefongespräch die Flüge ausgehandelt".

Der Polizist ist Polizeihauptkommissar und an einem Reisebüro beteiligt. Er wollte auch ins Geschäft einsteigen. Jetzt hat er eine disziplinarische Untersuchung am Hals. Sein Chef wollte sich das Geschäft nicht kaputt machen lassen.

Der Sklavenhandel mit den pakistanischen Arbeitern ist eine der Maßnahmen, die Löhne ins Bodenlose zu senken und die Arbeiterklasse rechtlos zu halten. Das hohe Beamtenpack und die Kapitalisten werden schon an der Abwicklung der Anwerbung und des Abschiebens fett.

## Städtische Krankenanstalt Karlsruhe: Kampf gegen Notendruck

**Karlsruhe.** Der Kurs d4 der Krankenpflegeschule hat sich geschlossen geweigert, für eine Klausur in Ernährungslehre den neugebauten Klausurraum – mit Einzeltischen für Prüfungszwecke – zu benutzen. Nach einer 45minütigen Auseinandersetzung mit zwei Schulschwestern wurde durchgesetzt, daß die Arbeit nicht geschrieben wurde. Die Auseinandersetzung drehte sich hauptsächlich um den immer schärfer werden Notendruck. Sie wird im neuen Jahr weitergeführt.

## Weihnachtsfeier bei Westhoff-Kaffee: Mit Gott und drei Spanferkeln

**Bremen.** Etwa 50 Angestellte und Arbeiter arbeiten in dieser Kaffeefirma für einen Hungerlohn. Die ca. 12 Arbeiterinnen verdienen zwischen 6,15 DM bis 6,45 DM die Stunde unter üblen Bedingungen,

Weihnachtsfeier bei Westhoff-Kaffee: Mit Gott und drei Spanferkeln

Bremen. Etwa 50 Angestellte und Arbeiter arbeiten in dieser Kaffeefirma für einen Hungerlohn. Die ca. 12 Arbeiterinnen verdienen zwischen 6,15 DM bis 6,45 DM die Stunde unter üblen Bedingungen,
z.B. ist die Luft durch den Kaffee, der abgepackt wird, ziemlich trocken und heiß. Das geöffnete Fenster bringt wenig frische Luft rein.

Bisher gab es noch nie ein organisiertes Fest, welches vom Kapitalisten bezahlt wurde. Das erste fand am Freitag, den 16.12.77 statt. In Bussen fuhren wir nach Rotenburg an der Wümme. Dort angekommen, gingen wir in die Kirche, weil dort für uns ein extra Gottesdienst angesetzt war. Geistig behinderte Kinder standen um den Altar, der Pfaffe erschien und las aus der Bibel vor. Das ganze dauerte eine Stunde.

Wie die Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen und Verhältnisse den Kampf aufnehmen sollen, sagte der Pfaffe nicht. Stattdessen las er aus der Bibel, wie es damals Maria und Josef erging, daß sie nur wenig bekleidet waren und in dem Stall froren. Brot gabs wenig, aber durchgekommen sind sie doch.

Die Werktätigen sollen noch mehr Lohnverzicht üben, so schlecht geht es ihnen doch nicht. Tatsache ist aber, daß sich einige Arbeiterinnen mehrmals einen Vorschuß holen mußten, weil sie sonst die Miete, Strom usw. nicht zahlen konnten. Die Brotauflage ist eh schon gestrichen worden. So kam es vor, daß eine Arbeiterin sich keinen vernünftigen Brotaufstrich kaufen konnte und stattdessen Nutellabrot zur Arbeit mitbringen mußte.

Sinn und Zweck des Kirchenbesuches ist der gewesen, daß man sich über seine Gesundheit freuen soll und nicht über jede Krankheit, die man hat, seien es Kreislaufbeschwerden oder Herzschmerzen, klagen soll, denn den geistig behinderten Kindern geht es eh schlechter. Die Arbeiter wissen aber selber, woher ihre Krankheiten kommen, von den schlechten Arbeitsbedingungen.

Danach sollte empfunden werden, wenn der Kapitalist mal drei Spanferkel ausgibt, wie großzügig er ist.

Der Chef hielt während des Essens eine Rede, in der er erzählte, daß sie wieder durch 6 % gesunkene Kaffeepreise einen erhöhten Absatz haben. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn die kaffeeproduzierenden Länder ihre Rohkaffeepreise weiter senken würden. Die Rede war dann zuende. Alles war still! Wo blieb der Beifall? Da, auf einmal sprang der Betriebsratsvorsitzende auf und klatschte wie ein Wilder, die Arbeiter verdutzt, klatschten mit.

Ziel dieser Rede ist, die Arbeiter für den Konkurrenzkampf zu gewinnen. Da die kleineren Firmen innerhalb dieses Konkurrenzkampfes zunehmend unter Druck geraten, deshalb will Kaffee Westhoff die Produktion nach Westberlin verlegen. Um weiter Vorteile zu erringen, soll versucht werden, die Löhne weiter zu drücken.

Um die Arbeiter an die Umsiedlung nach Berlin zu erinnern – das ist für den Kapitalisten schon eine Kirchenfahrt mit drei Spanferkeln wert.

### 7,5%-Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes:

# Trotz schlau berechneter Spaltmöglichkeiten für die Bourgeoisie – er gestattet den Zusammenschluß der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten im Lohnkampf

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat am 20.12. seine Tarifforderung vorgeschlagen: 7,5%, Angleichung des Urlaubs und für Lehrlinge im ersten und zweiten Lehrjahr 70 DM, im dritten 60 DM und im vierten 50 DM, außerdem sollen auch die Lehrlinge unter 18 Jahren, die Zulage von 50 DM erhalten, die bisher nur die Lehrlinge über 18 gekriegt haben. Gemeinsam haben diese Forderung die Hauptvorstände der Deutschen Postgewerkschaft, der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf einer Konferenz vertreten. Daß die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst gemeinsam eine Forderung vertreten ist gut, das dient der Einheit, das will jeder.

Den Wunsch nach Einheit nutzen die Sozialdemokraten immer aus, wenn sie Spaltung im Sinn haben. Denn: Der Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes kann jetzt zwar von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst noch beraten werden und muß von der großen Tarifkommission auch erst noch beschlossen werden; aber es ist doch klar: durch die geschickte Plazierung seines „Diskussionsvorschlages" als Ergebnis der Einigungsbemühungen *aller* Gewerkschaften der öffentlichen Dienste hat der Kluncker sowohl die Mitglieder der ÖTV, als auch die große Tarifkommission auf einen Schlag ausgebootet.

Sowieso ist die Spaltwirkung dieses Vorschlags sehr schlau berechnet: Fünf Urlaubstage sind für die Arbeiter und Angestellten sehr interessant, 7,5% dagegen für die meisten von ihnen zu wenig Geld. Für viele Beamte, besonders aber die Lehrer, sind die 7,5% viel Geld, die fünf Urlaubstage aber weniger wichtig, sie haben im Moment noch die Ferien und sind darüberhinaus noch in hohen Gruppen. Für die Lehrlinge wiederum sind auch die 7,5% zuwenig und die Urlaubsforderung nutzt ihnen nichts. Gleich werden für einige Lehrlinge bis zu 120 DM in Aussicht gestellt, brauchen täten das Geld alle.

Scheinbar für jeden etwas, am Ende gibts dann wenig Urlaub, wenig Geld. Jeder für sich: die Arbeiter für mehr Urlaub, die Lehrer für 7,5%, die Lehrlinge für die 120 DM – rauskommen kann so für alle bloß *nichts*. Die Einheit, die die Sozialdemokraten in den Hauptvorständen vorderhand erstmal hergestellt haben, entpuppt sich als traurige Machenschaft.

In der vergangenen Lohnbewegung hatte der Frister vom GEW-Hauptvorstand auf Prozentforderungen gegen 170 DM Festgeld bestanden und versucht die Lehrer gegen die Arbeiter und Angestellten ins Feld zu hetzen. In der jetzigen Lohnbewegung will er die Lehrer gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten marschieren lassen. Das macht stutzig. Man schaut, was das mit der 7,5% Forderung für die Lehrer auf sich hat. Der Großteil der Lehrer wird nach A 12 und 13 entlohnt. Der Nettoertrag einer Lohnerhöhung für einen Lehrer in Steuerklasse III bei 7,5% liegt bei 140 bis 150 DM, bei einer Festgeldforderung von 220 DM würden für die Lehrer auch 140 bis 150 DM herausspringen; außer Acht gelassen, daß auch für Lehrer nichts „springen" wird, wenn die Lohnbewegung so gespalten wird, wie das Frister plant.

So hofft die Bourgeoisie einen größeren Block der Beschäftigten abzuspalten, von den Arbeitern und kleinen Beamten. Zugleich zieht die Bourgeoisie ihr Kalkül, daß sie sich mit den Lehrern bei einem Streik im öffentlichen Dienst unter Berufung auf das Beamtenrecht, in die Lage versetzt, die Streikfront aufzubrechen.

„Bewußt haben die Gewerkschaften zum ersten Mal auf einen Festbetrag verzichtet, Kluncker erklärte dies damit, daß kein ‚Nebenkriegsschauplatz' bei den Verhandlungen eröffnet werden solle. Die soziale Komponente liege in der Forderung nach Harmonisierung der Urlaubsdauer auf hohem Niveau" (Kölner Stadtanzeiger, 21.12.). „Verhandlungsbereitschaft signalisierte Kluncker auch mit der Äußerung im Februar lägen wahrscheinlich die ersten Abschlüsse aus dem Metallbereich vor, die dann in die Überlegungen einbezogen werden könnten." (Frankfurter Rundschau, 21.12.) und „die Friedenspflicht laufe im öffentlichen Dienst bis Ende Februar. Um keine ‚Geräuschkulisse' zu liefern, wolle er, Kluncker sich bis dahin nicht zu dieser Frage äußern, ob Arbeitskämpfe notwendig würden." (Münchner Merkur, 21.12.)

Auf den Spaltungsmöglichkeiten der Forderung kaut jetzt die ganze Bourgeoismeute mit wachsender Begeisterung herum: „Klunckers Hauptstoßrichtung gilt den günstigeren Urlaubsregelungen. Dafür wird er sich bei den Lohnprozenten etwas abhandeln lassen." (Hannoversche Allgemeine, 21.12.) „Die Bundesregierung legt nach den bekanntgewordenen ökonomischen Zahlen zugrunde, daß die Steigerung der Einkommen nicht über 5% liegen sollte." (FAZ, 21.12.) Klar, keine 7,5% sondern 4, keine 5 Tage Urlaub, sondern 2 und die nicht in diesem Jahr! Über die Forderung für die Lehrlinge braucht man nicht lange reden, die kriegen sie eh nicht. Also: schön durchdacht; erst Spaltung in den einzelnen Gruppen, jeder soll nur seinen halben Interessen folgen und dann wird man weitersehen.

Wer wird weiteroperieren? Man höre das DAG-Vorstandsmitglied H. Grotheguth: „. . . . er könne sich kaum vorstellen, daß seine Gewerkschaft mit ihrer Forderung über die 5% hinausgehen werde." (Welt 21.12.) Der DAG-Vorstand bereitet alles vor, die bei ihm organisierten Angestellten als Streikbrecherblock gegen die Vorbereitungen für den Streik der Arbeiter und Angestellten aufzubauen.

„Der Beamtenbund, der seine Forderungen erst am 10. Februar verkünden will, hat unterdessen wissen lassen, daß er die in den Etat eingesetzten Mittel für eine Anhebung der Besoldung um fünf bis sechs Prozent für nicht ausreichend halte." (FAZ, 21.12.) Nun – die „Höheren" der „Staatsdiener" plädieren sicher wieder auf eine einigermaßen hohe Prozentforderung, nur für Beamte selbstverständlich; für die Arbeiter und Angestellten waren es bisher immer mindestens ein Prozent weniger. Das hat den Vorzug, daß die Spaltung zwischen den kleinen Beamten und den oberen enorm vertieft, das Antreiberpack gut geschmiert wird. Sodann läßt sich der Beamtenbund vom Dienstherrn in der Lohnbewegung regelmäßig vorhalten: „Der Beamtenbund kann doch nicht im Ernst erwarten, daß die Beamten mehr bekommen als die Arbeiter und Angestellten." (Regierungssprecher Grünewald, März 1977) Sinn und Zweck der Übung des Beamtenbundes: Viel Schmiere für das Antreibergesindel, Isolierung der Arbeiterklasse und Verhinderung des Zusammenschlusses der Arbeiter und Angestellten mit den kleinen Beamten und zu guterletzt kann sich die Bundesregierung auch noch zum scheinbaren Interessenvertreter der Arbeiter aufschwingen.

Man muß trotzdem unterstreichen: Trotz der vielen Spaltungsmöglichkeiten durch die Forderung, gestattet sie jedoch auch den Zusammenschluß der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten. Wie das? Weil die Bourgeoisie auf jeden Fall unter 5%, am besten unter 4% abschließen will. Zeigt nicht die Grotheguthsche Prozentzahl 5% wohin es gehen soll?

Also nicht nach 7,5% durch 2 und die Hälfte drauf macht gleich 5,625, wie das die sozialdemokratische Tarifalgebra vorschreibt, sondern von 5 die Hälfte und die Hälfte drauf und das sind 3,75%; wem paßt das nicht! Immer noch 0,25% mehr als wie wissenschaftlich ausgerechnet worden ist!

Um die Differenz zwischen diesem Betrag und der Forderung des ÖTV-Hauptvorstandes ist Krach unvermeidlich und der Kampf braucht sich *dann* auch nicht auf den schmalen Spielraum dieser Differenz einschränken lassen. Voraussetzung dafür ist allerdings kein „Abwarten bis zum Abschluß in der Metall", keine „Einhaltung der Friedenspflicht", wie das die Sozialdemokratie sehnsuchtsvoll propagiert. – (Z-Red.)

## Auseinandersetzungen um den Streik und den Wiederaufbau der Streikfront der Studenten

**Braunschweig, PH.** Der Fachschaftsrat Kunst mit 20 Teilnehmern und der Fachschaftsrat Politik mit 4 Teilnehmern beschlossen: a.o. VDS-MV im Januar, keine Novellierung, sondern Streichung des HRG, und forderten Verhandlungen mit der Bundesregierung.

**Dortmund, Universität.** Die Vollversammlung der Universität Dortmund hat am 16.12. beschlossen, sich der Entschließung der VV der FU Berlin anzuschließen, in der die Wiederaufnahme des Streiks und eine außerordentliche MV der VDS bis spätestens Anfang Januar gefordert wird.

**Westberlin, HdK.** Die Studenten des Fachbereichs 4 der Hochschule der Künste haben auf einer Vollversammlung beschlossen, daß die VDS noch im Januar eine Mitgliederversammlung durchführen müssen zwecks Aufbau der bundesweiten Streikfront.

**Stuttgart.** Am 15.12. fand in Stuttgart eine Versammlung der ASten aus dem Großraum Stuttgart statt, um die Grundlagen (vor allem die rechtlichen) für ASten nach dem Landeshochschulgesetz zu klären. Anwesend waren Ickert und Tost. Der MSB trat für die Beibehaltung der alten Strukturen (Studentenparlament, AStA) ein, wobei die ASten möglichst auf einheitlicher Vereinsform und mit gleichem Namen an allen Hochschulen zu bilden seien. Man müsse jetzt auf die Novellierung des LHG auf der Grundlage der Novellierung des HRG hinarbeiten. Ickert (Basisgruppen) will AStA-Bildung mit „neuen, demokratischeren" Strukturen.

Ickert gab bekannt, daß eine VDS-MV Anfang des Jahres „unmöglich" sei und zwischen dem 21. und 28.2 stattfinden solle. Zu den Gesprächen zwischen VDS-Vertretern und Brandt und SPD-Spitze meinte Ickert, sie würden aus „Gründen der materiellen Sicherheit" geheimgehalten, weil „Bundesmittel für den VDS wieder im Gespräch" seien.

## PJ-Studenten bekämpfen Approbationsordnung

**Kiel.** In der Urabstimmung über den bundesweiten Streik Ende November ist an neun medizinischen Fachbereichen für Streik, an sechs dagegen abgestimmt worden. Fast überall war die Entscheidung hart umkämpft. Der erfolglos abgebrochene Streik der PJ-Studenten im Sommersemester hatte seine Wirkung hinterlassen. Die Opportunisten im Sekretariat der Fachtagung Medizin haben dann auch gleich „mangelnde Bewußtheit, Schlaffheit und Resignation" bei den Medizinstudenten konstatiert. Mit ihrem Rücktritt aus dem Sekretariat wollten sie das Ende des Kampfes signalisieren.

Die Bundesregierung hat sofort nachgestoßen. Jetzt liegt die Novelle zur Approbationsordnung für Ärzte auf dem Tisch des Bundesrates. Im Januar soll sie verabschiedet werden. Die praktisch unentgeltliche Aussaugung der Arbeitskraft der Medizinstudenten ist darin vorgesehen über die Ausweitung der unbezahlten Famulantentätigkeit. Die Pflichtstundenzahl soll verdoppelt werden und die Durchfallquote in den ärztlichen Vorprüfungen vom 16% auf 40% gesteigert.

„Keine Änderung der Approbationsordnung, keine Regelstudienzeit, weg mit den Studien- und Prüfungsverschärfungen, Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr." Diese Rufe schallten dem Ministerpräsidenten Stoltenberg am 15.12. in Kiel in den Ohren. 200 Studenten hatten sie auf einer Kundgebung vor dem Landeshaus erhoben und Stoltenberg aufgefordert, gegen die geplante Novelle zu stimmen. Die Kundgebung fand innerhalb der Bannmeile statt, angemeldet war sie auch nicht. Die Polizei hat sie nicht zerschlagen.

Die PJ-Studenten haben den Kampf nicht eingestellt, entgegen den Hoffnungen der Opportunisten. Ein zäher Kleinkrieg gegen die tägliche Schikane durch die Professoren hat sich in den Lehrveranstaltungen entwickelt. Im vierten klinischen Semester, im pathologischen Demonstrationskurs, ist die Anwesenheitskontrolle durch gemeinsames Ja-Rufen zu Fall gebracht worden, die Studenten des ersten klinischen Semesters sind trotz Drohungen des Professors geschlossen aus dem Kurs heraus zur Demonstration gezogen.

Die Lage der PJ-Studenten *ist* unerträglich. Die meisten sind verschuldet, Nachtwachen und anschließende Stationsdienste ruinieren die Arbeitskraft. Ohne Ausbildungs- und Tarifvertrag, ohne Anerkennung der Koalitionsrechte kann kein Schritt nach vorn gemacht werden.

Jetzt stehen die Beschäftigten der öffentlichen Dienste im Lohnkampf. An der Universitätsklinik kämpfen die Krankenpflegeschüler gegen die billige Ausnutzung ihrer Arbeitskraft und gegen ihre rechtlose Lage. Auf der Jugendversammlung am 15.12. haben sie den Verwaltungsdirektor aufgefordert, keine Umbesetzungen mehr vorzunehmen und die Schüler aus dem Stellenplan zu streichen. 200 DM mehr für alle im öffentlichen Dienst, Rücknahme der Lohnkürzungen und Angleichung aller Kurse an das dritte Ausbildungsjahr haben die Schüler gefordert. Warum sollen sich die PJ-Studenten nicht mit den Krankenpflegeschülern verbinden? – (N-Red.)

# An den Ratten wird erprobt, was in der Schule praktiziert werden soll

### Bürgerliche Lerntheorie – die imperialistische Wissenschaft ist verrottet und verkommen

**Göttingen.** Als Hauptzeugen der Anklage hatte die Bourgeoisie den Professor Bredenkamp aus Göttingen, 38 Jahre, in die Arena geschickt, um das Terrorurteil im Prozeß gegen 13 Studenten und den akademischen Rat Franz Dick durchzusetzen. Gefängnis und hohe Geldstrafen hat sie verhängt wegen „Nötigung und Hausfriedensbruch". Dennoch beklagt die „FAZ" aufgeregt, daß der Mann „gewissermaßen zum Angeklagten" gemacht worden sei, und mit ihm die „wissenschaftliche Psychologie und ihre Fachverteter". So war es auch. Die „FAZ" muß zugestehen, daß die Studentenbewegung im Angriff auf diese Wissenschaft auf der Linie des revolutionären Programms Fortschritte gemacht hat. Daß der Rauswurf des KBW-Mitglieds Franz Dick aus der Uni beschleunigt wird, das muß die „FAZ" jetzt vierspaltig fordern.

Das „Ansehen" ihrer Wissenschaft ist der Bourgeoisie wichtig, weil sie mit ihr ihre imperialistischen Pläne durchsetzen will. Bei der Forschung des Bredenkamp geht es ihr darum, mit der Rebellion der Arbeiterjugend fertig zu werden. „Immer mehr Verhaltensstörungen in der Schule" registrieren schon länger die bürgerlichen Wissenschaftler. „Gestört" wird die Erziehung zum willigen Lohnsklaven durch die Rebellion der Arbeiterjugend. Wie mit der Rebellion fertig werden? Die Methode von Zuckerbrot und Peitsche, wie der alte Schulmeister sie anwendet, ist zu hausbacken, sie muß verfeinert werden. Aber wie die Lehrer dazu bringen, diese Methode verfeinert anzuwenden? „Kein Problem", sagt die imperialistische Psychologie. „Man muß die Gesetzmäßigkeit kennen, nach der Lernen funktioniert. Wenn wir die beherrschen, dann können wir den Jugendlichen die richtigen Lernziele beibringen." Aus dem Studium von mehreren Festmetern Büchern und angestachelt durch hohe Professorengehälter wissen die Professoren, daß „der Mensch ein Organismus ist". Sie wählen den Umweg, bei nichtmenschlichen „Organismen" die fundamentalen Grundsätze zu erforschen.

Sie besinnen sich auf einen ihnen selbst entfernt artverwandten „Organismus". Auf die Ratte. Sie orientiert sich gewöhnlich im weitläufigen Abwassersystem oder in altem Gemäuer, wenn sie auf ihrer Futtersuche frei herumläuft. In ihrem Rattenkopf macht sie sich eine Art Bild von den Gegebenheiten, in denen sie sich Futter beschaffen kann. Sie lernt. „Ich will Lernen *rein* erforschen", sagt der Wissenschaftler. „Die Möglichkeit frei herumzulaufen und Futter zu finden, ist nur Störbedingung." Er nimmt die Ratte aus ihrer Umgebung weg, wo sie sich ihr Futter besorgen kann. Er setzt sie in einen Käfig. Da ist nichts außer einem Fußboden-Gitter, das unter Strom gesetzt werden kann. Und einem Hebel: wenn auf ihn gedrückt wird, dann kullert irgendwo Futter heraus. Er läßt die Ratte hungern. „Alle Störbedingungen sind ausgeschaltet, jetzt können wir Lernen *rein* studieren", gibt er triumphierend bekannt.

Z.B. in dem Experiment „Fluchttraining", über das Bredenkamp in seinem neuen Buch berichtet. „Das Fluchttraining eines Versuchstieres kann in einem Versuchskäfig mit zwei Abteilen demonstriert werden, ..." (Lernen und Gedächtnis, 1977 S. 52). Der Fußboden eines Abteils wird unter Strom gesetzt. Die Ratte „wird quiken, hochspringen, Urin und Kot ablassen usw." (S. 52). Sie läuft herum und wird dem Strom entkommen, indem sie einmal ins andere Abteil gelangt. Des „Lernens" ist aber jetzt nicht genug. Jetzt wird der andere Boden unter Strom gesetzt, und die Ratte muß wieder „lernen", ins erste Abteil zu laufen. Noch nicht genug. „Der Versuch kann beliebig fortgesetzt werden; die Zeiten, die das Tier benötigt, um in das „sichere" Abteil zu fliehen, werden immer kürzer werden, bis die Grenze physischer Leistungsfähigkeit erreicht ist." (S. 53)

Daß mal das Gitter A, mal das Gitter B unter Strom steht, ergibt wirklich keinen irgendwie gesetzmäßigen Sinn, höchstens den Sinn der Quälerei, der Ratte unberechenbare Stromstöße zu erteilen. Dafür, daß die Ratte hier noch Haltung bewahrt, das Vernünftige tut und rüberläuft, ist sie gewissermaßen noch zu bewundern.

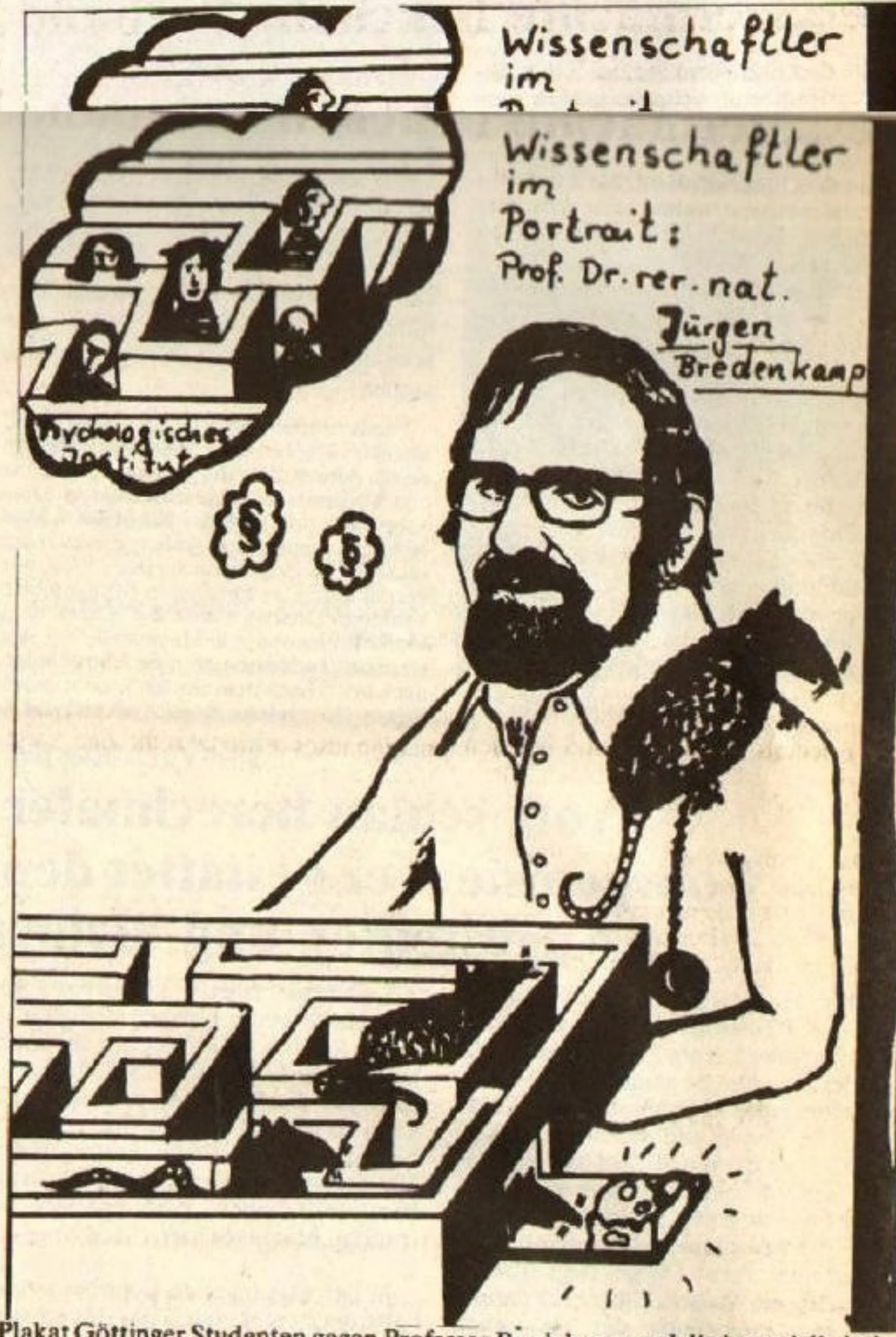
In anderen Experimenten der Art sieht das so aus: Daß sie sich Futter erwirbt, indem sie irgendeinen Hebel drückt; daß eine Taube sich Futter erwirbt, indem sie den Kopf in unsinniger Weise reckt usw. „So funktioniert Lernen!" sagt jetzt der Wissenschaftler. „Den Elektroschock nenne ich Bestrafung, oder, wissenschaftlicher, negative Verstärker. Das Futter nenne ich Belohnung oder positiven Verstärker. Ich habe das wichtigste Lerngesetz gefunden. Lernen funktioniert, indem Verhaltensweisen durch positive Verstärkung (Belohnung) hervorgebracht, und durch negative Verstärkung gelöscht werden. Das Lernen funktioniert nach Lohn und Strafe." Dieses Gesetz gilt für: „Goldfische, Mäuse, Ratten, Katzen, Hunde und Menschen" (Bredenkamp S. 50). Diese Art des Lernens wird „Operantes" oder „instrumentelles Konditionieren" genannt. Die Besonderheit dieses Lernens umschreibt Bredenkamp so: Bei diesem Lernen habe der „Organismus" ein „hohes Maß an Freiheit, das erwünschte Verhalten auszuüben oder es zu unterlassen" (S. 50).

Wo es in Wirklichkeit so ist, daß die Ratte genau die eine Möglichkeit hat, die ihr von dem Wissenschaftler vorgeschrieben ist. Die „Freiheit", die Bredenkamp meint, ist die Freiheit des Erpressten. „Alles lernen ist Erpreßtwerden und Erpreßtwerden ist die normalste Sache der Welt", das wäre eine reelle Kurzfassung dieser „Lerntheorie".

Es ist die Theorie von einem, der am Schalthebel zur Vorratskammer und zum Stromstoß sitzt, und dem dieser Sitzpunkt so selbstverständlich ist, daß er gar nicht darüber spricht. Es ist eine Theorie vom Standpunkt der Eigentümer an Produktions- und Lebensmittel, die die besitzlosen Arbeiter dazu erpressen, für ihren Profit zu arbeiten. Anwenden kann man sie nur unter Bedingungen, die dem Rattenkäfig ähnlich sind, nämlich, wo „die Zielpersonen (der Anwendung) nicht ausweichen können" (Psychologie heute 3/77). In „psychiatrischen Anstalten, Gefängnissen und Sonderschulen" (ebenda). Das wird „Verhaltenstherapie genannt." Was in solchen Anstalten den „Zielpersonen" schon alles weggenommen wurde, um es dann häppchenweise als „Verstärker" einsetzen zu können, geht aus einem Gerichtsurteil hervor. Eigens mußte festgestellt werden, „daß der Patient unter anderem ein Recht auf ein bequemes Bett, einen Schrank für persönliche Dinge, ein ernährungswissenschaftlich ausgeglichenes Essen und Besuche hat. Ebenso muß er seine eigenen Kleider tragen können." (ebenda)

Gegenwärtig ist die Bourgeoisie dabei, dieses Rezept unter dem Stichwort „Verhaltensmodifikation" in den Schulen anzuwenden, um daselbst „unerwünschte Verhaltensweisen" wegzutherapieren. „In der Praxis der pädagogischen Verhaltensmodifikation sind reine Extinktionstechniken (Auslöschen von „unerwünschten Verhalten") eine Ausnahme, da häufig der Verstärker nicht unter der alleinigen Kontrolle des Erziehers steht (z.B., wenn das Kind eine Tafel Schokolade von seiner mitleidigen Oma, die im Nachbarhaus wohnt, bekommt)." (Psychologie heute 12/76) Herbeigesehnt wird da eine Art Verhaltensinspektor, der gleich die ganze Nachbarschaft instruiert, damit „der Verstärker unter der alleinigen Kontrolle des Erziehers steht." Die bürgerliche Schule noch mehr den Straf- und psychiatrischen Zuchtanstalten anzugleichen, das ist die Empfehlung der bürgerlichen Wissenschaftler. Zu was anderem als verrotteten Unterdrükkungsmethoden ist die Bourgeoisie und ihr Professorenpack noch fähig? –

(GUV Südostniedersachsen)




Plakat Göttinger Studenten gegen Professor Bredekamp und die imperialistische Bourgeoisie

# Christliche Hoffnung

### ESG und KSG: Mit „Hoffnung auf Auferstehung" und „Orientierung an der Botschaft Jesu" der Bourgeoisie bei der Spaltung der Studentenbewegung zunutze

Mit „Suche nach neuen und glaubhaften Formen christlichen Lebens und christlichen Engagements sowie Aufarbeitung der eigenen Glaubenssituation" und „Parteinahme zu politischen und gesellschaftlichen Fragen in Orientierung an der Botschaft Jesu Christi" wollen die ESG und die KSG Münster die Studenten in ihrem gemeinsamen Programm einwickeln. Für die politische und ideologische Unterwerfung der Studenten, für die Verbreitung von Chauvinismus und christlich-nationaler Ideologie haben die Kirchen die evangelischen und katholischen Studentengemeinden eingerichtet; der Bourgeoisie und ihrem Staat sind sie zunutze. Nicht nur gegen die 2000 Studenten der katholischen Theologie in Münster, sondern gegen „alle christlichen Studenten".

Im Gegensatz zu den katholischen Studentenverbindungen, die die offene Reaktion der Bourgeoisie vertreten, herrschen in den evangelischen Studentengemeinden in den meisten Fällen Reformismus und Revisionismus vor. Als „neue und glaubhafte Formen christlichen Lebens" versuchen sie z.B. die „Theologie der Befreiung" zu verankern, die die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt als „Erfüllung wahren Christentums" ausgibt. Der Zusammenschluß der Völker für ihre sozialen und politischen Interessen, für nationale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit soll heruntergebracht werden auf die Frage, ob der Pfaffe X oder Y in einem Land den Bischofssessel besteigt und damit mehr oder weniger Fortschritt erreicht wird. Der Unterstützung der Imperialisten in ihrer Expansion gegen die Völker der Welt, z.B. durch Propagierung des „Katholischen Hilfswerks Adveniat" entspricht die Propagierung der Regierungsmaßnahmen im Inneren. Rechtzeitig zur Durchsetzung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes wird im „Theologenforum" der KSG ein Seminar unter dem Titel: „Erfahrungen mit Sterben und Tod – Hoffnung der Auferstehung" angeboten. Das ist nicht irgend ein Seminar, sondern ausdrücklich als „Hauptkurs" gekennzeichnet. Angesichts der „vielfältigen Erfahrungen mit Sterben und Tod" soll das „Verständnis von Auferstehungsglaube und christlicher Hoffnung" bedacht werden, „um so eine Sensibilisierung für die verschiedensten Leidens- und Todeserfahrungen zu versuchen". Auch der Referent ist nicht irgendeiner, sondern derjenige, der im Auftrag des Bischofs Tenhumberg im Bistum Münster die Krankenhausseelsorge ideologisch neu begründen und organisatorisch aufbauen soll.

Der saubere Prof. Hoffmann soll den Maßnahmen des imperialistischen Staatsapparates den gottgewollten Segen geben. Der Krankenhausbedarfsplan sieht für das Münsterland eine Reduzierung der Betten um 40% vor. Gleichzeitig soll ein Teil dieser Betten in neue Kliniken umgewandelt werden, die als reine Sterbekliniken errichtet werden und wo diejenigen Arbeiter und Angestellten, die länger als drei Monate krank sind und die Alten, die die Kapitalisten im Produktionsprozeß nicht mehr profitträchtig ausbeuten können, reingeschickt werden, um sie dort dahinsiechen zu lassen, indem man ihnen die notwendigen medizinischen Maßnahmen vorenthält. Mit dem Gerede von der Auferstehung und dem Leben im Himmel, das eh besser sei als das Beschissene hier auf Erden, soll der Widerstand gegen die Vernichtungspläne der Bourgeoisie unterdrückt werden.

Die Fachschaftsvertretung Katholische Theologie, identisch mit dem Gemeinderat der KSG, der dieses Seminar veranstaltet, tut mit ihrer Politik das ihre, um diese Maßnahmen zu propagieren, den Zusammenschluß der Studenten dagegen und für ihre Rechte zu sabotieren. Den Kampf gegen die Einführung von neuen Klausuren in einem Seminar verhinderte sie so, daß sie den betreffenden Professor als einen hinstellte, der doch eigentlich gar kein Reaktionär sei und den man demzufolge auch nicht anmachen dürfe. Auf allen Ebenen signalisieren sie den Professoren und dem Bischof „Gesprächsbereitschaft" und versuchen die Studenten auf die Linie der „friedlichen Koexistenz" mit diesen Unterdrückern zu bringen. Folgerichtig beschließen diese SPD- und DKP-Studenten, daß man HRG und LHG nicht zurückschlagen könne, man deshalb dagegen auch nicht streiken könne und seine Kräfte darauf verwenden solle, die Studenten „langfristig zu politisieren".

Propagierung der reaktionären Gesetzesmaßnahmen der Regierung und Sabotage des Kampfes der Studentenmassen – der christliche Pfad, den dieser Kirchennachwuchs gehen will, ist klar. Er führt direkt hinaus in die höheren Unterdrückerränge als Beamte und Pfaffen.

Der Kampf der Studenten dagegen entwickelt sich. Mehrere Studenten diskutieren die Gründung einer Institutsgruppe am Fachbereich Theologie, um die Vertretung ihrer Interessen in die eigenen Hände zu nehmen. – (KSB Münster)

# Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees vom 28.12. bis 31.12.

**Festzelt Campingplatz Blauer See, Hannover-Garbsen, Raststätte Hannover Garbsen**

Das Verwaltungsgericht Hannover hat den Klagesmarkt und auch den Schützenplatz für die Durchführung der Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees nicht genehmigt.

Verkehrstechnische Gründe spielen die entscheidende Rolle, so ist das Urteil des Verwaltungsgerichtes. Das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg, für brisante Urteile bekannt, hat diese Entscheidung noch am Freitag bestätigt.

Damit finden die Musiktage aber immer noch statt. Entschieden ist damit nur, daß wir nicht den ganzen Tag in Hannovers Innenstadt das Festzelt aufgeschlagen haben. Wir rechnen aber damit, daß die öffentlichen Proben am Nachmittag in der Innenstadt mit noch größerem Interesse verfolgt werden.

Alle Kraft hat die Bourgeoisie daran gesetzt, diese Musiktage zu verhindern. Bemühte sich das SRK Säle und auch Plätze anzumieten, hatte sich die Bourgeoisie darauf geeinigt, nicht rauszurücken. Entsprechende Instruktionen sind ausgegeben worden.

„Ganz abgesehen davon, daß die Mandantin (Stadt Ronnenberg bei Hannover) das auf ihrem Grundstück beabsichtigte Heerlager als störend empfinden würde»»»", schreibt Dr. jur. Heinz Berndt als Verteidiger für die Stadt Ronnenberg, die der wahre „Eigentümer" des Schützenplatzes bei Hannover ist. Einem Platz, den die Freiwillige Feuerwehr verwaltet und dem SRK für einen kleinen Unkostenbetrag zur Verfügung stellen wollte. Das Programm für die Musiktage stieß dabei auf Interesse. Dies war sowieso die allgemeine Lage in den vielen Verwaltungen in Hannover und Umgebung, die sich mit den Musiktagen auseinandersetzen mußten.

Die Aktionen in der Stadt in den Tagen während der Musiktage sind durch das Polizeipräsidium bestätigt worden, entsprechende Auflagen gemacht worden. Gleichzeitig hat die Stadt Hannover die Erlaubnis für die Spendensammlung für die ZANU nicht genehmigt. Wir haben die Kenntnisse, daß schon weit über hunderttausend für die ZANU gesammelt worden sind, wie will die Bourgeoisie diese Sammlung verbieten?

Auf jeden Fall wird sich die Bourgeoisie auf das „Heerlager" rüsten. Ernst Albrecht hat bereits in der letzten Woche seinen Bruder Georg Alexander Albrecht, Generalmusikdirektor der Niedersächsischen Staatsbühnen und Chef des Opernhauses befragt.

Der wird ihm aber auch nur berichtet haben können, daß sich die revolutionäre Musik nicht verbieten läßt, genausowenig wie die Revolutionäre selber.

Das muß Albrecht aber nach dem vielen Hin und Her wissen, aber findet sich damit nicht ab. Dies macht ihn gefährlich.

Unsere Taktik kennt er, seine werden wir kennen lernen. Ausgerüstet werden wir sein, mit viel Luft in den Lungen, mit Trommeln und Pfeifen und noch anderen Musikinstrumenten. Für die Unterkunft braucht man Schlafsäcke und Luftmatratzen. Verpflegung für die Musikzüge der Soldaten- und Reservistenkomitees wird im Festzelt eingenommen.

Sprecherrat Nord der Soldaten- und Reservistentage

# Besatzermächte heucheln Verbundenheit mit Westberliner Bevölkerung

Die drei Stadtkomandanten der alliierten Besatzerstreitkräfte in Westberlin haben Weihnachtsbotschaften an die Berliner Bevölkerung gerichtet. Deutlich geht aus diesen Botschaften das Streben der Imperialisten nach Welthegemonie hervor. So heißt es in der schwülstigen Botschaft des amerikanischen Stadtkomandanten Generalmajor McDounough: „Sie (die Bedeutung des Weihnachtsfestes, d.Red.) reflektiert das universale Ziel der Menschheit, Friede und Wohlgefallen auf Erden zu verwirklichen und Familien und Freunde zusammenzuführen." Und weiter unten: „Hier in dieser großartigen Stadt und in enger Verbindung mit den britischen und französischen Alliierten und der Bevölkerung Berlins, haben wir uns zusammengeschlossen, um für die Sache des Friedens einzutreten und uns den Grundsätzen zu widmen, den Menschen Wohlgefallen entgegenzubringen."

Das „universale", also weltumfassende, Ziel, den „Menschen Wohlgefallen" zu bringen, natürlich mit den Bajonetten und Panzern des US-Imperialismus, das ist der Inhalt dieser Botschaft.

Wie dieses „Wohlgefallen" aussieht, das in die Welt getragen werden soll, konnte man in Indochina sehen, wo Spielzeuggeschenke für Kinder mit Bomben präpariert wurden, um so den Widerstand des Volkes gegen die imperialistische Unterdrückung zu brechen. Die Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea haben diese Sorte „Wohlgefallen" nachdrücklich zurückgewiesen und den US-Imperialismus aus dem Lande gejagt.

In Westberlin nimmt der US-Besatzerstadtkommandant die beiden anderen westlichen Besatzungsmächte in die Bündnisverpflichtung für weitere imperialistische Abenteuer. Nicht umsonst steht diese Verbundenheit in seiner Botschaft vor der „Verbundenheit mit der Bevölkerung Berlins". Der Präsident des Westberliner Abgeordnetenhauses Lorenz reiht den westdeutschen Imperialismus in diesen Reigen ein und dankt den Stadtkommandanten für das „besondere Verständnis, daß sie unserem gemeinsamen Interesse gezeigt haben".

Das gemeinsame Interesse des Imperialisten besteht in der Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung und der Ausdehnung ihrer Herrschaft. Letztere muß durchgesetzt werden gegen den imperialistischen Rivalen Sowjetunion. Diese Rivalität läßt die Konkurrenz der westlichen Imperialisten in ihren strategischen Interessen vorübergehend in den Hintergrund treten. Gerade in den Weihnachtsbotschaften ist die gegenseitige Konkurrenz spürbar. Während Amerikaner und Briten davon sprechen, daß sie „zusammen" Berlin verteidigen, hebt der französische Stadtkommandant General d'Astorg das Interesse seiner Regierung hervor und will die Aufgaben der französischen Besatzertruppen „neben" denen der anderen verstanden wissen.

Mit der „Verbundenheit" mit den Arbeitern und Volksmassen in Westberlin sieht es dagegen noch anders aus. Sie haben keinerlei Interesse daran, daß diese Stadt als Brückenkopf für imperialistische Abenteuer genützt wird. Ihr Interesse besteht im Sturz der imperialistischen Herrschaft. Die Verbindung mit ihnen kann also keine Besatzermacht auf Grundlage wirklicher Interessen aufbauen, sondern die Besatzermächte müssen auf Betrug setzen.

zwar geheimer als gegenüber dem Sozialimperialismus. Diesem kann man

Das ist der Grund dafür, daß die militärischen Bewegungen der Besatzermächte in Westberlin vor der Öffentlichkeit geheimgehalten werden – und durch die militärische Präsenz und Stärke drohen, den Arbeitern nicht, sonst tritt die Besatzung deutlich hervor.

In der KVZ Nr. 51 haben wir gemeldet, daß die Besatzertruppen in Westberlin am 12./13./14. Dezember größere Militärmanöver durchgeführt haben. Die bürgerliche Presse hat diese Manöver gänzlich verschwiegen. Und auch auf Anfragen von Bewohnern aus Spandau, die durch nächtliches Panzergerassel aufgeschreckt wurden, nicht geantwortet.

Auf eine fernschriftliche Anfrage der Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung an die Königlich Britische Botschaft über Zweck, Ziel und Umfang des Manövers erhielten wir die schriftliche Antwort: „1. Die britische militärische Präsenz in Westberlin spiegelt die andauernde Verpflichtung Großbritaniens wider, die Freiheit und Lebensfähigkeit der westlichen Sektoren der Stadt aufrecht zu erhalten. 2. Es ist nicht üblich, Details über einzelne Übungen bekannt zu geben."

Die Königlich Britische Botschaft wollte auch nicht bestätigen, daß in den „Brokes Barracks" in Spandau die berüchtigte Luftlandeeinheit stationiert wurde, die in Belfast und Derry in Nordirland am Blutsonntag gegen das um seine Unabhängigkeit vom Britischen Imperialismus kämpfende Volk eingesetzt war. Diese Truppe hat Häuser- und Stadtkampferfahrung. Sie wird hier weiter speziell ausgebildet im Fassadenklettern, Abseilen an Häusern und im Tunnelkampf. Art, Erfahrung und Ausbildung der Truppe lassen darauf schließen, daß die Besatzer mit dem Widerstand der Bevölkerung rechnen, wenn es zu Kampfhandlungen in Berlin kommt. Die Besatzersoldaten, denen man nicht verheimlichen kann, daß hier der Ernstfall geprobt wird, versucht man mit 400 DM monatlich Frontzulage bei der Stange zu halten.

Die Bevölkerung dagegen soll mit Musikparaden, Volksfesten, Artistenveranstaltungen und Geschenken an Kinder über den Charakter der Besatzungsmächte getäuscht werden. Im letzten halben Jahr berichtete die „Berliner Morgenpost" allein über 21 solcher Veranstaltungen. Die letzte lautete: „Alliierte singen Weihnachtslieder in der Gedächtniskirche." Jedesmal wird herausgestellt, wieviel tausend Besucher an diesen Veranstaltungen teilgenommen haben, um die „Verbundenheit" zu demonstrieren. Wie es tatsächlich steht, beweist plastisch, daß zum Beispiel bei einer US-Luftfahrtausstellung auf dem Flughafen Tempelhof von 100000 Beuschern nur 5000 DM Spenden gesammelt werden konnten. Das sind 5 Pfennig pro Besucher. Warscheinlicher ist, daß das Geld von einigen reichen Säcken aus den Aufsichtsräten von Siemens oder Schering stammt, die zur Erhaltung ihres Privateigentums die Besatzer brauchen. Die Weihnachtsbotschaften der Stadtkommandanten können nicht verdecken, daß die Fassade von den „Schutzmächten" in Westberlin längst brüchig ist. – (Bezirk Westberlin)

# Kampf gegen die US-Truppenstationierung in Garlstedt

**Demonstration bei Grundsteinlegung/Bauern wehren sich gegen ihre Ruinierung**

**Garlstedt.** Als im Frühjahr '77 Verteidigungsminister Leber den ersten Spatenstich zum Bau des Kasernengeländes für 3800 US-Soldaten in Garlstedt tat, hatten sich bereits 50000 mit Unterschrift gegen die Stationierung der Besatzertruppen erklärt.

Die 4./Panzergrenadierbataillon 322 aus der Kaserne Schwanewede mußte das Affentheater militärisch absichern. Mit scharfer Munition sollte die Straße gegen Demonstranten gesichert werden. 20 Soldaten hatten sich in einer Erklärung mit dem Kampf der Bevölkerung gegen die Truppenstationierung solidarisiert und erklärt, daß sie sich nicht gegen ihre eigenen Klassenbrüder einsetzen lassen. Leber mußte sich per Hubschrauber aufs Gelände fliegen lassen.

Die Ansiedlung der US-Truppen geht einher mit der rücksichtslosen Vernichtung landwirtschaftlicher Existenzen. 40 Bauern aus Garlstedt und Umgebung wurde Boden zu Schleuderpreisen abgerungen. Ca. ein Dutzend Bauern aus Buschhausen und Bartgen wurde von der Stadtverwaltung die Pacht gekündigt für hochwertiges Nutzland, weil dort die Söldnerbehausungen errichtet werden sollen.

Am 15./ 16. Oktober konnte man unter der Überschrift: „Werden US-Wohnungen termingerecht fertig" von „unerwarteten Schwierigkeiten um Grundstücke und Baupläne in Osterholz-Scharmbeck" lesen. Auf zwei Versammlungen des Kreisverbandes der Wasser- und Bodenverbände im Landkreis Cuxhaven sprachen sich die Bauern gegen die Stationierung aus. Versprochen worden war ihnen, die Abwässer aus der Kaserne ohne Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft im Kreis zu beseitigen. Geplant ist allerdings, den Dreck in die Aue zu leiten. Trotz Sammelbeckens mit Ölabschneider können dadurch Ölrückstände in den Garlstedter Dorfgraben fließen. Das Wasser kann dann nicht mehr zum Tränken des Viehs verwendet werden.

Verhandelt wird jetzt über einen Gleisanschluß für die Garlstedter Kaserne. Unter der Überschrift „Landwirte wehren sich gegen Militär-Bahn", mußte das „Osterholzer Kreisblatt" am 9.12.77 berichten, daß es den Gaunern im Planungsausschuß nicht gelungen ist, einen Beschluß dazu durchzuziehen. Allein die Tatsache, daß eine Kopie des Blattes mit der Trassenführung für den Landvolkverband verlangt wurde, genügte, sie dieses heiße Thema vertagen zu lassen. Ihre jüngste Planung, ein „US-Jugendzentrum", das sich bei näherem Hinsehen als Ladenzentrum mit Tennisplätzen erwies, mußten sie ebenfalls gleich vertagen, als das Vorhaben bekannt wurde. Die Öffentlichkeit scheuen sie wie der Teufel das Weihwasser. Bürgermeister Knudt gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß „nach der Landtagswahl im Herbst nächsten Jahres eine Partei so stark wird, daß die Öffentlichkeit der Ratsausschüsse wieder aufgehoben werden kann". (Osterholzer Kreisblatt vom 14.12.77) Im Bebauungsgebiet Garteler Weg hat sich eine Interessengemeinschaft gebildet gegen die Bebauung in diesem Gebiet. SPD-Vorsitzender Otte: „Wenn wir hier weniger bauen, müssen die Wohnungen woanders hin. Dann haben wir dort den Ärger." (Osterholzer Kreisblatt, 13.12.77)

Am 5.12. sahen sich Generalmajor Groves und seine Kumpanen bei der Grundsteinlegung für die ersten Wohnungen einem Demonstrationszug gegenüber. Am 7.12. konnte man daraufhin im „Kreisblatt" lesen: Ein „deutsch-amerikanischer Ausschuß" soll jetzt gebildet werden, zu zwei Dritteln bestehend aus Stadtverwaltung und Landkreis und aus vier „betroffenen Einwohnern". Ein wahrhaft lächerlicher Versuch, den Widerstand gegen die Stationierung in den Griff zu kriegen!

Unter dem Thema: „Die Stadt Osterholz-Scharmbeck informiert", verspritzten die Vorsitzenden aller bürgerlichen Parteien ihr ideologisches Gift: „Die Stadt Osterholz-Scharmbeck hat eine politisch-moralische Verpflichtung zur Aufnahme der amerikanischen Familien ... Die großen Probleme der kommenden Jahrzehnte – Bevölkerungszunahme in der Dritten Welt, die lebensbedrohende Zerstörung unserer Umwelt und die bevorstehende völlige Erschöpfung aller Rohstoffreserven – können nur in ganz engem Zusammenwirken der Industriestaaten der westlichen Welt bewältigt werden. Es ist noch viel zu wenig in das allgemeine Bewußtsein gerückt, daß es für das Überleben der Menschheit überhaupt 5 Minuten vor zwölf ist." ( Der Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck, 28.7.77)

Es ist tatsächlich fünf vor zwölf für die Herrschaft der Bourgeoisie. Der Kampf gegen die Truppenstationierung in Garlstedt ist Teil des Kampfes der westdeutschen Arbeiterklasse gegen die herrschende Klasse. – (Zelle Osterholz-Scharmbeck, Bezirk Bremen-Unterweser)

## Buhrufe, Pfiffe und Gelächter für 30-DM-„Erhöhung"

**Wesendorf, Hammersteinkaserne.** Am 19.12. hatte die Kompanieführung der 3. PzGrenBtl11 für alle Weihnachtsfeier befohlen. Zentrum der Veranstaltung war eine Rede von Hauptmann Ölerich, ein Resümee des auslaufenden Jahres. Ölerich führte voller Stolz aus, daß seinesgleichen 2480 Dienststunden im Schnitt aus den Soldaten gepreßt hatten. Tatsächlich sind es über 3000, das heißt mehr als 250 Stunden im Monat pro Soldat. 120 Disziplinarstrafen, mehr als je zuvor, hatte er verhängen müssen, einige Soldaten würden ihm Sorge bereiten.

Als er schließlich verkündete, daß um die 260000 DM für Wehrsold ausgegeben worden seien, erntete er Buhrufe, Pfiffe und Gelächter. Die 30 DM „Erhöhung" ab 1.1.78 führte er zur Besänftigung an. Die Antwort der Soldaten war die gleiche wie zuvor. Zum Schluß sangen die Soldaten das in der ganzen Bundeswehr bekannte Lied: „Wir haben die Schnauze voll, wir wollen nach Haus ... Den Mann mit der gelben Schnur (den Spieß, Red.), den hängen wir auf den Flur ..."

**Hardheim, Carl-Schurz-Kaserne.** Bisher acht Soldaten unterschrieben einen Brief an Minister Leber: „Ab 1.1.78 tritt die 1 DM-Wehrsolderhöhung für die Soldaten der Bundeswehr in Kraft. Bisher erhalten sie 165 bzw. 210 DM im Monat. Davon kann man unmöglich leben. Das zeigt folgendes Beispiel eines Soldaten aus der Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim:

Ausgaben für Essen und Trinken pro Tag:

Während der NATO-Pause:
1 Limo oder Cola ca. 1,20 DM
2 Brötchen 0,50 DM
Während der Mittagspause:
Süßigkeiten ca. 1,20 DM
1 Limo 1,20 DM
Abends:
2–3 Bier 2,40 DM
1 Pommes Frites 1,20 DM
1Päckchen Zigaretten 3 DM
Macht insgesamt 10,70 DM

Bei 23 Tagen Dienst im Monat macht das runde 250 DM. Dazu kommen ca. 100 DM Benzingeld im Monat für die wöchentlichen Heimfahrten. Die Ausgaben für Kleidung, Haltung eines Fahrzeuges, Unterhaltung einer Wohnung usw. sind hierbei noch nicht aufgeführt, sie können unmöglich vom Wehrsold beglichen werden. Einmal in der Woche aus der Kaserne rausgehen, ein Bier trinken oder ins Kino, das ist schon Luxus.

Die Arbeiterklasse zahlt die ganze Armee, die wie ein riesiger Schmarotzer auf ihr lastet. Die Arbeiterfamilien sind es auch, die in den Geldbeutel greifen müssen, um ihre Söhne, die in der Armee dienen, einigermaßen über Wasser zu halten, wo es doch so ist, daß die Arbeiter zur Zeit selber einen schweren Lohnkampf führen müssen, um eine weitere Senkung des Reallohns zu verhindern.

(...) Durch die Erhöhung des Wehrsoldes erhalten die Wehrpflichtigen 30 DM mehr im Monat. Das ändert überhaupt nichts an ihrer Lage. 30 DM mehr – das ist ein Hohn, wir lassen uns aber nicht verhöhnen und fordern Sie, Herr Minister Leber, auf, zu folgendem Stellung zu nehmen:

Im Lohnkampf tritt die Regierung mit den angestrebten 4,5% für den verschärften Lohnraub ein. Wir sehen nicht ein, daß die Arbeiterklasse die bürgerliche Armee weiterhin bezahlt und den geplanten Lohnraub hinnehmen soll, damit die westdeutschen Kapitalisten ihre Konkurrenten überflügeln können. Wir sehen nicht ein, warum die Soldaten sich durch den kümmerlichen Wehrsold noch länger unterdrücken lassen sollen, und unterstützen deshalb die Forderung nach Lohnfortzahlung für die Wehrpflichtigen! Rechnen Sie uns bitte einmal vor, wie man von 165 bzw. 210 DM und 30 DM mehr leben soll!

Wir fordern Sie auf, umfassend und umgehend zu unseren Forderungen Stellung zu nehmen!"

## Soldaten für 220 DM in der Tarifrunde

**Hildesheim.** Mackensen-Kaserne, 21.12.77. An den Vertrauensleutekörper der Blaupunkt GmbH, an den Vertrauensleutekörper der Bosch GmbH, an die IGM Ortsverwaltung Hildesheim und an die Zeitung „Metall": „Mit Interesse verfolgen wir Soldaten die Vorbereitungen für die Tarifauseinandersetzungen und unterstützen hiermit die Forderungen für 220 DM Festgeld. Wir werden kaserniert, damit wir nicht gemeinsam mit den Kollegen im Betrieb für unsere Forderungen eintreten. Um diese Spaltung aufzuheben, unterstützen wir euch und fordern euch auf, unsere gerechte Forderung nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht für Soldaten zu unterstützen." (Drei Soldaten)

## Soldaten unterstützen ZANU

**Hamburg.** Am 20.12.77 hat die Delegation der ZANU Hamburg besucht. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden Spenden von Soldaten aus Hamburger Kasernen übergeben: Von der 3./Panzerartillerie 75 wurden 10 DM übergeben, im gesamten Panzergrenadierbataillon 72 wurden bis zur Veranstaltung 65 DM gesammelt. In der Stammkompanie der Hochschule der Bundeswehr Hamburg wurden 11 Sätze Unterwäsche (oliv), 10 Sätze Unterwäsche (weiss) und etliche Paar Socken, fast alle neu, die die Reservisten für die Verfügungsbereitschaft aufbewahren mußten, der ZANU für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA gespendet.

## Die englischen Bäcker führten vier Tage lang einen Überstundenstreik durch

Ein Drittel des Lohns der Bäcker besteht aus Zuschläge für Nacht- und Schichtarbeit sowie Überstundenzahlung. Das erste Angebot der Kapitalisten sollte den Zwang zur Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit weiter ausbauen. Es sah eine 15-prozentige Lohnerhöhung vor, allerdings einschließlich Erhöhungen von Zuschlägen für Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit. Auf den Normalarbeitstag hätte dies Angebot 6 Prozent ausgemacht. Durch den Überstundenstreik haben die Bäcker einen höheren Abschluß durchgesetzt, der auf den Normalarbeitstag berechnet bei zehn Prozent liegt. – (Korrespondentenbericht London)

## Hoop, hoop – weg mit Joop!

**Niederlande.** Joop den Uyl und seine Sozialdemokraten der PvdA die Regierungssessel räumen, die sie gemeinsam mit dem Christdemokraten (CDA) innehatten. Für die niederländischen Imperialisten hat Ministerpräsident den Uyl nicht ausreichend funktioniert. „Die zur Verfügung stehenden Instrumente für ein besseres Funktionieren der Wirtschaft Hollands (müssen) mit mehr Kraft gehandhabt werden, als sich gegenwärtig abzeichnet." (Blick durch die Wirtschaft, 11.11.77) Lohnsenkung ist damit gemeint. Gestützt auf die reformistische Gewerkschaftsführung hatte den Uyl eine Inflationsklausel ausgehandelt, die vorsieht, daß die Löhne nicht mehr als die Preise steigen. Ab 1.1.77 verhängte die Regierung einen „Preisstopp", der damit einem Lohnstopp gleichkam. Die niederländische Arbeiterklasse schloß sich dagegen zusammen. Es kam zu großen Streiks im Februar '77. 27000 Arbeiter aller Branchen streikten 3 Wochen lang, der Rotterdamer Hafen lag zeitweise völlig still. 2,5% mehr Lohn wurde als „Teuerungsausgleich" für April bis Oktober angeboten. Das entsprach aber bei weitem nicht den gestiegenen Lebenshaltungskosten, die für 1976 mit 8,8% angegeben werden. Durch Ausdehnung der Streiks gelang es den Arbeitern, mehr als diesen „Teuerungsausgleich" durchzusetzen, den Lohnstopp zu durchbrechen. Es ist den Uyl nicht gelungen, den Anstieg der Lohnstückkosten ausreichend zu drücken (von 12% 1974 auf 7,5% 1976). Geplant haben die Sozialdemokraten: Ab 1.1.78 soll die Inflationsklausel der Tarifverträge dahingehend geändert werden, daß die Löhne in Zukunft nur noch um 80% der Preissteigerungsrate angehoben werden. Ab 1.4.78 soll den Kapitalisten ein Investitionsfonds von 15 Mrd. Gulden für 5 Jahre zur Verfügung stehen. Die Mehrwertsteuer wurde zu dem Zweck bereits im Oktober '76 von 16 auf 18% erhöht, Strom und Gaspreise sollen zum 1.4.78 erhöht werden. Angesichts jedoch der Tatsache, daß den Uyl bereits in den Lohnkämpfen 1977 eine ausreichende Lohnsenkung nicht durchsetzen konnte, mußte jetzt eine „kraftvollere" Regierung her. Der ehemalige Justizminister van Agt (CDA), Fabrikantensohn und Strafrechtsprofessor, soll die geplante Lohnsenkung gemeinsam mit den Rechtsliberalen durchsetzen. – (Z-Red)

## Kampf um die Fischereigründe in der EG, westdeutsche Imperialisten finden sich mit der 200-Meilenzone Islands nicht ab

Ende 1972 hat Island zum Schutz seiner Fischereibestände und nationalen Ressourcen die 200-Meilen-Zone vor Island errichtet. Die BRD-Imperialisten haben sie anerkennen müssen. Seit Anfang 1977 besteht das sogenannte „EG-Meer". Die Europäische Gemeinschaft hat damit nach außen gemeinsam die Errichtung einer Fischereizone erklärt. Die BRD trägt zu dem EG-Meer nur mit einem winzigen Anteil bei 1974 fingen britische Fischer etwa 1 259 t Fisch, fast doppelt soviel wie die französischen und fast dreimal soviel wie die westdeutschen. Im „EG-Meer" betragen die Fangergebnisse der BRD in der eigenen Zone nur 5,1 Prozent, in den Zonen der anderen EG-Mitglieder 27,1 Prozent und in den Zonen dritter Länder bis 200 Seemeilen 67,8 Prozent. Bis Ende 1977 laufen zwischen den BRD-Imperialisten und Island noch bilaterale Verträge. Schon jetzt stellen die BRD-Imperialisten hitzige Überlegungen an, wie sie Island in neue Verträge zwingen können, die alle zum Ziel haben, die 200-Meilen-Zone zu durchlöchern und mit den Schiffen der Fischereikapitalisten wieder einzudringen. Die BRD-Imperialisten schwärmen immer viel von der „vollständigen Fischfreiheit". Zügelloser Raubbau an den Fischbeständen ist damit gemeint. Wenn die Partner der EG jetzt in die Aushandlung der Fischfangquoten für 1978 einsteigen, dann ist die langfristige Wahrung des Fischbestandes ihre allerletzte Sorge. „Ja, alle wollen nach Island gehen, um Kabeljau zu fangen und fischen nach Verlangen, nach Island, nach Island weit", lehren die BRD-Imperialisten noch heute in den Schulbüchern. – (Z-Red)

# Die italienischen Arbeiter fordern den Generalstreik gegen das Regierungsprogramm

### Revisionisten wollen Regierungsbeteiligung/Streik für Polizeigewerkschaft

In der vorletzten Woche hat die italienische Regierung Andreotti ihr Wirtschaftsprogramm vorgelegt, zunächst den sie stützenden sechs Parteien, dann den Gewerkschaften. Kernpunkt ist die weitere Verwandlung von Lohngeldern in Kapital zur Ausbeutung von Lohnarbeit: 4000 Mrd. Lire (ca. 10 Mrd. DM) sind für „Investitionen" vorgesehen, 2700 Mrd. Lire (ca. 7 Mrd. DM) für Zuschüsse an die staatsmonopolistischen Unternehmen.

Lauthals schwärmen die Bourgeois von den Vorteilen der zu verschärfenden Steuerprogression bei der Plünderung des Lohns. Gleich jetzt soll die Zinsabgabe, die nur auf die Spargutbaben der Volksmassen erhoben wird, von 16 auf 18% erhöht werden, um die spärlichen Rücklagen der Arbeiter nicht nur auf dem Wege der Inflation in Eigentum der Banken zu überführen, sondern zusätzlich noch unverhüllt auf dem Wege der Plünderung. Neue Erhöhungen der Eisenbahn- und Stromtarife sind geplant. Die imperialistischen Gläubiger der italienischen Finanzbourgeoisie bestehen darauf, daß nach Ehrenbergschem Vorbild ein Raubzug auf die Versicherungskassen der Lohnabhängigen stattfinden muß. Die „Frankfurter Allgemeine" schreibt: „Mit den Gewerkschaften wird vor allem um Einsparungen bei den Ausgaben auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Sozialfürsorge gerungen werden müssen." (16.12) Schon im zurückliegenden Jahr sind die „Soziallasten", die in Italien zum ganz überwiegenden Teil von den Kapitalisten bezahlt werden müssen, „fiskalisiert". d.h. von der Staatskasse übernommen worden. So soll auch im nächsten Jahr verfahren werden. Für die Bourgeoisie ist das nur das Signal zur Streichung von Leistungen und Verschärfung der Steuerplünderung.

Daß flott ein Rentnermordprogramm westdeutscher Ausmaße auf die Beine gestellt wird, dafür gedenken die Imperialisten zu sorgen. Im Frühjahr hat sich die italienische Regierung gegenüber dem Internationalen Währungsfonds verpflichten müssen, das Haushaltsdefizit auf 14500 Mrd. Lire (36 Mrd. DM) zu begrenzen, höchstens 19000 Mrd. Lire hat der IWF inzwischen genehmigt. Jetzt hat Andreotti 24000 Mrd. Lire Defizit (60 Mrd DM) geplant. Der Ansatzpunkt für neue Erpressungen ist also da, und das „Handelsblatt" weiß schon die Mittel, ihn zu nutzen: Nach dem jetzt vorgelegten Finanzierungsplan sind 1978 4,8 Mrd. Dollar Schulden zurückzuzahlen, die nur durch neue Kreditaufnahmen gedeckt werden können. Deshalb „braucht das Land dringend das Einverständnis des Weltwährungsfonds zu dem neuen Haushaltsentwurf. Unter diesen Umständen muß Andreotti an den Opfern festhalten, welche die Gewerkschaften jetzt ablehnen." (19.12.)

Sie mußten ablehnen, weil die Arbeiter Kampf gegen das Ausplünderungs- und Unterdrückungsprogramm der Regierung fordern. Gegen den Willen der Revisionisten hatten die Metallarbeiter den nationalen Streik und die Demonstration der 200.000 vor einigen Wochen in Rom durchgesetzt. Immer lauter ist in den letzten Wochen in allen Branchen der Ruf nach dem Generalstreik geworden. Unter den Schlägen der Arbeiter ist die




Regierung Andreotti in die Krise geraten. Die Revisionisten wollen die Gelegenheit nutzen, sich dadurch endlich in die ersehnten Ministersessel katapultieren zu lassen. Zu dem Zweck verkehren sie die Forderungen und Interesssen der Arbeiterbewegung ins gerade Gegenteil. Das Wirtschaftsprogramm lehnten sie mit der Begründung ab, den Kapitalisten müsse noch mehr aus der Staatskasse zugeschustert werden, für „Investitionen" und „Beschäftigung".

Kaum hatten die Gewerkschaften Andreottis Wirtschaftsprogramm abgelehnt, griffen die Parteirevisionisten das vereinbarte Stichwort auf. Wenn die Gewerkschaften sich gegen die Regierung stellten, könnte sie nicht gehalten werden. Sofort muß eine „Notstandsregierung" her unter Beteiligung der PCI. Für Januar ließen die Gewerkschaftsrevisionisten von der Leitung der Föderation der Gewerkschaftsbünde einen Generalstreik beschließen. Erst für Januar und zu unbestimmten Termin, damit sie Zeit für ihre Manöver haben und den Streik gegen Ministergehälter verkaufen können.

Unter den Bourgeois gibt es großen Streit, ob man dem Drängen der Revisionisten, die von den Sozialisten und Republikanern unterstützt werden, jetzt nachgeben soll. Allein die Drohung mit Generalstreik kann die Regierung ins Wanken bringen. Das haben die letzten Wochen gezeigt. Und noch sieht die Bourgeoisie keinen Weg, wie sie ohne die Revisionisten die Arbeiterbewegung niederhalten kann.

Teile der italienischen Bourgeoisie versuchen, mit Hilfe der Pfaffen eine reaktionäre Mobilisierung auf die Beine zu bringen, um nicht auch auf längere Sicht auf die Revisionisten angewiesen zu sein. Die wachsende Enttäuschung besonders in der Jugend und in den Mittelklassen, die bei den letzten Wahlen in Scharen zu den Revisionisten übergegangen waren, soll auf reaktionäre Gleise gelenkt werden. Eine reaktionäre Jugendorganisation „Kommunion und Befreiung" ist aufgebaut worden. In den letzten Wochen haben an den Schulen Wahlen zu den Eltern-und Schülervertretungen stattgefunden. Die Pfaffentaktik ist nicht erfolglos geblieben. Nach dem bisherigen Stand der Auszählung haben die katholischen Listen bei den Eltern 53%, bei den Schülern immerhin 41% der Stimmen gewinnen können.

Zugleich hat die Bourgeoisie gesehen, daß die Revisionisten die Arbeiterbewegung nicht unter ihrer Fuchtel halten können. Gegen ihre eigene Absicht haben diese jetzt die Notwendigkeit des Generalstreiks eingestehen müssen und riskieren damit, daß die Arbeiterbewegung diesen Bewegungsraum nutzt zur weiteren Entfaltung ihrer Selbständigkeit und Einheit.

Um nichts anderes, als um die passende Taktik zur Durchsetzung des reaktionären Programms, das Andreotti vorgeschlagen hat, dreht sich der Streit unter den Bourgeoisparteien über einen eventuellen Sturz der Regierung und die Bildung eines „Notstandskabinetts". In jedem Fall soll die PCI verstärkt zur Spaltung eingesetzt werden, sei es durch einen dreijährigen „Sozialpakt", auf den sie der Christdemokrat Forlani ohne Regierungsbeteiligung verpflichten will, sei es mit der „Notstandsregierung", die die Revisionisten erzwingen wollen.

Während sich die Revisionisten angestrengt mühen, die Interessen der italienischen Arbeiterklasse und des Volkes an die einheimischen und fremden Finanzbourgeois zu verschachern, können sich die Imperialisten immer weniger auf ihren eigenen Staatsapparat verlassen. Obwohl dies durch Gesetz ausdrücklich verboten ist, haben kürzlich die Polizeibeamten eine Gewerkschaft gegründet und sich der Föderation der Gewerkschaftsbünde angeschlossen. 19 Millionen Lohnabhängige haben am letzten Dienstag mit einem einstündigen Demonstrationsstreik die Forderung nach vollem Koalitionsrecht für die Polizisten unterstützt. – (Z-Red)

# Dasein der britischen Besatzer in Nordirland zunehmend gefährdet

### Betty Williams: Kampf für „Frieden", lebt von Zinsen

Mit dem Friedensnobelpreis an Betty Williams und Mairead Corrigan hat die nordirische „Friedensbewegung" offiziell die Bestätigung der Imperialisten erhalten, daß sie erfolgreich gegen den Kampf des irischen Volkes um Unabhängigkeit und die Vertreibung der britischen Besatzer eingesetzt werden kann. Die beiden Frauen wollen die 300.000 DM behalten, „um ihre Arbeit fortsetzen zu können."

Der Einfluß, den die Bewegung vorübergehend erreicht hatte, beruhte vor allem auf ihrer scheinbaren Gegnerschaft gegenüber allen bürgerlichen Parteien. Spätestens mit der Verleihung des Friedensnobelpreises ist ihre Rolle als Agenten des britischen Imperialismus offenbar geworden. Weniger als 2000 Menschen waren auf ihrer Großkundgebung, mit der der Preis in Belfast gefeiert werden sollte. „Der Umfang der Unterstützung durch die Bevölkerung, den die Bewegung noch hat, ist zweifelhaft, und sie hat dort zweifellos nicht das Ansehen, dessen sie sich international erfreut", schreibt der „Guardian".

„Dort", das heißt, in ihrer Kolonie. Nordirland ist ein von fremden Truppen besetztes, von Imperialisten geplündertes und unterdrücktes Stück Irlands, für dessen Befreiung vom britischen Imperialismus Iren in aller Welt Opfer bringen. In New York stehen Sammelbüchsen für den Befreiungskampf in den Kneipen. In England sammeln irische Familien Geld ebenso wie in Australien. Die Entschlossenheit der Iren, ihr Land zu befreien, wird gespeist aus der ungeheuren Ausbeutung und brutalen Unterdrückung durch die britische Bourgeoisie. Die Arbeitslosigkeit beträgt in Nordirland je nach Region 13 bis 40%. Die Löhne sind so niedrig, daß Firmen in Nordirland als erste die 10-Prozent-Leitlinie der Labour-Regierung in London brachen, um die Auswanderung ihrer Facharbeiter zu verhindern. In allen Ortschaften patroullieren ständige bewaffnete britische Soldaten.

Gegen die Anwesenheit der Kolonialtruppen führen die Iren einen erbitterten Befreiungskampf. Keine Woche vergeht, ohne daß die britischen Zeitungen den Tod eines Soldaten in Irland melden oder eines Angehörigen des Ulster Defence Regiment (UDR) Diese Truppe besteht aus Freiwilligen, die in Nordirland leben und arbeiten und die reguläre Armee vom Straßenbild fernhalten sollen. Die Angehörigen der UDR erhalten für ihre militärische Ausbildung Sonderurlaub von ihren Kapitalisten, damit sie in England ein Bürgerkriegstraining absolvieren können. Selbst beim Manöver in England lassen sie sich nicht fotografieren aus Angst, in Irland eines der nächsten Ziele der Provisional IRA zu werden. Es nützt aber selten etwas, denn der Befreiungskampf gegen den britischen Imperialismus wird vom irischen Volk getragen, und die Mitgliedschaft im UDR bleibt nicht verborgen. Wo immer ein Auto mit einem Toten gefunden wird, stellt sich schnell heraus, daß das UDR wieder ein Mitglied verloren hat.

Bekannt ist, daß bei öffentlichen Ausschreibungen für Reparaturen an Wohnblocks, die den Gemeindeverwaltungen unterstehen, die großen Baufirmen keine Angebote mehr machen aus Angst vor Bombenanschlägen. Die Gemeinden sind gezwungen, Aufträge zu hohen Preisen zu vergeben, und es ist ein offenes Geheimnis, daß ein beträchtlicher Teil davon in den Kampffonds verschiedener Organisationen fließt. Hunderte von selbstständigen Taxifahrern, deren Preise unter denen der offiziellen Taxiunternehmen liegen, geben einen großen Teil ihrer Einkünfte an verschiedene irische Organisationen.

Die britische Regierung verschärft die militärische Besetzung des Landes, doch unter den Soldaten wächst der Unwille und die Wut über ihren Einsatz. Auf den Straßen sind sie auch in Gruppen ihres Lebens nicht sicher und werden von jedem als Besatzer behandelt. In den ländlichen Gegenden von South Armagh dürfen Soldaten von einem Truppenteil zum anderen nur im Hubschrauber reisen. Sobald ihr Dienst zu Ende ist, verschwinden sie in den Kasernen, wo sie nach eigenen Aussagen „wie gefangengehaltene Tiere" hausen. „Erkrankungen der Atemorgane und Depressionen sind weitverbreitet", schreiben selbst die bürgerlichen Zeitungen und berichten von Soldaten, die erklären: „Bevor ich den Horrortrip Nordirland noch einmal vier Monate mitmache, hau' ich ab von der Armee." Die britische Armee, ein nur aus Berufssoldaten bestehendes Söldnerheer, wird für ihre Söldnerdienste schlecht bezahlt. Viele Soldaten arbeiten in ihrer Freizeit in Halbtagsstellen. In Nordirland gibt es nur die Kaserne. Das bedeutet Schulden aufnehmen. Die Konservativen fürchten um die Zukunft der britischen Herrschaft über Nordirland und fordern eine Erhöhung des Soldes, um die „Moral der Truppe" zu retten.

Die Labour-Regierung versucht der Situation in ihrem Söldnerheer dadurch Herr zu werden, daß sie verstärkt Soldaten aus Überseeeinsätzen nach Nordirland, „ihrem zur Zeit einzigen Kriegsschauplatz" (Daily Telegraph) versetzt, etwa von der Rhein-Armee. Das hat die Unruhe nur vergrößert, denn da Nordirland „ein Teil Großbritanniens" ist, verlieren die Soldaten dort ihre Übersee-Zulage von 20 – 40 Pfund pro Monat.

So soll jetzt die Ordnung durch militärischen Drill hergestellt werden. Im November hat Callaghan den General und „Aufstandsspezialisten" Timothy Creasey zum neuen Oberbefehlshaber über Nordirland bestellt. Creasey hat seine Fähigkeiten 1972 – 1975 als Oberbefehlshaber der omanischen Truppen gegen den Befreiungskampf der Volksbefreiungsfront von Oman und Dhofar erworben. Das Vertrauen des internationalen Kapitals in die Fähigkeiten des britischen Imperialismus zur Unterdrückung fremder Völker soll wiederhergestellt werden. Am 21. Dezember ist Callaghan überraschend nach Belfast geflogen, um sich auf der Straße mit Weihnachtseinkäufern filmen zu lassen. Das soll Stärke zeigen.

Die Miltär- und Polizeioffensive der Londoner Regierung hat einige Folgen gehabt. Die meisten der mehreren hundert Belfaster Kneipen, die die Befreiungsbewegungen unterstützt haben, sind zwangsweise geschlossen worden. Entscheidende Fortschritte im seit Jahren dauernden Befreiungskampf gibt es gegenwärtig nicht. Die Bewegung ist planlos und ohne klares Konzept. Es gibt große Unterstützung durch die Arbeiter und die Volksmassen, aber keine proletarische Führung, die eine wirkungsvolle nationale Front aufbauen könnte. Trotz aller militärischen Maßnahmen läßt sich der Kampf des irischen Volkes für die Befreiung Nordirlands aber nicht ersticken. „Um die Wahrheit nicht zu verschweigen", schreibt der „Daily Telegraph", „die Schlacht von Ulster geht deutlich dem Ende ihres Anfangs entgegen, sie ist aber noch längst nicht zu Ende." – (Korrespondentenbericht Liverpool)

# Sozialimperialisten bauen ihre nördlichen und südlichen Militärbasen um Westeuropa aus

Der Ausbau seiner südlichen und nördlichen Militärbasen um Westeuropa ist Bestandteil der Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus. Die neuen Zaren in der Sowjetunion wollen die Bedingungen schaffen, um im raschen und erfolgreichen Zugriff auf Westeuropa sich die ökonomische Basis zur Erlangung der Weltherrschaft zu sichern. Dazu müssen sie sich in die Lage versetzen, die Verbindungslinien des imperialistischen Hauptkonkurrenten und Rivalen beim Kampf um die Weltherrschaft, der Supermacht USA, nach Westeuropa abzuschneiden oder zumindestens so zu behindern, daß Transport von Material und Menschen im strategischem Umfang nicht mehr möglich ist.

Die KVZ hat letzte Woche berichtet, daß die Sozialimperialisten Anfang Dezember ihre Mittelmeerflotte um 6 weitere Kriegsschiffe verstärkt haben. Ein weiterer Bestandteil der südlichen Militärbasen ist der Ausbau von Zentren zur Subversion und Infiltration auf der iberischen Halbinsel. Die Nachrichtenagentur Hsinhua berichtete, daß die sowjetische Botschaft in Madrid zu einer Spionagezentrale ausgebaut worden ist, zum Zwecke der Ausforschung der spanischen Armee und des Vordringens des US-imperialistischen Rivalen in Spanien. Des weiteren wird dieses Zentrum die Funktion haben, die Vorbereitung der Spaltung der revisionistischen „eurokommunistischen" KP Spaniens voranzutreiben. Der Ausbau solcher Spionagezentren über Botschaften ist schon von Portugal her bekannt.

Die nördlichen Militärbasen des Sozialimperialismus konzentrieren sich auf Marine-, Luft- und Landstützpunkte auf der Halbinsel Kola, an der Grenze zu Finnland und Norwegen sowie am Nördlichen Eismeer. Weiterhin bedeuten die ständigen Versuche der Sozialimperialisten, Finnland vollständig in ihren Machtbereich einzuverleiben, sich hier neue feste Basen zu schaffen.

Die Truppenkonzentration auf der Kola-Halbinsel ist ausgesprochen stark. Dort sind sowohl die Nordmeerflotte der Sowjetunion stationiert wie auch diverse Luft- und Landtruppen, bereit und vorbereitet, um dem USA-Imperialismus im Nordatlantik die Verbindungswege nach Europa abzuschneiden, gleichzeitig, um als Interventionstruppen die skandinavischen Länder, vor allem Norwegen und Dänemark, und die Ostseeausgänge zu besetzen und so die Verbindung zur Baltikumflotte und -armee herzustellen.

**Die Nordmeerflotte umfaßt die stärkste Flottenkonzentration der Sowjetunion**

Das Hauptquartier liegt in Severomorsk (Kola-Bucht), wo sich auch der Stab des Oberbefehlshabers der Nordmeerflotte befindet. Der Kola-Fjord ist eisfrei. Nächstwichtiger Stützpunkt ist Murmansk, Endpunkt der von Leningrad kommenden 1450 km langen Murmanbahn. Vier weitere Stützpunkte liegen an diesem Fjord sowie Archangelsk (Dwina-Mündung), das ein Zentrum sowjetischen Kriegsschiffbaus ist; über die Hälfte des Jahres ist dieser Hafen durch Eis blockiert. In Soverodvinsk befindet sich die Hauptwerft für die sowjetischen nuklear angetriebenen Unterseeboote in geheizten Werfthallen. Die Zusammenstellung dieser Versorgungsbasen macht die strategische Bedeutung dieser Kriegsanlangen deutlich. Nach Angaben bürgerlicher Militärzeitschriften befinden sich insgesamt mindestens 275 Überwasserkampfschiffe sowie 182 Unterseeboote in diesen Kriegshäfen. Darunter 8 Kreuzer, ca. 50 Zerstörer verschiedener Art, ebenso 50 Schnellboote, über 60 Minensuchboote. Dazu weiter diverse Hilfsschiffe, Landungsschiffe, Eisbrecher.

Die ganze Kola-Halbinsel wird ausgebaut zum Stützpunkt. Der Weißmeerkanal, der das Nordmeer über den Ladoga- und Onega-See mit Leningrad verbindet (nur wenn eisfrei, Juni bis Oktober) kann von Kriegschiffen bis zur Zerstörergröße benutzt werden. Stationiert sind auf der Halbinsel Marinefliegerverbände, ca. 400 Kampfflugzeuge und Hubschrauberstaffeln. Insgesamt sind 20 Flugplätze angelegt worden.

Die Kola-Halbinsel gehört zum Militärbezirk Leningrad, einem der bedeutendsten der Sowjetunion. Zu ihm gehören auch die Hauptbasen der Baltischen Rotbannerflotte (vgl. KVZ 46). Die Landstreitkräfte umfassen drei motorisierte Schützendivisionen, darüberhinaus 2 Panzerdivisionen in Leningrad, die 76. Luftlandedivision und eine Artilleriedivision. Des weiteren eine Luftwaffeneinheit mit Flugzeugen.

Auf der Kola-Halbinsel sind die von den Sozialimperialisten nach dem Vorbild der US-Marines aufgebauten Marineinfantrieeinheiten stationiert. Neben dieser Zusammenballung der militärischen Konzentration wird der Ausbau der Infrastruktur und der logistischen Einheiten verstärkt, also Pipelinebau, Radaranlagen, Kraftwerke usw. Mit dem Ausbau dieser Stützpunkte versuchen die Sozialimperialisten auch ihre Gebietsansprüche auf Spitzbergen und im Nordmeer gegenüber Norwegen durchzusetzen. Weiterhin dienen sie direkt zur Unterdrückung der Völker auf dem Baltikum und der sowjetischen Arbeiter und Bauern, denn Leningrad ist eines der großen Industriezentren der Sowjetunion.

Finnland versuchen die Sozialimperialisten fest als ihren Stützpunkt auszubauen. Das Land ist schon fest in ihr System der „internationalen Arbeitsteilung" integriert, es sind Verträge mit den Sozialimperialisten abgeschlossen worden, die Finnland einerseits vollständig von der Rohstoffzufuhr und Energiezufuhr aus der Sowjetunion abhängig machen, andererseits das Land zum großen Zulieferbetrieb von Metall- und Holzprodukten für an die Sowjetunion bindet. (KVZ 46/49) Auch militärisch versuchen die Sozialimperialisten Finnland unter ihre Kontrolle zu bekommen. Seit 1948 besteht zwischen Finnland und der Sowjetunion ein Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Beistandspakt, der von Finnland auf Grund der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges mit der damals noch revolutionären Sowjetunion unter Führung Stalins abgeschlossen wurde. Im Zweiten Weltkrieg hatte Finnland im Bündnis mit den deutschen Faschisten unter dem ehemaligen zaristischen General Freiherr von Mannerheim gegen die Sowjetunion Front gemacht. Im Vertrag von 1948 verpflichtet sich Finnland, nie mehr den deutschen Imperialisten finnisches Territorium als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu öffnen, weiterhin wird der Beistand im Falle deutscher Aggression durch die Sowjetunion zugesichert, wenn Finnland das wünscht. Dieser Vertrag, der „auf Gleichberechtigung beruht" (Stalin) wird heute von den neuen Zaren uminterpretiert. Dazu ist extra ein Buch erschienen, in dem die Sowjetunion erklärt, daß erstens sich die Lage geändert habe und man den Vertrag auf die Bedrohung der „Sicherheit" in Skandinavien und den Ostseeraum ausdehnen müsse und zweitens er schon bei einer Drohung zur Anwendung kommen müsse, also direkte militärische Zusammenarbeit Finnlands und der Sowjetunion. Indirekt wird hier die jederzeitige Intervention gefordert von seiten der Sowjetunion.

Einen deftigen Vorgeschmack, wie das aussehen wird, also die völlige Aussetzung der Souveränität Finnlands, hat Kossygin anläßlich des 60jährigen Bestehens der finnischen Unabhängigeit geliefert. Auf einem Treffen in Helsinki mit den skandinavischen Staatsoberhäuptern hat er diesen, besonders aber dem norwegischen Staatsoberhaupt die „Leviten" gelesen und versucht, ihre Souveränität anzugreifen. Dabei hat er NATO-Manöver, an denen auch BRD-imperialistische Truppen teilgenommen haben, zum Anlaß genommen, den Ländern zu drohen, sie würden „den Frieden gefährden". Die imperialistische Konkurrenz verschärft sich, der Ausbau der militärischen Basen um Westeuropa durch die Sowjetunion ist Ausdruck dies verschärften Kampfes insbesondere der beiden Supermächte um die Weltherrschaft. – (Z-Red.)

# Löhne und Preise in Ungarn: Ausbeutung und Plünderung im Interesse des Sozialimperialismus

In der Energieversorgung und vor allem beim Erdöl, das zu über 80% aus der Sowjetunion kommt, ist Ungarn vollständig von der sozialimperialistischen Supermacht abhängig. Mit rund 35% aller Importe ist die Sowjetunion der größte Importeur nach Ungarn. 1975 erhöhten die sowjetischen Sozialimperialisten unter anderem die Preise für Erdöl für die RGW-Staaten um 90%.

Dieser imperialistische Raubzug ist ein Glied einer ganzen Kette von Maßnahmen, mit der die Sozialimperialisten die von ihnen unterdrückten Völker und Staaten ausplündern. Die neue Bourgeoisie in Ungarn wie die andern Bourgeoisien Osteuropas antworten auf diese gewaltige Plünderei mit der verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse und zunehmender Plünderei auf dem Warenmarkt. Am 10. Januar 1977 trat eine Preiserhöhung für Obstkonserven, Marmelade und Obstsäfte von 20 bis 35%, von Gemüsekonserven um 17%, von Tiefkühlproduktion um 26% und von Kaffee um 30% in kraft. Diese Preiserhöhung war die vorläufig letzte einer ganzen Reihe von Preiserhöhungen von diesem Umfang, die die gleichzeitige schrittweise Preiserhöhung für Waren, die nicht der staatlichen Preiskontrolle unterliegen, ergänzen. Im August 1975 waren die Preise für Baumaterialien, für Möbel und Papierwaren sowie für Benzin, für Transporte, die Postgebühren, die Stadtreinigung u.a.m. zwischen 3,4% und 22% gestiegen. Im Dezember war der Zucker teurer geworden und im August 76 schließlich die Preise von Fleisch, Fleischprodukten und Fisch um 30 bis 33%.

Die ungarischen Betriebe, die gezwungen sind, die von den Sozialimperialisten gelieferten teueren Rohstoffe und Produktionsmittel zu kaufen, können deren Preise nur bezahlen, wenn diese Preise vom Staat „unterstützt" werden, der Staat also die Waren zu einem großen Teil selbst aus dem Haushalt bezahlt. Diese Haushaltsmittel hat der Staat zum Teil aus der direkten Besteuerung der arbeitenden Massen, und zum größeren Teil führt er sie aus den staatsmonopolistischen Betrieben ab, sie werden also direkt aus der Ausbeutung der ungarischen Arbeiter gewonnen. So führt die wachsende Ausplünderung durch die Sowjetunion direkt zur verschärften Ausbeutung der ungarischen Arbeiter. Die vor allem durch die Preistreiberei der Sozialimperialisten beschleunigte und vervielfältigte Teuerung ist Ursache dafür, daß in Ungarn der größte Teil der Waren aus staatlichen Mitteln subventioniert wird, vor allem die „Produzentenpreise", also die Preise, die die Unternehmen für Rohstoffe und Produktionsmittel bezahlen, dann aber auch die „Konsumentenpreise".

Diese Subventionierung dient der Bezahlung unmittelbar auf Kosten der arbeitenden Massen der teuren Waren, die die Sozialimperialisten, aber auch die anderen Imperialisten ins Land pumpen. Sie verbilligt die Waren, die Ungarn im Rahmen der „internationalen Arbeitsteilung" innerhalb des RGW in die Sowjetunion liefert und verbilligt auch die Exporte, die Ungarn im Rahmen dieser Arbeitsteilung an die westlichen Imperialisten liefert und vergrößert ihre Konkurrenzfähigkeit.

Die verstärkten Preistreibereien der Sowjetunion nach 1973 haben eine Anhebung der „Produzentenpreise" erzwungen, die 1976 6% betrug, ohne daß aber das System der Subventionierung aufgegeben wird. Auch bei den Konsumentenpreisen, auf die diese Preiserhöhungen abgewälzt werden, wird das Subventionssystem keineswegs abgeschafft. Es dient dazu, die Löhne niedrig zu halten und gleichzeitig die Massen in besonders wirksamer Weise durch die gezielte Teuerung wichtiger Konsum- und Lebensmittel zu plündern. Der Verbrauch der Obst- und Gemüsekonserven die Anfang 1977 für die ungarischen Massen verteuert wurden, war gestiegen, nachdem 1976 die Preise für frisches Obst und Gemüse gestiegen waren. Gleichzeitig sind diese Konserven eines der Produkte, die zu relativ niedrigen Preisen an die Sowjetunion und das übrige imperialistische Ausland geliefert werden.

Offiziell hält die ungarische Regierung am Ziel einer „relativen Stabilität der Verbraucherpreise" fest. Tatsächlich dient die Preispolitik der neuen Bourgeoisie „dem Einklang zwischen Inlands- und Importpreisen", d.h. der Abwälzung der imperialistischen Räubereien der Sowjetunion auf die arbeitenden Massen. 1976 stiegen die Nominallöhne in Ungarn nach offiziellen Angaben um 5,5% im Durchschnitt. Nach der gleichen Quelle stiegen die Verbraucherpreise um 5% durchschnittlich. Das bedeutete faktisch Lohnabbau für die Masse der Arbeitenden, für die die Lebensmittel ja vor allem teurer geworden waren.

Gegenwärtig ist das Hauptinteresse der ungarischen Bourgeoisie, die Spaltung der Arbeiter über das Lohnsystem voranzutreiben, um ihren Lohn zu senken und die Ausbeutung zu intensivieren. Dazu dient ein Anfang 1977 eingeführtes neues Lohnsystem.

Nach diesem System wird die Entlohnung gestaffelt nach 6 in sich weiter unterteilbaren „Qualifikationskriterien" vom „ungelernten Arbeiter" bis zum „hochqualifizierten Facharbeiter", worunter Antreiber und Meister fallen, und nach 4 „Kategorien der Arbeitsbedingungen", von „normalen Arbeitsbedingungen" bis zu solchen, die „besonders ungünstig sind und besondere Anstrengungen" erfordern. Ein ungelernter Arbeiter, der unter die normalen Arbeitsbedingungen fällt, verdient danach zwischen 6,3 und 11 Forint in der Stunde, wenn er unter Bedingungen der Kategorie Vier arbeitet, fast das Doppelte. Ein Arbeiter der sechsten Kategorie wird im Monatslohn bezahlt und verdient zwischen 4500 und 6500 Forint. 11 Forint entsprechen nach dem offiziellen Umrechnungskurs 1,28 DM.

Gleichzeitig wurde die Berechnungsweise des betrieblichen Lohnfonds mehr und mehr umgestellt: 1. werden die Prämien der Betriebsleitungen jetzt aus dem Lohnfonds bezahlt und nicht mehr wie bisher aus dem Beteiligungsfonds, aus dem normalerweise „Produktionsanreize" bezahlt werden. Sie können bis zu 50% des Gehalts eines Direktors ausmachen. 2. können die Betriebe selbständiger als bisher über den Lohnfonds verfügen, z.B. einerseits Entlassungen vornehmen und andererseits die Löhne für bestimmte Gruppen von Antreibern und Arbeiteraristokraten erhöhen. Nach Aussagen des Generaldirektors der ungarischen Handelskammer G. Biro ist es der ungarischen neuen Bourgeoisie zwischen 1970 und 1975 gelungen, „die Arbeitsproduktivität um 35% zu steigern". „Die dynamische Entwicklung und Ausgewogenheit der ungarischen Industrie fordert eine neue Produktionsstruktur, die den Marktbedürfnissen entspricht." Die „Marktbedürfnisse" werden bestimmt durch die Plünderei durch die sozialimperialistische Supermacht und durch die Gier der ungarischen Bourgeoisie nach Extraprofiten, die sie durch die Verschärfung der Ausbeutung und die Ausplünderung der Massen zu ergattern hofft. – (Korrespondentenbericht Wien)

## Griechenland wird EG angepaßt

„Griechenland bleibt auf Europakurs", stellte die „Süddeutsche Zeitung" am 30.11.77 fest, als der griechische Ministerpräsident Karamanlis nach den hohen Stimmenverlusten bei den Wahlen im November seine Regierungserklärung abgab. In seiner Regierungserklärung hat Karamanlis die Frage des EG-Beitrittes zum Schwerpunkt seiner Ausführungen zur Außenpolitik gemacht. Er sagte: „Unsere Zulassung zu dieser Gemeinschaft wird unsere demokratischen Institutionen stärken und Griechenlands wirtschaftliche und soziale Entwicklung beschleunigen. Sie wird den Lebensstandard des arbeitenden Volkes unseres Landes heben und insbesondere den der griechischen Bauern ... Griechenland wird mit den großen europäischen Ländern gleichgestellt, da es gleichberechtigt mit ihnen abstimmen wird." Tatsächlich soll der griechischen Regierung eine formale Gleichberechtigung innerhalb der EG gewährt werden, unter der Bedingung, daß sie das Land und seine natürlichen Reichtümer und vor allem seine Arbeitskräfte der Ausbeutung durch die Imperialisten ausliefert und diese Ausbeutung mit Hilfe der „gestärkten demokratischen Institutionen" aufrechterhält. Diese „soziale und wirtschaftliche Entwicklung" wird allein den Imperialisten und ihren Verbündeten in der griechischen Bourgeoisie zugutekommen.

In der Ausbeutung ihrer Arbeiterklasse hat die griechische Bourgeoisie seit der „Wiederherstellung der Demokratie" 1974 unter Karamanlis und dem Oberkommando des imperialistischen Kapitals bereits bedeutende Fortschritte gemacht. Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt am 12.7.77: „Die Investitionen im Industriebereich stagnieren bereits seit mehreren Jahren. 1975 und 1976 waren sie sogar rückläufig, und für 1977 ist nur mit einer minimalen Erhöhung zu rechnen ... Der Anteil der verarbeitenden Industrie am gesamten Sozialprodukt beträgt lediglich 20% ... dennoch hat die Industrieproduktion letztes Jahr dank enormer Kapazitätsreserven um 9,8% zugenommen, also doppelt so stark wie im Vorjahr."

Diese „Kapazitätsreserven" liegen in der griechischen Arbeiterklasse, deren Zahl durch das Bauernlegen und die von ihren Arbeitsplätzen in den imperialistschen Staaten in der imperialistischen Krise wieder stark zurückgetriebenen emigrierten Arbeiter. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie, im Handwerk und im Handel ist seit 1964 um rund 40% angewachsen. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen sind zwar angesichts der Ausweitung der industriellen Produktion auf rund 1% gesunken, aber die Imperialisten betrachten die hohe Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft (rund 37% der Beschäftigten) als ein lukratives Arbeitskräftepotential. Sie sprechen davon, daß man „die versteckte Arbeitslosigkeit" auf dem Lande beseitigen müsse.

Der Druck der industriellen Reservearmee wird in der Höhe der Löhne erkennbar: Der durchschnittliche Tageslohn für Männer betrug nach offiziellen Angaben 1976 23,93 DM, für Frauen 17,39 DM, die durchschnittlich geleistete Wochenarbeitszeit Ende 1975 42,7, in einzelnen Branchen bis zu 50 Stunden.

Die Ausbeutung der griechischen Arbeiterklasse zu solchen Bedingungen ist die Grundlage des industriellen „Booms" in Griechenland unter dem Kommando des imperialistischen Kapitals vor allem aus der EG und den USA. Der Export Griechenlands an Industrieprodukten, fast ausschließlich Güter der Leichtindustrie, der Textil- oder der Elektroindustrie, ist 1966 bis 1976 um 2053% gewachsen. Der größte Teil dieser preiswerten Produkte geht aus dem „Billiglohnland" Griechenland in die EG, ein wachsender Anteil geht in die arabischen Staaten (1975 16,9%). Griechenland bereitet sich durch die Überschwemmung dieser Märkte mit den billigen, aus der griechischen Arbeiterklasse herausgepreßten Waren auf das Ziel vor, im Auftrag der EG-Imperialisten „eine Brücke zwischen dem Westen und den Entwicklungsländern des Nahen Ostens und Afrikas zu sein." – (Z-Red.)

# Der Streik der Kohlebergarbeiter weitet sich aus

## Erbitterte Kämpfe gegen Streikbruch

180000 Arbeiter sind es jetzt, die in über 1000 Kohlegruben der USA im Streik stehen. Der Kampf nimmt große Härte an. Für die Kapitalisten und die Regierung Carter geht es um ihr Expansionsprogramm und auf der anderen Seite haben die Forderungen der Bergarbeitergewerkschaft UMW für die gesamte Arbeiterbewegung in den USA Bedeutung.

Seit dem Sommer sind zehntausende



Letzte Schicht vor dem Streik

von Bergarbeitern zum Teil monatelang in Streik getreten, um zu erzwingen, daß die Bergwerkskapitalisten wieder in voller Höhe ihre Beiträge zum Zusatzfonds zur Kranken- und Rentenversicherung, den sich die Arbeiter vor Jahren erkämpft haben, zahlen.

Kurzerhand hatten die Kapitalisten ihre Zahlungen an den Zusatzfonds zum großen Teil eingestellt, um (nach dem Vorbild des ENA-Abkommens in der Stahlindustrie) ein weitgehendes Streikverbot vor allem für die einzelnen örtlichen Lokale der Gewerkschaften zu erpressen. Erreicht haben sie das Gegenteil. Die Bewegung gegen diese brutalen Erpressungsversuche war so stark, daß die reformistischen Machthaber in der Gewerkschaftsführung die Forderungen der Arbeiter übernehmen mußten. Für die Arbeiter ist das Streikrecht eine unentbehrliche Waffe, damit sie sich gegen die dauernde Verschärfung der Arbeitshetze in den Gruben und gegen die gesundheitsschädlichen und lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen überall in den Kohlengruben zur Wehr setzen können. Zusätzlich zu dieser Auseinandersetzung geht es nun um einen neuen Lohntarifvertrag. Die Verhandlungen darüber sind gescheitert, und seit dem 6. Dezember bauen die Grubenarbeiter eine einheitliche breite Streikfront auf. Gefährlich aber ist dabei, daß es den Reformisten der UMW-Führung bislang gelungen ist, die Aufstellung einer klaren Forderung zu verhindern. Sie streben ganz offensichtlich an, sich an diesem Punkt hinter dem Rücken der Arbeiter mit den Kapitalisten handelseinig zu werden, um so hernach die ganze Streikbewegung zu zerschlagen.

Auf Seiten der Kapitalisten steht der Kern der Finanzbourgeoisie in der Schlacht, denn die Kohlengruben gehören zum größten Teil den Stahl- und Ölmonopolen. Sie wollen einen der kampferfahrensten Teile der US-amerikanischen Arbeiterklasse in die Knie zwingen, um hernach überall nachzusetzen. Daß dieser Kampf gerade in den Kohlegruben stattfindet, entspricht den Plänen der Finanzbourgeoisie und ihrer Regierung. Es geht um das Herzstück des Carterschen Energieprogramms. Wenn es nicht gelingt, die Kampfkraft der Arbeiter in den Kohlebergwerken zu brechen, ist das ganze Programm schon gestorben. Daher die schamlose Brutalität der Kapitalisten.

Die Kapitalisten konzentrieren ihre Anstrengungen darauf, die Produktion derjenigen Gruben, in denen sie die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter bisher verhindern konnten, am Laufen zu halten. Gelingt ihnen dies, so können sie – mit den Vorräten für 100 Tage, die sie seit Monaten angehäuft haben, zusammen – in Hinsicht Lieferfähigkeit auch einen langen Streik durchstehen, und sie haben einen tiefen Spaltungskeil in die Arbeiterklasse hineingetrieben.

Dementsprechend konzentrieren sich die streikenden Arbeiter darauf, diese Betriebe durch Kolonnen von Streikposten, die sie aufgestellt haben, zu schließen, und so den Arbeitern dieser Betriebe, die sich noch nicht organisieren konnten, den Anschluß an den Streik zu ermöglichen. Diese Kolonnen werden jetzt regelmäßig von hereingeflogenen Bürgerkriegstruppen überfallen.

Die bürgerliche Presse der USA fällt über die streikenden Bergarbeiter mit hämischem Spott über die Härte, die der Streik bedeutet, her. „Das Leben kann grausam sein – für 165000 Bergarbeiter wird es ein düsteres Weihnachtsfest werden", freut sich ein Schreiber im Wochenmagazin ‚Time', 19.12.77. Angesichts der Entschlossenheit der Arbeiter, ihren Kampf zum Sieg zu führen, schlägt der hämische Ton jedoch vielerorts schon in geifernden Haß um. Bericht im Chicago Tribune, 14.12.: „Polizei geht mit Tränengas gegen einen Mob von Bergarbeitern vor. (...) Staatspolizei in Aufruhrbekämpfungsausrüstung ging mit Gas gegen eine Gruppe von 400 Steine und Flaschen werfenden Kohlearbeitern vor, die vor einer der betroffenen Minen in West-Kentucky am Dienstag Streikposten standen. Truppenkommandeur Ron Thompson ... sagte, der Aufruhr habe begonnen, als sich eine Menge von Streikposten vor der Green Coal Co. Mine an der Fernstrasse 231 in Daviess County versammelte. Er sagte, die Polizei habe die Bergarbeiter aufgefordert, sich zu zerstreuen, die aber hätten sich auf einen Friedhof auf der gegenüberliegenden Straßenseite zurückgezogen. Die Polizei habe Tränengas benutzt, um den Auflauf zu zerschlagen. ‚Sie schrien Obszönitäten hinter passierenden Fahrzeugen sowie hinter Polizeioffizieren her und warfen Steine, Fla-

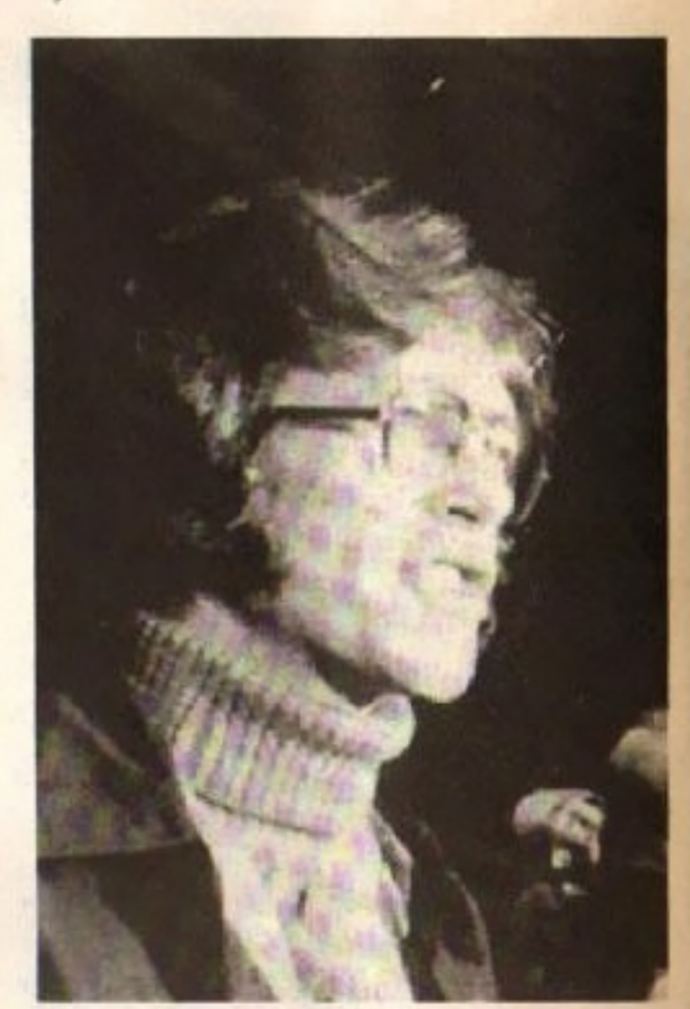


schen und Knüppel zurück', sagte er." Mehrere Bergarbeiter wurden später von der Polizei verhaftet. – Die Zeitung berichtet im Brustton der Empörung weiter, streikende Bergarbeiter hätten zahlreiche mit Kohle beladene Lastwagen angehalten und zum Abladen am Straßenrand gezwungen. „Die Bergarbeiter schlossen ebenso eine Reihe von Verladedocks und durchstachen die Reifen von ausfahrbereiten Fahrzeugen mit Kohle aus nicht-gewerkschaftlichen Gruben." – (Z-Red)

# „Sie benutzen Arbeiter gegen Arbeiter ... Aber die Arbeiter können das ändern!"

## Interview mit Joe Samargia, Präsident des Local 1938 in Virginia, Minnesota, der US-Stahlarbeitergewerkschaft (USWA)

Joe Samargia gab das Interview im Anschluß an eine Kundgebung der USWA-Lokale des Erzbergbaureviers von Nord-Minnesota in Hibbing am 17. Dezember. Wie berichtet, übergab auf der Kundgebung ein Genosse der Klöckner-Zelle des KBW 2800 Dollar (etwa 6000 DM), die zur Unterstützung des Streiks in Betrieben, Gewerkschaftsgruppen, Schulen und Hochschulen in der BRD gesammelt worden waren. Ebenso Übersetzungen der uns bis dahin bekanntgewordenen Unterstützungserklärungen (vgl. KVZ 51/77). Der Genosse hob in seinem Redebeitrag hervor, daß der großartige Streik der amerikanischen Erzbergarbeiter eine direkte Unterstützung für die Metall- und Stahlarbeiter in der BRD bedeute, die jetzt daran gehen, den Lohnkampf zu organisieren. Der starke Beifall, den dies auf der Kundgebung fand, ließ die US-Bourgeoisie erschreckt aufhorchen: Lokale Fernsehsender und Zeitungen berichteten und gaben den Redebeitrag des Genossen auszugsweise wieder.



Joe Samargia, 35 Jahre alt, Erzbergarbeiter in der dritten Generation, seit 15 Jahren auf der Minntac-Mine des größten Stahlkonzerns der USA, US Steel, ist vor anderthalb Jahren zum Präsidenten des USWA-Lokals in Virginia gewählt worden und war Sprecher und Führer der elf bis zuletzt im Streik befindlichen Lokale.

*Die erste Frage ist: kannst du uns eine summarische Einschätzung des Streiks und seines Ergebnisses geben? Was waren die Hauptforderungen, und was wurde erreicht?*

Nun, die Hauptforderungen waren: zunächst ein gewisser Betrag einer übertariflichen Lohnzahlung, wie sie die Stahlarbeiter bekommen, wir aber bisher nicht, und was das angeht, konnten wir erreichen, daß etwa 80 % der Leute jetzt einen Lohnzulage von 15 % bekommen, die ihnen im Durchschnitt etwa 75 Cents pro Stunde einbringt. Das einzige Problem dabei ist, daß das erst 1979 losgeht. Aus dem Grunde waren wir zuerst gegen dieses Angebot gewesen, aber na gut, da war nicht mehr herauszuholen. Aber was wir regeln konnten, waren eine ganze Reihe von Sicherheits- und Gesundheitsfragen, und Fragen der Beschäftigung älterer Arbeiter. Ich nehme an, ihr habt dieselben Probleme in euren Stahlbetrieben. (...) Die Mehrzahl dieser Fragen haben wir so regeln können, wie wir das wollten, und insofern war das für den durchschnittlichen Arbeiter, denke ich, ein guter Erfolg. Das war es nicht 100 %ig, aber das hat man nie.

*Vielleicht kannst du uns ein Beispiel einer solchen betrieblichen Forderung nennen, wo ihr jetzt etwas erreicht habt?*

Gut. Wir hatten eine Menge Probleme mit dem Staub, und daß die Jungs den Staub einatmen mußten. Das kam immer nur auf, wenn es so schlimm wurde, daß effektiv kein Mensch mehr in dem Betrieb arbeiten konnte. Wir haben jetzt endlich erreicht, daß eine feste Mannschaft von Instandhaltungsarbeitern da beschäftigt wird, die das Zeug unter Kontrolle halten. Oder die Frage der Beschäftigung älterer Arbeiter. Wir haben hier durchgesetzt, daß die älteren Männer jetzt das Recht haben, die günstigste Schicht und die günstigsten Arbeitsbedingungen zu erhalten, daß sie entscheiden können, auf welchen Arbeitsplatz sie kommen.

*Was ist der Unterschied zwischen dem jetzigen Ergebnis und demjenigen, das ihr vor drei Wochen abgelehnt habt?*

Ja, der erste Vorschlag einer übertariflichen Lohnzulage wurde wegen mehrer Punkte verworfen. Hauptsächlich war es deswegen, weil 75 % der Leute eine Lohnaufbesserung kriegen sollten, aber 25 % sollten Lohnkürzungen hinnehmen. Das haben wir glattweg abgelehnt. Das ist jetzt völlig raus. Zwar werden vielleicht 15 % der Leute im Effekt keine Lohnaufbesserung kriegen, aber jedenfalls werden sie keine Kürzungen haben. Und dann werden sie den 30 Cts-Bonus pro Stunde kriegen, den es bisher auch schon gab, aber nur, wenn man immer schön täglich zur Arbeit kam und ein guter Junge war für die Gesellschaft und so weiter. Diese ganzen Regelungen haben wir jetzt raus, so daß jetzt jeder sicher die 30 Cts pro Stunde kriegt.

*Wie habt ihr den Streik organisiert? Zum Beispiel: Wie wurden Entscheidungen getroffen, wie wurden die Streikposten organisiert, gab es Probleme mit Streikbrechern und wie habt ihr das zurückgeschlagen?*

Nun, die Organisation des Streiks kam aus der Zusammenarbeit der Komitees der einzelnen örtlichen Gewerkschaftslokale, die das koordinierten, so daß also die örtlichen Lokale gemeinsam in den Streik gingen. Die Fragen, die zur Entscheidung standen, wurden immer den gewöhnlichen Mitgliedern vorgelegt, die dann entschieden, ob der Streik fortgeführt wird oder nicht. Darüber wurde abgestimmt. Ich denke, daß ungefähr 80 % der Leute hier in den Gruben streiken *wollten*, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. (...) Als der Streik dann losging, hat jedes Lokal sein Vorgehen festgelegt, wie die Streikposten aufgestellt wurden. Da gibt es bei uns die Streikposten-Führer, die die Verantwortung haben für ihren Streikposten, die die Leute einteilen, die für den Streikpostendienst herauskommen usf. Was Streikbrecher angeht, hatten wir damit keine Probleme. Die Gesellschaften wußten, daß wir für eine solche Taktik zu stark waren: Nein, also in der Richtung gab es praktisch keine ernsthaften Versuche der Gesellschaften. (...)

*Ihr müßt viel Unterstützung von den Leuten hier im Revier gehabt haben, auch denen, die nicht in den Minen arbeiten ...*

Ja, man muß sich immer Gedanken um die öffentliche Meinung machen. Als wir den Streik begannen, war die öffentliche Meinung ganz auf unserer Seite, aber als der Streik sich hinzog, wurde die Öffentlichkeit etwas besorgt, die kleinen Geschäftsleute klagten, daß es sie beeinträchtigt. Aber dann haben wir die Stahl-Companies angegriffen und haben gezeigt, daß sie uns das geforderte Geld zahlen können, und wir haben die Profite nachgewiesen, die sie machen und was weiß ich alles, und haben die Zeitungen darüber informiert und so weiter, und so haben wir schließlich die öffentliche Unterstützung zurückgewonnen, und sie haben uns weiterhin unterstützt.
sie haben uns weiterhin unterstützt.




Mitglieder der Teamster- (Transportarbeiter-) Gewerkschaft auf der Kundgebung in Hibbing

*Wie hat euch die Führung eurer Gewerkschaft unterstützt?*

(...)Wir bekamen Streikgeld von der International* Union, und wenn du in einen Streik trittst, brauchst du sowas natürlich. Dann waren wir ja in einen Haufen gerichtliche Aktionen verwickelt während des Streiks. Die behaupteten ja, der Streik wäre illegal und so weiter, und die Gesellschaften versuchten uns durch Gerichtsbeschlüsse zu 10 Mio. Dollar in der Woche (Entschädigungszahlungen, Anm. d.Ü.) zu verurteilen, die wären nicht von den örtlichen Lokalen, sondern vom zentralen Gewerkschaftsfonds zu zahlen gewesen. Dagegen haben sie vor Gericht kräftig gestritten, aber natürlich, um ihren Schatz zu hüten.

Insgesamt finde ich nicht, daß die International alles getan hat, was sie hätte tun können, um uns zu unterstützen. Zu den Zeiten, wo wir sie am meisten brauchten, blieben sie stumm. Aber nicht, ob die International oder sonstwer dich unterstützt, ist entscheidend, sondern, ob die Leute hier wollen, und wenn hier die Unterstützung da ist, können wir immer vorankommen. (...) Aber natürlich ist es besser, wenn du die Unterstützung der ganzen Gewerkschaft hinter dir hast.

*Wir hörten, daß die Leute nur 30 Dollar Streikunterstützung bekamen. Andererseits heißt es, daß die Bergarbeitergewerkschaft ihren Mitgliedern 60 oder 70 Dollar die Woche Streikgeld zahlt. Wo kommt dieser Unterschied her?*

Nun, das kommt vom Unterschied der beiden Gewerkschaften selbst. Die Bergarbeiter haben eben ihre eigene Gewerkschaft, und wir sind mit in der Stahlarbeitergewerkschaft. Als wir den Streik anfingen, war das Streikgeld sogar nur 20 Dollar die Woche. Wir machten der Leitung den Vorschlag, das zu ändern und auf 40 Dollar zu erhöhen, aber die ganze Leitung war nicht dafür zu gewinnen, und schließlich gab es 30 Dollar. (...) Wir haben immer gesagt, es sollten auf jeden Fall wenigstens 50 Dollar sein. Es ist wirklich hart für einen, fünf Monate mit 30 Dollar in der Woche durchzustehen. Da muß einer schon ziemlich vorbereitet sein.

*Kannst du uns ein bißchen näher schildern, wie die Arbeiter mit dem wenigen Geld leben mußten? Wieviel bekamen sie an Sozialhilfe, z.B. Familien mit Kindern?*

Das erste, was wir taten, war, daß wir die Leute seit langem darauf vorbereiteten, daß, wenn die Gesellschaften ihre Haltung nicht änderten, es einen Streik geben würde, und daß jeder sich so gut wie möglich darauf vorbereiten sollte. Ich glaube, etliche haben sich vorbereitet, und gut vorbereitet. Nachdem der Streik begonnen hatte, und man Streikgeld bekam, konnte man außerdem noch von der Sozialfürsorge Lebensmittelmarken bekommen. Wieviel, wird davon abhängig gemacht, wieviel Einkommen du hast, wie hoch deine Rechnungen sind, du wirst völlig umgekrempelt, und als Durchschnittsmensch darfst du dann alle möglichen Dinge nicht haben, keinen zweiten Wagen oder sonstwas. Wenn du sowas hast, mußt du es erst verkaufen oder loswerden. Dann kriegst du also Lebensmittelmarken. Ich würde sagen, nur etwa 50 % der Leute waren anspruchsberechtigt. Von den Anspruchsberechtigten konnte ein

(Fortsetzung Seite 15)

(Fortsetzung von Seite 14)

Ehepaar mit Kindern vielleicht im Monat für 190 Dollar Lebensmittelmarken bekommen. Diese 50 Prozent der Leute, die in ernsten finanziellen Schwierigkeiten waren, konnten auch reguläre Sozialhilfe bekommen, ungefähr 250 Dollar im Monat, aber davon mußten sie dann wiederum Lebensmittelmarken kaufen. Die Bedingungen für öffentliche Wohlfahrtsunterstützung in den Vereinigten Staaten sind sehr streng, und es ist für Streikende sehr schwierig, daran zu kommen. Ich denke, das sollten sich alle arbeitenden Leute klarmachen. Statt die Bedingungen immer härter zu machen, nur damit irgendein angeblicher Mißbrauch verhindert wird, sollte solche Wohlfahrtsunterstützung für jeden verfügbar sein, wenn er's wirklich braucht. Ich habe 15 Jahre im Bergwerk gearbeitet und habe 15 Jahre lang Steuern gezahlt, und habe damit andere Leute unterstützt, und dann, wenn ich solche Unterstützung brauche, kriege ich nichts. Das ist schlimm, eine sehr schlechte Sache.

*In dem Zusammenhang: Was sagst du zu der Reform der Wohlfahrtsunterstützung, die gerade gemacht wird? Ich habe zum Beispiel auf der Fahrt hierher gelesen, daß in New York über 40 % der bisherigen Wohlfahrtsempfänger ausgeschlossen worden sind. Was wird das für künftige Streiks bedeuten? Ist das nicht eine Regelung zur Aushungerung der Streikenden?*

Das stimmt. (...) Ich weiß nicht, wie das bei euch ist. Bei uns in den USA sehen wir uns einem furchtbaren Angriff von allen Seiten ausgesetzt, nicht nur die Arbeiter, nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle armen Leute und alle, die irgendwie in einer mißlichen Lage sind. Sie nehmen denen, die es wirklich brauchen, die Wohlfahrtsunterstützung. Ebenso starten sie jetzt Angriffe gegen die Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen. Gesetze, die für die Industriearbeiter und Bergarbeiter einen Schutz bedeuten, stehen unter schweren Attacken von Seiten der Industrie. Wenn die Arbeiterbewegung sich das nicht klarmacht, wenn sie nicht sich hinter *alle* stellt, die jetzt angegriffen werden, und wenn sie nicht sehr, sehr harte Arbeit dagegen leistet, dann werden wir in den nächsten Jahren sehr viel verlieren.

*Die übertarifliche Prämie, die ihr ab 1979 bekommen sollt, wurde als „produktionsgebunden" bezeichnet. Wird das nicht heißen, daß ihr nur mehr Geld kriegt, wenn ihr mehr arbeitet?*

(...) Die Mine, in der ich arbeite, wurde für eine Produktion von 9 Mio t gebaut. Eineinhalb Jahre, bevor nach Plan die 9 Mio t produziert werden sollten, wurde mit Hilfe dauernden Drucks und vermehrter Arbeitshetze ... von der Gesellschaft auf die Leute eingewirkt, um bereits 12 Mio. t zu produzieren. 3 Mio. t mehr, als ursprünglich geplant waren. Wir wollten die Leistungsprämie nicht, um härter zu arbeiten, sondern wir wollten das Geld jetzt endlich, damit wir unsere härtere Arbeit bezahlt kriegen. Die Bestimmungen des Plans, die wir jetzt festgelegt haben, sind nicht so, daß deswegen irgend jemand noch mehr arbeiten muß, sonders es ist so festgelegt, daß für jeden unter den jetzigen Bedingungen eine 15%ige Verbesserung herauskommt. Das ist eben unser stärkstes Argument, daß wir schon längst unter den Bedingungen solcher Leistung, solchen Drucks, weißt du, arbeiten müssen, so daß wir eben auch Geld für die Arbeitsleistung haben wollen, die wir schon erbringen.

*Wir haben hier auf der Versammlung die große Unterstützung gesehen, die ihr auch von anderen Gewerkschaften bekommen habt. Wer waren alle diese Gewerkschaften, wir konnten das nicht genau verfolgen?*

Na, das war z.B. die Lehrergewerkschaft, oder die Gewerkschaft der Krankenhausbeschäftigten, oder da waren die Teamster, also Lastwagenfahrer. Eben alle Gewerkschaften, die in der AFL/CIO zusammengefaßt sind. (...) Ich glaube wir haben heute 20 und einige tausend Dollars bekommen. Aber z.B. die Stahlarbeiter in Chicago haben uns schon in den letzten zweieinhalb Monaten mit 30 000 Dollar unterstützt, und das war wirklich großartig.

*Was geschieht mit dem heute euch übergebenen Geld?*

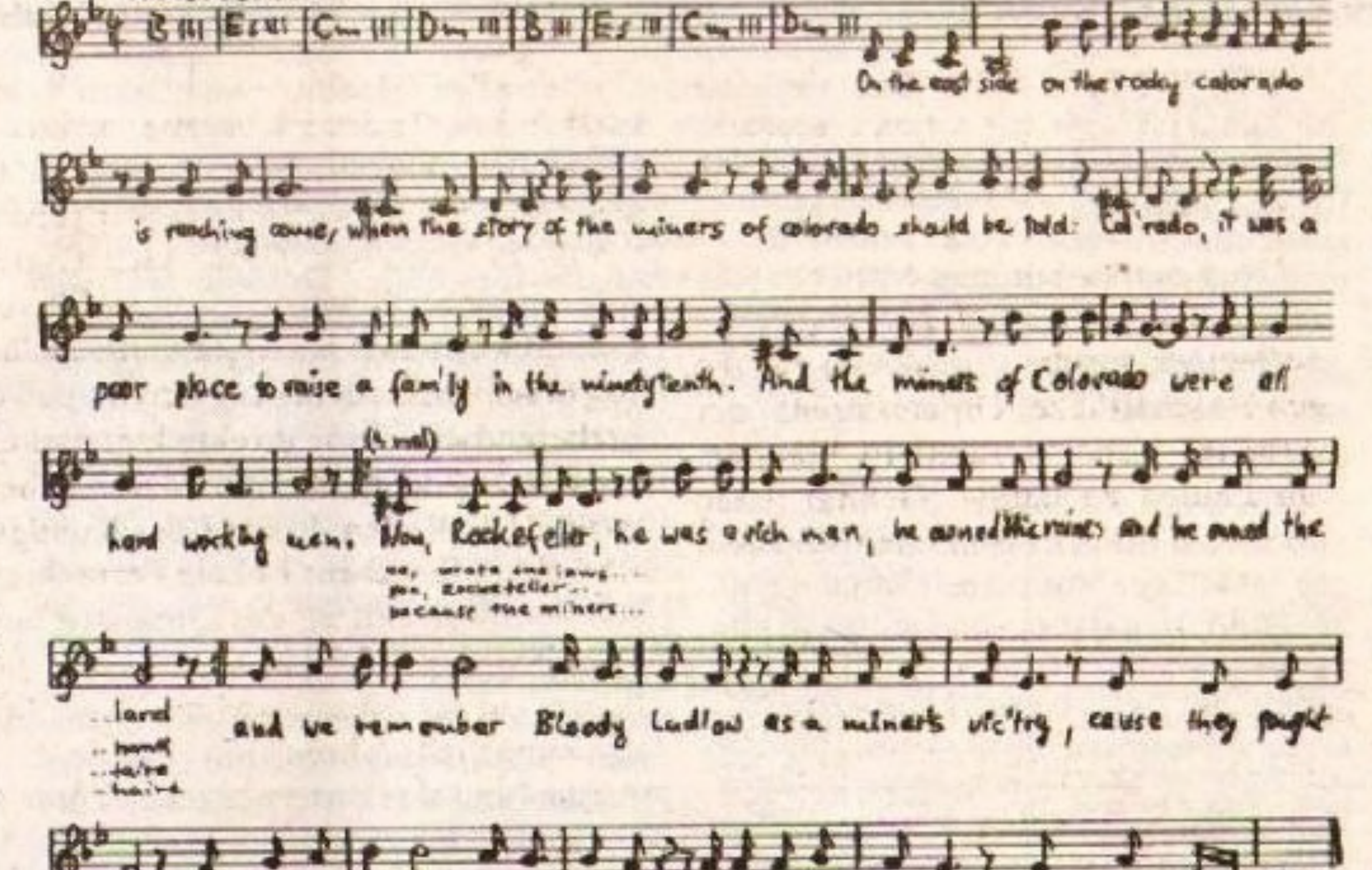
Am Montag macht unser Distrikt-Direktor eine Übersicht, was zusammengekommen ist. Und alles Geld, was aus den letzten zweieinhalb Monaten noch da ist, wird dann gleichmäßig an alle, die im Streik gestanden haben, verteilt, so daß sie doch irgendeine Art von Weihnachten haben. Niemand kriegt nämlich von der Firma vor Weihnachten noch Geld, erst nach Weihnachten, womöglich erst im Januar.

*Du hast gesehen, daß auch in Westdeutschland in relativ kurzer Zeit Unterstützung organisiert werden konnte, nachdem wir euren Aufruf in den Gewerkschaften, Betrieben usf. veröffentlicht haben. Wir meinen, das kommt daher, daß in allen kapitalistischen Ländern die Unternehmen und Monopole jetzt den Arbeiter im Namen der verschärften Konkurrenz ihre Forderungen verbieten und sie zu härterer Arbeit zwingen wollen. Sie wollen die Arbeiter dafür gewinnen, ihre Konkurrenzschlachten zu schlagen. Die Bourgeoispresse spricht schon von Handelskrieg. Dahinter steht wirklicher Krieg. Wie haben die Stahlmonopole hier bei euch argumentiert, und wie seid ihr dagegen aufgetreten?*

Nicht nur die Stahlmonopole sagen solche Dinge, sondern sogar unsere eigene Gewerkschaft ist es, die behauptet, daß nur, wenn wir härter arbeiten, die Deutschen oder Japaner uns unsere Arbeitsplätze nicht wegnehmen. Sie benutzen Arbeiter gegen Arbeiter. (...) Wenn nicht die Arbeiter der ganzen Welt zusammenkommen und sich einig sind, und wenn sie nicht anfangen, sich in der einen und in der anderen Richtung miteinander in Verbindung zu setzen, dann werden sie gegeneinander ausgespielt werden. Ich habe hier einen Stahlarbeiter aus Westdeutschland getroffen, und er ist genau wie ich, und braucht dasselbe zum Leben wie ich, und die einzige Art, wie wir beide das bekommen können, ist, daß wir eisern zusammenstehen und Verbindung aufnehmen. (...) Solange die Leute auf das hören, was die Zeitungen oder die Industrie sagt, werden wir uns gegenseitig bekämpfen, und das ist tragisch. Die Arbeiter können das aber ändern, wenn sie von Südafrika bis Europa und den Vereinigten Staaten bis Japan miteinander Verbindung aufzunehmen beginnen.

## Bloody Ludlow

### Geschrieben und gesungen von O.V. Hirsch, Bergarbeiter aus West Virginia, 1977




On the east side of the rocky
Colorado is reaching come,
when the story of the miners
of Colorado should be told.
Colorado, it was a poor place
to raise a family
in the 1910s.
And the miners
of Colorado
were all hard working men.
Now, Rockefeller, he was a rich man,
he owned the mines
and he owned the land.
He wrote the law books for Colorado
and the sheriff was his right hand.
Yeah, Rockefeller, he was a rich man,
his clothes were fancy,
and his hands were fair.
Because the miners,
they broke their backs
to make Rockefeller a millionaire.
And we remember Bloody Ludlow
as a miners' victory,
'cause they fought back.
Yeah, we remember Bloody Ludlow ...

Well, the miners,
they took striking
for a union and a living wage.
And when he heard this,
oh, Rockefeller,
his coward heart had filled with rage.
„Call the militia,
give fee to plenties
We'll get 'em guns
don't you spare no course.
'Cause we must show
them dirty miners,
that Rockefeller, he is the boss."
And so one morning,
without warning
that state militia,
they opened fire.
And by the sundown
that miners' village
had become a funeral fire.
But the survivors,
they were undoubted,
got themselves guns,
and they fought back.
And we remember Bloody Ludlow,
as a miners' victory,
and that's the fact.

Yeah, we remember Bloody Ludlow,
as a miners' victory
'cause they fought back.
Yeah, we remember Bloody Ludlow ...



Ludlow-Streik 1914. Gegen die Staatspolizei, die 33 Arbeiter, Frauen und Kinder ermordete, stellten die Arbeiter bewaffnete Milizen auf, um sich zu verteidigen.

Im Osten des felsigen Colorado / ist die Zeit reif, / die Geschichte der Minenarbeiter / zu erzählen. / Colorado, das war ein mieser Ort, / um eine Familie zu ernähren / so um 1910. / Und Minenarbeiter / von Colorado / waren alle schwer schuftende Männer. / Nun Rockefeller, er war ein reicher Mann, / ihm gehörten die Minen, / und ihm gehörte das Land. / Er schrieb die Gesetze / für Colorado / und der Sheriff war seine rechte Hand. / Ja, Rockefeller, er war ein reicher Mann, / Seine Kleidung war schön, / und seine Hände hell, / weil die Minenarbeiter / ihren Rücken krummachen mußten, / um Rockefeller zum Millionär zu machen. / Und wir denken an Bloody Ludlow. / Es war ein Sieg der Minenarbeiter, / weil sie Widerstand leisteten. / Ja, wir denken an Bloody Ludlow zurück.

Nun, die Minenarbeiter begannen zu streiken / für eine Gewerkschaft / und für ausreichenden Lohn. / Und als er das hörte, der Rockefeller, / erfüllte es sein feiges Herz mit Wut. / „Ruft die Miliz, / gebt ihnen genug Geld, / wir geben ihnen Gewehre. / Verschont keinen. / Denn wir müssen den / dreckigen Minenarbeitern zeigen, / daß Rockefeller der Boß ist." / Und dann eines Morgens, / ohne Warnung, / eröffnete die Staatsmiliz / das Feuer. / Und bis Sonnenuntergang / war das Dorf der Minenarbeiter / zu einem Begräbnisfeuer geworden. / Aber die Überlebenden, / sie zögerten nicht, / beschafften sich Gewehre / und schossen zurück.

# Der Streik der Erzbergarbeiter hat die Stahlmonopole getroffen

Fährt man in das Erzgrubenrevier in Nord-Minnesota hinein, bekommt man einen schlagfertigen Eindruck von dem Raubbau an menschlicher Arbeitskraft und natürlichen Resourcen, auf dem der Reichtum der US-Monopolbourgeoisie zum wesentlichen Teil beruht. Über ein riesiges Gebiet von 100 Meilen (160 km) Ausdehnung in der Länge und vielleicht 10 Meilen in der Breite ist die Erde um und um gewühlt. Im Tagebau hauptsächlich wird das erzhaltige Gestein aus riesigen Erdkuhlen oder lang hingestreckten, künstlichen Canyons herausgeholt, während sich der Aushub überall zu künstlichen Gebirgen türmt. In Staub und Qualm spuckenden schwarzen Fabrikhallen wird das ‚Taconite'-Gestein mit Mörsern und Mühlen gestampft, magnetisch getrennt und in Öfen zu kleinen Kugeln (Pellets) mit einem Eisengehalt von 60-70% bei 2400 Grad gebacken. Sodann auf Waggons verladen und über die Großen Seen in die Stahlwerke von Chicago und den andern Industriestädten im nord-östlichen Industriegürtel der USA verschifft, um dort geschmolzen und verbraucht zu werden.

Drei bis vier Generationen von Erzbergarbeitern, heute etwa 20000, háben in diesen Gruben ihre Arbeitskraft in schwerer und intensiver Arbeit verausgabt und den Stahlbaronen Milliarden an Reichtum geschaffen. Ein ganzer Landstrich wurde und wird heute in noch immer wachsenden Dimensionen von unten nach oben gekehrt.

Einen in den letzten Jahren sprunghaft angewachsenen Teil ihres Roheisenerzes bezieht die US-Bourgeoisie jedoch heute aus Importen aus Kanada (20 Mio. t 1976), Ländern der Dritten Welt wie vor allem Venezuela (15 Mio. t) und Brasilien (6 Mio. t). „Jeder Stahlarbeiter ist kostenbewußt. Wenn er sein Eisenerz aus Minnesota-Pellets macht, müssen die Kosten, einschließlich Steuern, Produktionskosten und Frachttarifen, wettbewerbsfähig mit den Kosten des Eisenerzes aus anderen Quellen sein." Das schreibt die Geschäftsleitung der Minntac-Mine des US Steel-Konzerns in einer Informationsschrift. Nach diesem Maßstab haben die US-Stahlmonopole in den letzten Jahren die Ausbeutung der Erzbergarbeiter brutal gesteigert.

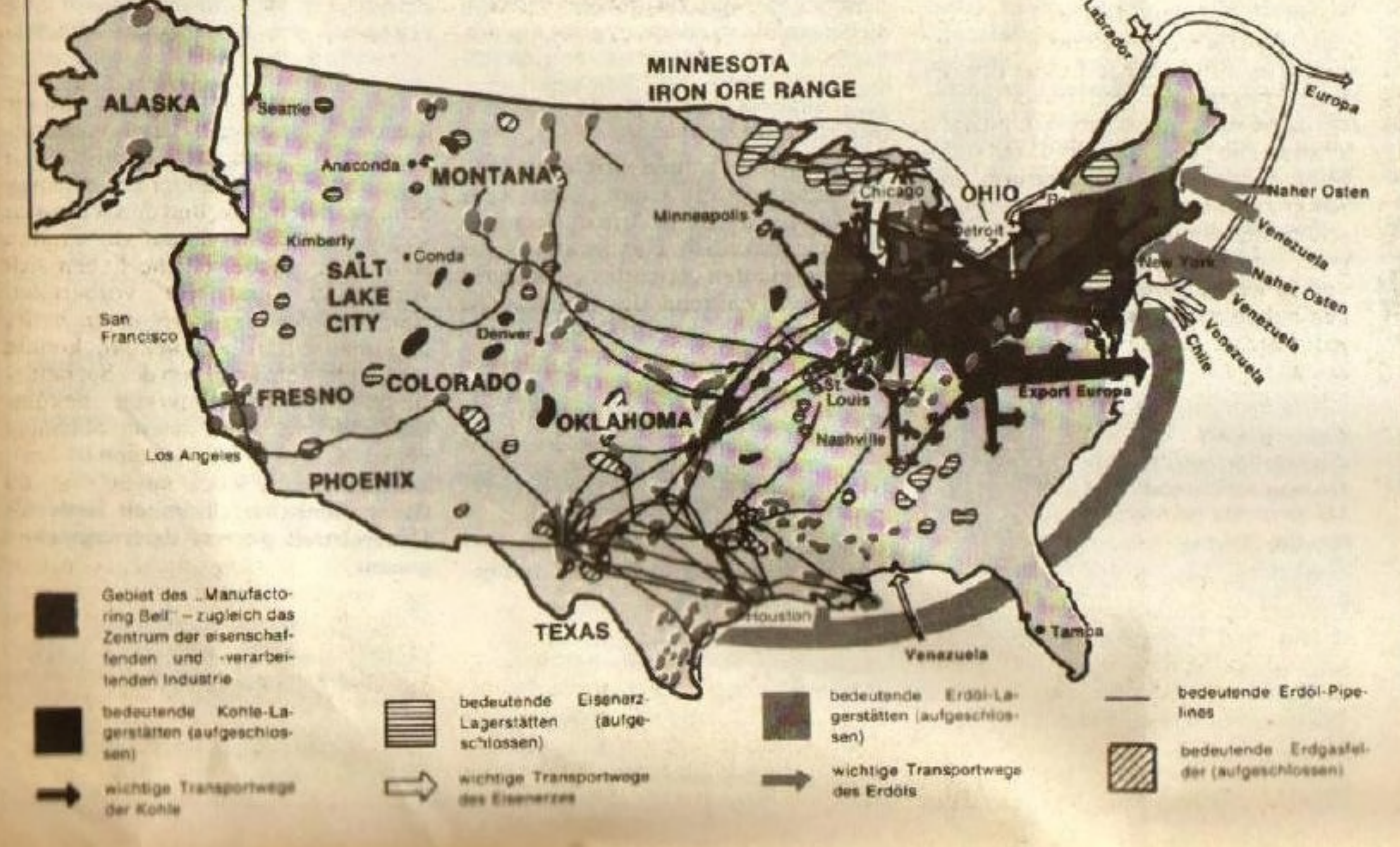
Die US-Stahl-Monopole stehen in einer äußerst zugespitzten Konkurrenz mit den europäischen und japanischen Stahlmonopolen um den infolge der allgemeinen Stagnation der Investitionen und der Industrieproduktion noch geschrumpften inneren Markt. Von ihren 193 Hochöfen sind nur 106 gegenwärtig in Betrieb. Rücksichtslose Rationalisierung war ihre erste Antwort. 60000 Arbeiter und Angestellte haben sie binnen 12 Monaten auf die Straße geworfen. Damit haben sie den Rückstand der Arbeiterausbeutung, den sie gegenüber ihren Konkurrenten haben, noch längst nicht wettgemacht. Die Kosten pro Arbeitsstunde liegen mit 29,56 DM noch immer weit über denen der BRD (21,73 DM) und Japans (14,72 DM). Noch schlechter sieht es mit der Produktivität ihrer Anlagen und damit ihrer Fähigkeit zur Auspumpung unbezahlter Mehrarbeit aus. Die Arbeitskosten pro Tonne Stahl betrugen 1976 in Japan 27,33 Dollar, in den USA 103,34 Dollar. Und auch Eisenerz kauften die Japaner für 34 Dollar die Tonne ein, die US-Stahlbetriebe für 45 Dollar. Es ist klar, warum japanische und europäische Stahlkonzerne die US-Stahlkapitalisten auf ihrem eigenen Markt leicht unterbieten und dennoch denselben Profit wie sie einstecken können.

Es ist auch klar, daß die US-Stahlkapitalisten daher jetzt Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um die Löhne der Arbeiter zu drücken, ihre Ausbeutung zu steigern und insbesondere auch die Produktion eigenen Eisenerzes zu verbilligen zu suchen. An allen diesen Fronten greifen sie an.

Man versteht, warum sie der Streik der Arbeiter der Eisenerzgruben so empfindlich getroffen hat. Die Angleichung ihrer Löhne an die übrigen Stahlarbeiter wird die Kampfbedingungen aller Arbeiter in der Stahlindustrie verbessern. Ihre Pläne, mit derselben Anzahl Arbeiter im Jahr 1978 die Rekordmenge von Mio t. aus den Gruben herauszuholen und so die Produktionskosten in einem Riesenschritt zu senken und den Profit zu steigern, hat einen ernstlichen Schlag wegbekommen, bevor das neue Jahr schon begonnen hat. Und der Streik der Eisenerzarbeiter hat schließlich ein Beispiel gegeben, wie die Arbeiter die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Monopolen nutzen können. Wie uns Vertrauensleute von der Mintac-Mine erzählten, wußten sie von den Stahlarbeitern aus Chicago, daß es trotz aller Lager und erhöhten Importe, die die Gesellschaften vornahmen, fortlaufend zu Produktionsstörungen und Unterbrechungen kam, die die Stahlkapitalisten auf glühende Kohlen setzten, da jede Lieferstörung einen Verlust von Marktanteilen an die Konkurrenz bedeuten konnte.

In derselben Weise können die Stahlarbeiter in Westdeutschland die imperialistische Konkurrenz ausnutzen. „Sagt uns Bescheid, wenn ihr in den Streik tretet", sagten uns die Minntac-Arbeiter zum Abschied, „dann werden wir euch unterstützen." – (Z-Red)

## „Industriegürtel" und Rohstoffzufluß in den USA



# „Wir werden die Unterdrückung beseitigen, wir werden die Ausbeutung beseitigen, und das können wir nur, indem wir dem Volk die Macht geben."

**Interview mit K.M. Kangai, Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees und des Zentralkomitees der ZANU**

KVZ: *Die Imperialisten behaupten, daß die Truppen des Smith-Regimes ein militärisches Trainingslager der ZANLA in Mozambique überfallen hätten. Stimmt das, und wo operieren die ZANLA-Kämpfer tatsächlich?*

GENOSSE KANGAI: Diese Nachricht ist nicht wahr. Das ist imperialistische Propaganda. Die ZANLA-Streitkräfte haben keine militärischen Basen in Mozambique. Sie haben ihre Stützpunkte in Zimbabwe, wo sie operieren. Worauf die Imperialisten sich wohl bezogen, waren die Luftangriffe des Ian Smith auf unsere Durchgangslager in Mozambique, die keine Militärlager sind. Diese Lager sind Zentren, in denen Projekte zur Selbstversorgung durchgeführt werden, wie z.B. Ausbildungszentren, Gesundheitszentren und landwirtschaftliche Produktionsfarmen. Wenn Ian Smith von diesen Lagern als Militärbasen spricht, ist das unwahr.

KVZ: *Gibt es befreite Gebiete in Zimbabwe?*

GENOSSE KANGAI: Wir haben in Zimbabwe keine befreiten Gebiete im vollen Sinne des Wortes. Was wir in Zimbabwe haben, sind halbbefreite Gebiete. Wir nennen sie halbbefreite Gebiete deshalb, weil wir den Boden kontrollieren, während der Feind den Luftraum kontrolliert. Unser Volk kontrolliert tatsächlich den Boden. Ihr wißt ja: der Kampf wird um zweierlei geführt: Um das Land und um das Volk. Beide, Land und Volk, sind auf dem Boden zu finden, nicht in der Luft. Gegenwärtig werden wir also dem Ian Smith die Kontrolle über den Luftraum überlassen, während wir den Aufbau des Landes in den halbbefreiten Gebieten vorantreiben.

Die Parteikader, die in den Ausbildungslagern außerhalb des Landes geschult worden sind, mobilisieren die Volksmassen und gewinnen die Massen dafür, Parteistrukturen von den untersten Ebenen bis hinauf zum Provinzrat aufzubauen. Die Organe der Partei sind zugleich die Organe des Volkes. Sie werden vom Volk gewählt.

Hinsichtlich der Schulen haben wir zwei verschiedene Arten: Das eine sind Schulen, wo die Genossen in erster Linie Lesen und Schreiben lernen. Dann haben wir natürlich politische Schulungszentren, wo die Genossen ideologisch ausgebildet werden. Wir bauen ein Gesundheitswesen auf, in dem wir nach chinesischem Vorbild Barfußärzte ausbilden und einsetzen. Das sind diejenigen, die in den halbbefreiten Gebieten Gesundheitszentren einrichten. Unser Volk erhält freie medizinische Versorgung.

KVZ: *Wie verteidigt die ZANLA diese halbbefreiten Gebiete und wie schützt sich das Volk vor den Bombenangriffen?*

GENOSSE KANGAI: Ihr wißt, das Smith-Regime griff die Durchgangslager in Mozambique an. Sieben Flugzeuge wurden dabei von Genossen abgeschossen, die in den genannten Projekten zur Selbstversorgung arbeiten. Genau dasselbe passiert im Inneren des Landes. Die Genossen verteidigen sich selbst und in den meisten Fällen benutzen die Volksmassen Schutzbauten in ihren Dörfern und Plätzen. Die Frage, daß die Infanterie des Ian Smith unser Volk angreift, stellt sich gar nicht. Denn die können auf dem Boden gar nicht operieren. Die ZANLA-Streitkräfte haben die vollständige Kontrolle über den Boden, den sie verteidigen, und sie haben die Infanterie des Ian Smith am Boden vollständig geschlagen. Deshalb können sie nicht eindringen und unser Volk angreifen. Sie können höchstens darüber fliegen.

KVZ: *Wie könnt Ihr die Produktion aufrechterhalten unter der ständigen Bombendrohung?*

GENOSSE KANGAI: Ja, die Tatsache, daß das Smith-Regime nur noch in der Lage ist, die halbbefreiten Gebiete zu überfliegen, macht es dem Volk erheblich leichter, die Produktion zu organisieren. Wenn die Flugzeuge eindringen – sie können nicht eine ganze Region bombardieren, sie müssen sich auf ein kleines Stück in der Region konzentrieren, der Rest des Landes bleibt unberührt – arbeitet das Volk weiter an den Selbstversorgungsprojekten.

KVZ: *Welche Unterstützung braucht Ihr?*

GENOSSE KANGAI: Die ZANU kann noch keine Medikamente und auch noch keine Kleider produzieren. Wir sind hier auf die Unterstützung von Solidaritätskomitees oder von uns freundschaftlich verbundenen Regierungen außerhalb Zimbabwes angewiesen. Und ich denke, ich muß hier noch einmal herausstellen, wie wichtig es für die Genossen in diesem Teil der Welt ist, daß sie verstehen, daß die Kleider, die Medikamente, die sie uns schicken, der Partei helfen, diese Projekte auszuführen. Die Smith-Truppen zerstören die Krankenhäuser in den halbbefreiten Gebieten, bevor sie sich aus ihnen ganz zurückziehen müssen, vernichten die Medikamente, zerstören die Geschäfte. Deshalb fällt der Partei die Verantwortung zu, die Versorgung zu sichern, die der Feind vernichtet hat. Und die einzigen Quellen der Partei dabei sind die befreundeten Länder und die Solidaritätskomitees. Ihr seht: zu einem erheblichen Teil ist die Partei angewiesen auf die Hilfe, die sie von den Freunden in der ganzen Welt erhält. Und in den halbbefreiten Gebieten ist das Volk auf sich selbst angewiesen. Wir haben die ganzen unteren Verwaltungseinrichtungen des Feindes vernichtet. Mit anderen Worten: Der Feind kann von unserem Volk keine Steuern mehr eintreiben, vielmehr ist das Volk dabei, seine eigene Regierung aufzubauen. Insofern haben sie jetzt praktisch keine Beziehungen mehr zum Smith-Regime. Sie zahlen keine Steuern und sie kommen nicht mit dem Gewaltapparat des Smith-Regimes in Berührung. Der Polizist kann diese Gebiete nicht betreten. Die Soldaten kommen nicht in diese Gebiete rein, es sei denn, sie fliegen mit dem Hubschrauber, aber da werden sie auch sofort unter Beschuß genommen, und sie fliegen auf und davon. Das ist die Lage.





In der vergangenen Woche fanden in Westdeutschland und Westberlin Veranstaltungen mit einer Delegation der ZANU zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe statt. Das ZK der ZANU hat die westdeutsche Arbeiterklasse aufgerufen, für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA Geld zu spenden. In Nürnberg, München, Westberlin, Hamburg, Düsseldorf (Bild) und Frankfurt spendeten 5268 Teilnehmer insgesamt 143 521,37 DM. Ziel ist, die Kampagne bis zum 1. Mai 1978 erfolgreich zu beenden.

Unser Kampf hat internationale Bedeutung gewonnen. Das ist der Grund, weswegen wir tatsächlich spüren, daß für uns die Frage des bewaffneten Kampfes im Brennpunkt steht. Wir Kampfes im Brennpunkt steht. Wir sind gerade jetzt dabei, unseren bewaffneten Kampf zu verstärken, und mit unserem Aufruf wollen wir die Aufmerksamkeit in diesem Land hier auf dieses bestimmte Projekt ausrichten. Dieses Projekt steht keineswegs im Widerspruch zu den anderen Projekten, wie z.B. die Sammlung von Medikamenten, Kleidern oder anderem. All das sind notwendige Ergänzungen zu diesem Projekt. Aber es ist uns ein wichtiges Anliegen, die Aufmerksamkeit hier in diesem Land auf dieses eine besondere Projekt zu konzentrieren. Denn wenn wir eine ganze Kompanie der ZANLA-Streitkräfte ausrüsten – eine Kompanie umfaßt gewöhnlich 400 bis 500 Kämpfer – wenn diese Kompanie wirklich gut und vollständig ausgerüstet ist, dann sind wir uns sicher, daß diese Kompanie ihre Aufgabe in Zimbabwe äußerst wirkungsvoll erfüllen kann. Die Ausrüstung dieser Kompanie erfordert eine große Anzahl verschiedener Sachen. Sprechen wir zum Beispiel von den Lastwagen, die die Kämpfer transportieren, wir müssen Waffen und Munition transportieren und ebenso Medikamente. Man muß über die Beschaffung von Uniformen für die gesamte Kompanie sprechen. Es ist jetzt wirklich äußerst wichtig, daß alle solche Sachen ins Gefecht gebracht werden. Es ist wichtig, solche Gruppen zu haben wie hier unsere Waffengefährten in Westdeutschland, die sich ein solches Projekt vornehmen. Das Projekt steht überhaupt nicht im Widerspruch zu all den Aktivitäten, die gegenwärtig von den verschiedenen Gruppen durchgeführt werden, um den Kampf in Zimbabwe zu unterstützen. Ihr wißt, die Verbindungen zwischen ZANU und KBW sind schon alt, wir haben schon in einer ganzen Reihe von Kampagnen zusammen gekämpft. Dies hier ist nun eine weitere Kampagne, die wirklich den Massen klarmacht, daß es Zeit ist, unsere ganze Aufmerksamkeit auf die Fragen des revolutionären bewaffneten Kampfes zu richten.

Wie euch ja bekannt ist, hat die britische Regierung in der Vergangenheit Taktiken angewandt, die darauf abzielten, den Schwung unseres bewaffneten Kampfes zu verlangsamen. Zum Beispiel: In der für den Guerilla-Krieg besten Jahreszeit pflegt die englische Regierung jedesmal Verfassungsgespräche anzukündigen. Und wenn wir dann zu diesen Verfassungsgesprächen gehen, dann stellen wir fest, da wird nur geschwätzt. Im Grunde wird nichts nur geschwätzt. Im Grunde wird nichts wirklich diskutiert. 1974 passierte sowas, und 1976 war diese Genfer Konferenz, auf der wir fast 8 Wochen zugebracht haben. Und natürlich haben die Engländer in diesem Jahr wieder mal bekannt gemacht, daß jetzt Gespräche in London stattfinden sollen. Aber wir haben jetzt unsere Situation korrekt analysiert, und wir haben den Beschluß gefaßt, daß wir erneut alle unsere Anstrengungen ausrichten auf den bewaffneten Kampf. Denn das ist die einzige Sprache, die die Imperialisten verstehen. Wenn die Imperialisten nicht schwer angeschlagen sind, kann man mit ihnen keinerlei brauchbare Verhandlungen führen. Das heißt, daß in der gegenwärtigen Situation, in der die Partei erklärt hat, daß sie erneut alle Anstrengungen auf den bewaffneten Kampf ausrichten wird, es besonders wichtig ist, daß jeder Aufruf, mit dem wir uns an unsere Freunde in der ganzen Welt richten, ausgerichtet ist auf die Stärkung des bewaffneten Kampfes. Denn wir haben das sichere Gefühl, daß dies der richtige Zeitpunkt ist, dem Feind einen Schlag zu versetzen. Und ihr wißt, in jeder militärischen Frage ist die Zeit ein Faktor. Für uns ist in der jetzigen Jahreszeit die günstigste Zeit, den Guerillakrieg zu führen – das Land ist sehr gut für den Kampf, es gibt viel Wasser und es gibt genügend Nahrungsmittel.

Und das wird dazu beitragen, die Kräfteverhältnisse, die sich in einer entscheidenden Phase befinden, endgültig zu verändern. Die imperialistischen Mächte unterstützten das Smith-Regime, derzeit geschieht das durch die Hintertür. Aber wir wissen genau, daß mit den Gesprächen, die gegenwärtig im Land geführt werden, den sogenannten „internen Gesprächen", kein anderer Zweck verfolgt wird als ein Marionettenregime aus der Taufe zu heben, das dann von diesen imperialistischen Mächten anerkannt wird. Und dadurch haben sie einen Vorwand, in Zimbabwe jetzt durch die Vordertür einzudringen, um ihr Marionettenregime zu schützen. Ich meine, daß wir damit jetzt in eine zweite Phase unseres Kampfes eintreten, in einen Kampf, in den einige schwarze Marionetten verwickelt sein werden, und zwar auf derselben Seite wie der Ian Smith. Meiner Meinung nach sind diese Gespräche dazu einberufen, um einen Tschiang Kai-schek für Zimbabwe aufzubauen. Aber das Volk von Zimbabwe geht, gestärkt von der Unterstützung, die es durch all die Solidaritätskomitees erhält und die dem daritätskomitees erhält und die dem proletarischen Internationalismus verpflichtet sind, daran, den Befreiungskrieg bis zum vollständigen Sieg zu führen, bis zur vollständigen Vernichtung solcher Marionettenregimes, zur Errichtung der Volksmacht in Zimbabwe. Wir kämpfen um die Errichtung der Volksmacht. Wir kämpfen nicht, um privilegierte Gruppen im Land zu haben. Wir werden das ganze Konzept der Klassen vernichten. Das ist der Inhalt unseres Kampfes. Wir werden die Unterdrückung beseitigen, wir werden die Ausbeutung beseitigen, und das können wir nur, indem wir dem Volk die Macht geben. Dann kann das Volk wirklich für sich entscheiden, was für eine Gesellschaftsform es haben will anstelle dieses Kolonialregimes, das das Volk ausbeutet. Also: Gegenwärtig ist die wichtigste Form des Kampfes in Zimbabwe der militärische Kampf, der bewaffnete Kampf. Das ist das Prinzip unseres Kampfes. Wir wissen natürlich, daß der Widerstand viele Formen annimmt, aber heute sind in Zimbabwe die objetiven Bedingungen so, und die konkrete Situation erfordert es zwingend, den bewaffneten Kampf zu führen, und es ist wirklich von entscheidender Bedeutung, daß wir jetzt alle unsere Anstrengungen erneut auf militärische Fragen konzentrieren. Daß wir das tun, zeigt der Angriff der ZANLA-Streitkräfte auf den großen Militärstützpunkt (Grand Reef) der Luftwaffe und Infanterie von Smith in der Nähe von Amtali am 17. Dezember. Von diesem Stützpunkt aus wurden Bombenangriffe gegen unschuldige Zivilisten in Mozambique geflogen, und er wurde benutzt für die Angriffe gegen unsere Durchgangslager. Nach den letzten Angriffen des Smith-Regimes drangen die ZANLA-Streitkräfte dorthin vor und zerstörten den gesamten Stützpunkt, sie zerstörten feindliche Lastwagen, sie zerstörten feindliche Flugzeuge, sie zerstörten auch die Nahrungsmitteldepots des Feindes und sie zerstörten den gesamten Stützpunkt restlos. Die ZANLA hat dem Feind gezeigt, daß sie in der Lage ist, überall den Feind anzugreifen.



## Kommunistische Volkszeitung